

Das gängige Wort von der ökologischen Katastrophe vermittelt die Vorstellung eines schockartigen, totalen Zusammenbruchs, eines alles umstürzenden Ereignisses. Doch lehrt kurzes Nachdenken, dass diese Katastrophe vielleicht gar nicht so überfallartig eintritt, sondern schleichend, nicht als Untergang, sondern als Übergang in eine lebensfeindlichere Welt, dass die Katastrophe erst im Rückblick erkennbar ist, dass sie also lange auch abgeleugnet werden kann und vielleicht schon begonnen hat, wir vielleicht schon mitten darin stecken.

Es gibt nun tatsächlich Menschengruppen auf dieser Erde, Völker, für welche dieser Zustand bereits eingetreten ist. Sie haben die ökologische Katastrophe weitgehend hinter sich oder sind von ihr umgeben oder stecken noch in den Anfängen des sich abzeichnenden Umweltdesasters. Es sind dies Völker, die ohnehin schon seit längerem als bedrohte Völker angesehen werden, deren Kulturen, Lebenswelten und deren Kopffzahl vom Verschwinden bedroht sind und die nun durch die Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt den Todesstoß empfangen. Sind sie unsere Vorboten auf dem Weg in eine lebensfeindliche Welt? Viele von ihnen werden als indigene Völker bezeichnet, weil sie die historisch ersten Besiedler des noch heute von ihnen besiedelten

Landes sind ¹. Die Umstände und Faktoren, die indigene Völker und Ethnien in deren Kultur, deren Lebensweise und in der schlichten Existenz bedrohen, sind zahlreich und nicht ohne weiteres auseinander zu trennen. In der vorliegenden Darstellung geht es um die Bedrohung oder Einschränkung der Lebensmöglichkeiten, welche auf eine Veränderung oder Beeinträchtigung der geobiologischen Umwelt zurückzuführen ist. Da aber die ökologischen Gefährdungen nicht losgelöst von anderen Bedingungen gesehen werden können, ist der vorliegende Text in gewisser Weise realitätsfern. Die Zerstörung der Umwelt indigener Völker ist häufig nur deshalb möglich, weil

- das betreffende indigene Volk oder die Minderheit dem staatstragenden Mehrheitsvolk missliebiger ist und auf subtile

¹ Definition der UN-Subkommission zur Verhinderung von Diskriminierung und zum Schutz von Minderheiten: "Indigenous populations are composed of the existing descendants of the peoples who inhabited the present territory of a country wholly or partially at the time when persons of a different culture or ethnic origin arrived there from other parts of the world, overcame them and by conquest, settlement or other means, reduced them to a non-dominant or colonial situation."

- oder gewaltsame Weise zurückgedrängt werden soll
- die betreffenden indigenen Völker oder die Minderheiten in ihrer Existenz nicht anerkannt oder hinwegdefiniert werden,
 - den Völkern irgendwelche Rechte auf das Land abgestritten werden, welches sie (als erste Besiedler sehr viel länger als die Mehrheitsbevölkerung oder die aktuellen Machthaber) bewohnen.

Landrechts- und Autonomieprobleme sind eine Folge des Kolonialismus, eine frühere Form dessen, was man heute Globalisierung nennt. Wo die Pläne der Politik und der Unternehmen auf schon besiedelte Länder und schon vorhandene Völker stoßen, werden Verträge und Abkommen gebrochen und missachtet, oder es werden die Rechte und Ansprüche der Ureinwohner in einem Zusammenspiel der Mächtigen in Staat und Wirtschaft verbogen, wenn nicht gar mit Gewalt unterdrückt. Allzu oft wird Minderheitenvölkern gegenüber eine bevormundende Haltung eingenommen, allzu häufig tritt Menschenverachtung an die Stelle von Menschenrechten.

Das Muster ist zumeist recht einheitlich: Von einer übergeordneten politischen oder einer wirtschaftlichen Macht gehen Maßnahmen

aus, welche für den Lebensraum und die Lebensgrundlagen von indigenen Völkern oder Minderheiten von unheilvoller Wirkung sind und die Menschen gefährden oder ihre Lebensmöglichkeiten beschneiden. Zu diesen Maßnahmen gehören

- Raubbau an Wäldern und anderen Lebensgrundlagen,
- Abbau von Bodenschätzen,
- Erschließung, Ansiedlung und Industrialisierung,
- Eingriff in den Wasserhaushalt der Natur und in andere Gleichgewichte und schließlich
- Belastung von Boden, Wasser und Luft durch biologisch schädliche Substanzen.

Die Umweltschäden wirken bei den betroffenen Menschen oder deren Nutztieren und Nutzpflanzen als

- gesundheitliche Belastung einzelner Individuen,
- Belastung der genutzten unmittelbaren Umgebung,
- Wandel von ökologischen Bedingungen und Verschiebung von Gleichgewichten in der belebten und der unbelebten Umwelt
- Beeinträchtigung, Vernichtung und Zerstörung ganzer Lebensräume und Ökosysteme.

Folge dieser Einwirkungen, vor allem der beiden letzteren, ist eine weitergehende wirtschaftliche und kulturelle Schädigung.

Indigene Völker sind nun zumeist entweder Wildbeuter (Sammlerinnen und Jäger), oder Nomaden oder stehen in einer Frühphase der agrarischen Lebensweise. Um mit diesen Lebensformen überleben zu können, sind sie auf eine enge Verbundenheit mit der umgebenden Natur und Rücksichtnahme auf deren Gesetzmäßigkeiten angewiesen. Werden nun die natürlichen Voraussetzungen durch fremde Eingriffe übergangslos aus dem Gleichgewicht gebracht oder unbenutzbar gemacht oder zerstört, so haben die indigenen Völker keine Anpassungsmöglichkeiten. Reagieren können sie nur durch

- Änderung ihrer traditionellen Lebensweise
- Abwanderung oder
- Untergang.

Mit der Übernahme einer anderen Lebensweise und durch die Abwanderung werden Identitäten und soziale Strukturen zerstört. Die Angehörigen des indigenen Volkes geraten in wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit, tauschen Autonomie gegen Unterdrückung, Sklaverei, Marginalisierung und Krankheiten ein. Früher oder später werden also auch Abwanderung und Lebensänderung

mit dem völligen Verschwinden dieser Ethnie enden.

Was man bei Tieren und Pflanzen als Artensterben zu beklagen gelernt hat, hat seine Parallele im Bereich der Menschenvölker.

*

Lohnt sich eine Beschäftigung mit den immer schon und nun auch noch ökologisch bedrohten Völkern? Für diese vermutlich nicht, obwohl Publizität ein notwendiger erster Schritt ist, wenn man überhaupt etwas bewirken will. Solange die Machthaber weiterhin so tun können, als gebe es diese Völker nicht, können sie weiterhin so handeln, als gebe es sie nicht. Aber nur so lange.

Manche Zeitgenossen mögen Einwände gegen das Interesse an bedrohten Völkern haben - etwa: es gebe doch wichtigere, aktuellere, brennendere Themen und näherliegende Bedrohungen als der Untergang von zahlenmäßig ohnehin schwachen Völkern, von deren Existenz man bis zu ihrem Untergang nichts erfahren hatte und von denen auch nichts weiter zu erwarten ist; oder: wenn es um Fortschritt und Zukunft gehe, könne man nicht auf einige zurückgebliebene Indianer Rücksicht nehmen; sie müssen lernen, sich dem Fortschritt anzupassen; oder: Unterdrückung und Vernichtung von Völkern habe es in der

Geschichte der Menschheit immer ebenso gegeben wie Wandel von Kulturen und Lebensformen - wozu soll man da eingreifen? Solchen Einstellungen gegenüber mag man sein eigenes Urteil und seine eigene moralische Haltung entwickeln und sich dabei solchen Problemen stellen wie Menschenrechte, Naturrechte, Verantwortung, Menschlichkeit, Kolonialismus, Zweck-Mittel-Verhältnis, Umschlag von Rationalität in Mechanik.

Es mag vielleicht abwegig erscheinen, aber der Schutz der indigenen Völker ließe sich sogar von den im europäischen Naturschutz üblichen Standards her begründen. Denn letztlich sind die Begründungen für einen Naturschutz immer anthropozentrisch und können eben deshalb auch auf Menschen als Ziel des Schutzes ausgerichtet sein. Seien es die ökonomischen Begründungen (dauerhafte Sicherung der Naturgüter für die menschliche Nutzung), die psychologischen oder die kulturhistorischen Begründungen - sie alle liefern brauchbare Argumente für die Erhaltung der Umwelt auch der indigenen Völker.

Man sollte sich auch fragen, ob man es begrüßt, wenn eines Tages nur mehr einige wenige, in sich recht einheitliche Kulturformen auf der Welt existieren. Wenn Lebensweisen und Kulturen,

Sprachen, Denkformen, Weisen des Menschseins, die sich über Jahrtausende entwickelt und erhalten und schon allein dadurch Respekt verdient haben, die nicht weniger Existenzrecht haben als unsere Kultur, wenn diese in kürzester Zeit vernichtet, unwiederholbar ausgelöscht werden. So wenig erfreulich die Erscheinungen des Ethno-Tourismus sind, so zeigen sie doch, dass für viele Menschen in unserer Kultur diese allein nicht seligmachend ist und sie das Bedürfnis nach kultureller Vielfalt verspüren. Unser völkervernichtender Fortschritt strebt aber auf Verarmung hin.

Eines jedoch sind diese Völker gewiss: Paradigmen unserer eigenen Situation, der greifbare Vorschein einer möglichen Entwicklung der Menschheit, wenn man den Worten von J. Leslie glauben darf: „The continual career of the human race is endangered by chemical, biological and nuclear war, by destruction of the ozone layer and greenhouse-effect, overheating (...) by desertification and pollution of land and sea, by loss of biodiversity and by diseases.“ (*Leslie, J. The End of the World. London, New York 1996*). Das Schicksal der weit über hundert hier genannten Völker soll uns eine Warnung sein. Offensichtlich kann man von Macht- und Wirtschaftsinteressen, von den Entscheidungen, die in Vorstands-

etagen und Behörden von konkreten Menschen getroffen werden, nicht erwarten, dass sie auf Menschen und Menschenrechte Rücksicht nehmen.

Eine Warnung aber auch in der Hinsicht, dass wir selbst uns unter den Verursachern wiederfinden. Keines der hier genannten Unternehmen wäre überlebensfähig ohne die Abnehmer, sprich die Verbraucher, und ohne deren Nachfrage nach Gütern, welche zu befriedigen diese Firmen in die Welt der bedrohten Völker einbrechen.

*

Diese Darstellung ist nicht vollständig und nicht erschöpfend. Es sollen auch nicht in erster Linie schnell veraltende oder nur empörende Details, sondern die wich

tigsten Prinzipien und Tatsachen aufgelistet werden. Es bleibt auch dann noch reicher Anlass zur Empörung. Eine Begrenzung ist auch darin zu sehen, dass überwiegend Fälle aufgenommen wurden, die seit etwa 1990 akut waren oder sind. Allerdings heißt das oft, auf Ursachen zurückzugreifen, welche Jahrzehnte zurückliegen.

Die Reihenfolge muss zwar einer Textlinearität folgen, doch sollen die Register es ermöglichen, die einzelnen Abschnitte in verschiedenen Zusammenhängen zu lesen. Die primäre Anordnung im Text folgt den wesentlichen Ursachen der Umweltzerstörung.

WALD

Die auch uns erreichenden **globalen** Folgen einer Reduktion oder Vernichtung der tropischen Regenwälder und anderer großer Waldbestände haben wir mittlerweile gelernt: Ohne die Wälder der Erde, ohne die tropischen Regenwälder vor allem und die borealen Wälder werden die Kreisläufe von Wasser und Wasserdampf, von Sauerstoff, Kohlenstoff und Stickstoff erheblich beeinträchtigt, die derzeitige klimatische Situation kann nicht stabil aufrecht erhalten werden. Globale Erwärmung und fortschreitende Desertifikation werden erwartet.

Nichts mehr zu erwarten haben dagegen die immer zahlreicher werdenden Völker, die schon heute und seit einiger Zeit und in allernächster Zukunft von **lokalen** Folgen der Entwaldung betroffen werden.

Die Wälder werden zum einen deshalb vernichtet, weil ein bestimmter Anteil von ihnen der **Holzwirtschaft** zugeführt wird. Holzhandel gilt als der wichtigste Faktor beim Abbau der Wälder, besonders in den gemäßigten und borealen Breiten. Betreiber sind große nationale oder internationale Konzerne, welche von den jeweiligen Regierungen Konzessionen zum Holzeinschlag erteilt

bekommen. Nicht selten sind Politiker der erteilenden Regierungen unmittelbar am Gewinn oder am Konzern beteiligt. In anderen Fällen ist der Holzverkauf ein Versuch, die Auslandsschulden abzutragen; hinter den Holzfällern stehen also auch die Interessen der führenden Wirtschaftsnationen oder der Weltbank. Die Holzkonzerne wiederum vermitteln zu den Abnehmern der Holzprodukte, also den Verbrauchern in aller Welt. Die Konzessionen werden durchweg vergeben, ohne dass man die in den Wäldern lebenden Völker, welche als andersartige Minderheiten ohnehin den Regierenden nicht genehm sind, vorher fragt; der Holzeinschlag beginnt, ohne dass sie informiert werden. Da diese Völker in der Regel einen rechtmäßigen Anspruch auf das Land, welches sie als erste besiedelt haben, nicht nachweisen können oder solche Ansprüche von den Gerichten und Regierungen nicht anerkannt werden, sind sie hilflos.

Schon bei der Einrichtung von Transportwegen, Stapelplätzen und Wohnlagern für die Holzarbeiter wird ein erheblicher Teil des Waldbestandes zerstört. Häufig wird auf einer bestimmten Fläche wahllos abgeholzt, doch nur die unter holzwirtschaftlichen

Gesichtspunkten wertvollen Stämme werden abtransportiert. Verrottende Waldreste bleiben zurück. Vielfach ist der Holzeinschlag Wegbereiter für weiteres Eindringen von Zivilisation und Erschließung, das heißt für Überwältigung durch eine fremde Kultur.

Aber auch in den Fällen, wo man, internationalen Protesten folgend, zum selektiven Einschlag übergegangen ist, wird durch den Bau von Zufahrtsstraßen, durch Fällung und Abtransport genügend Waldfläche geschädigt. Ein Drittel aller Bäume, die gefällt wurden, mussten Straßen weichen. Der Lärm der Arbeiten vertreibt zahlreiche Tiere. Mit jedem Holzeinschlag ist unvermeidlich eine Änderung der Licht- und Wachstumsbedingungen sowie der Bodengüte verbunden. Die Angabe, dass mit jedem gefällten Baum 500 bis 2000 m² Wald (das sind 20 bis 40 m um den Baum herum) sterben, klingt plausibel.

Von den zuständigen Regierungen werden Maßnahmen, mit denen die Folgen der Abholzung abgemildert werden könnten, häufig nicht gefördert, nicht kontrolliert oder auch verhindert. Selbst dort, wo Strafgebühren für das illegale Abholzen erhoben werden, sind sie lächerlich gering im Vergleich zu den im Holzgeschäft erreichten Gewinnen und werden mitunter schon vor dem Abholzen bezahlt.

Renaturierung oder Wiederaufforstung findet kaum statt oder hat ihrerseits - wie etwa die Wiederaufforstung durch Eucalyptus - unerwünschte ökologische Folgen. Ein anderer Ursachenkomplex ist die zunehmende **Industrialisierung**, der Abbau von Bodenschätzen, die Anlage von Stauseen und die Verkehrserschließung.

Eine dritte Ursache ist die **landwirtschaftliche Nutzung** von Waldgebieten (Getreideanbau, Weide). Sie gilt als der größte Vernichter von Regenwald. Allerdings soll das Ausmaß des Waldverlustes durch den Brandrodungsfeldbau der indigenen Wald- oder Waldrandbewohner nur 1,5% des Verlusts durch industriell betriebene Holzwirtschaft betragen. Die Ureinwohner sind in der Regel auf den Wald angewiesen, und ihre Rodungen halten sich seit jeher in einem Rahmen, welcher für ihn verträglich ist. Bei den Ureinwohnern des indischen Subkontinents, den Adivasi, ist der von ihnen ausgeübte Brandrodungsfeldbau eine Folge ihrer Verdrängung: Als Acker bebauende Völker von ihrem Land vertrieben, haben sie keine andere Möglichkeit, als zugrunde zu gehen oder sich immer mehr in Waldgebiete zurückzuziehen. Ein zerstörerisches Ausmaß bekommt die Brandrodung aber, wenn nicht-indigene Siedler die Waldfläche zu wirtschaftlichen Zwecken nutzen.

35% der Waldfläche sollen in Mittel- und Südamerika auf diese Weise verlorengegangen sein.

Das **Ausmaß der Vernichtung** in den von indigenen Völkern bewohnten Gebieten wird in unterschiedlicher Weise angegeben: Insgesamt verschwindet jährlich tropischer Regenwald auf einer Fläche von der Größe Frankreichs. In bestimmten Gebieten Brasiliens sollen Jahr für Jahr 30 000 bis 80 000 km² an Wald verloren gehen. Das ist in fünf Jahren die Fläche von Deutschland. Dabei werden pro Tag 500 m³ allein an Edelhölzern herausgeholt, Hölzer, die kurz zuvor noch Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen waren.

In Sarawak (Staat Malaysia, Insel Borneo) wo 24 Stunden am Tag abgeholzt wird, gehen in diesen 24 Stunden 12 km² Waldfläche verloren. Das sind im Jahr 65 mal 65 Kilometer, mehr als die Fläche des Ruhrgebietes.

30% der Waldgebiete in Ostsibirien gelten als vernichtet. Ein Viertel der Regenwaldfläche in der Republik Kongo (das ist >2% des Weltbestands an tropischem Regenwald) sind an Konzessionäre vergeben. In British Columbia verschwinden jedes Jahr 200 000 Hektar Wald vom kanadischen Boden, darunter 40 000 Hektar Regenwald.

Die **Folgen** sind zuerst eine weitreichende Störung, Zerstörung

oder Vernichtung des Ökosystems Wald, eine Zerstörung der Lebensräume von Tieren und Pflanzen. Der freigelegte Boden trocknet aus und wird verweht, oder er wird vom Regen hinweg geschwemmt. Durch abgetragene und verwehte Böden wiederum werden Wasserläufe und Flüsse verschmutzt. Selbst dort, wo man auf dem leergeschlagenen Gelände Weide- oder Ackerland einrichtet, bleibt es nicht lange ertragsfähig, weil der ohnehin an Humusstoffen arme tropische Waldboden schnell ausgelaugt ist.

Sekundäre Folgen sind dann Dürreperioden während der Trockenzeiten des Jahres, weil der Grundwasserspiegel sinkt, und Überschwemmungen während der Regenzeiten, weil keine ausreichende Bodenschicht vorhanden ist, um das Wasser aufzunehmen. Flussläufe werden zu stehenden Gewässern, Staunässe und stehendes Wasser aber entwertet die bisherigen Lebensräume und schafft statt dessen neue für die Malaria mücken. Das Sumpffieber breitet sich aus, Felder werden nicht mehr bebaut, Erträge sinken. Die lokal betroffenen Völker sind häufig nomadisierende Wildbeuter, welche in ihrer gesamten Lebens- und Wirtschaftsweise und damit in ihren sozialen und kulturellen Traditionen auf den Wald eingestellt und von ihm abhängig sind. Mit dessen Verschwinden

werden ihnen die traditionellen Lebensgrundlagen entzogen. Die Standorte von Nutzpflanzen und Heilpflanzen verschwinden ebenso wie die Jagdgründe, Jagdwild wird vertrieben oder stirbt lokal aus. Fische finden in verschmutzten Flüssen keine Lebensmöglichkeiten mehr oder sterben massenweise weg. Damit entfällt auch der Fischfang für diejenigen, die bisher davon gelebt haben. Müssen die Menschen ihre traditionelle Lebensweise aufgeben, so werden sie auch ihrer sozialen und kulturellen Traditionen entfremdet, werden zur sesshaften Lebensweise gezwun-

gen und von Holzarbeitern, Siedlern und Händlern marginalisiert. Neuen Krankheiten ausgesetzt, schwinden sie dahin, sind Vertriebene oder günstigstenfalls auf dem eigenen Lande Geduldete. Wie rasch und radikal derartige Prozesse ablaufen, das ist vielfach belegt, siehe etwa *Lindig/Münzel, p. 410*. Durch den Zwang zur Sesshaftigkeit entsteht mitunter auch der Übergang zum Brandrodungsfeldbau und damit auch der weitere Zwang zur Vernichtung des ehemals eigenen angemessenen Lebensraums oder des Lebensraums anderer waldbewohnender Völker

SARAWAK

Sarawak ist ein auf der Insel Borneo gelegener Teil von Malaysia. Ein Drittel der Einwohner, insgesamt 650 000 Menschen, bilden 26 zu den Dayak gehörende Völker. Sie leben überwiegend vom Wanderfeldbau, von der Jagd oder von der Fischerei. Eine der Ausnahmen bilden noch die Penan, welche aufgrund ihrer Lebensweise den Wildbeutern zuzurechnen sind. Durch die Vernichtung ihres Lebensraums sind aber nur mehr wenige Hunderte tatsächlich Nomaden; die meisten der 6 000 bis 9 000 Penan sind zur sesshaften Lebensweise gezwungen worden.

Denn die Regenwälder in Sarawak sind in den vergangenen Jahren in Furcht erregendem Tempo gefällt worden, 70% sollen schon verschwunden sein. Bereits 1991 hatte die *International Tropical Timber Organisation* gewarnt, innerhalb von 13 Jahren werde Sarawak völlig waldfrei sein. 1996 waren 19 Millionen Kubikmeter Holz gefällt worden, das heißt: jedem Angehörigen der Dayak wurden 100 m³ Holz genommen. Pro Tag werden 12 km² Waldlebensraum zerstört, pro Tag verliert somit jeder Dayak 60 m² samt der darauf lebenden Tier- und Pflanzenwelt. Die Brandrodung der sesshaften Dayak zerstört pro Jahr weniger als 180 km².

Dieser Kahlschlag ist vielmehr das Resultat von Holzeinschlagskonzessionen, welche die Regierung von Malaysia hat an malaysische oder an japanische Firmen (*Mitsubishi, Marubeni* u.a.) vergeben hat. An den malaysischen Unternehmen sind

DAYAK

Regierungsmitglieder gewinneinstreichend beteiligt. Die Firmen exportieren die verwertbaren Teile des Holzes nach Japan, Korea, Taiwan und in die EU, also auch an deutsche Abnehmer.

Obwohl die Dayak vermutlich seit Jahrtausenden dort siedeln und die ersten bekannten Einwohner waren, können sie Landbesitzrechte nicht in der gewünschten Form nachweisen und müssen deshalb vor der Vergabe von Konzessionen nicht gefragt werden. Nachträgliche Einwände werden nicht anerkannt und andere Versuche des Widerstandes (Blockade von Transportwegen) sind in den achtziger und neunziger Jahren mit den Mitteln der Staatsgewalt unterdrückt worden. Im Januar 1999 allerdings erhielten zwei Penan-Gemeinden das Recht auf Widerstand zuerkannt - die dort tätige Holzfirma wurde angewiesen, die Gegend zu verlassen und die Bevölkerung zu entschädigen.

Die Dayak verlieren nicht nur ihren unmittelbaren Lebensraum und damit die Ruhestätte ihrer Ahnen. Auch ihre Wirtschaftsgrundlagen, die Wild- und Fisch-Bestände und die Nutz- und Heilpflanzen werden vernichtet; Hunger, Malaria und Tuberkulose sind die Folgen.

Das gilt in besonderem Maße für die noch stärker in den Wald eingebundenen Penan, welche als nomadische Wildbeuter keine Brandrodung kennen. Die mit den Arbeitern und über die neuen Transportwege eindringenden Fremdkulturen beschädigen auch die Lebensbereiche, die nicht unmittelbar vom Holzfällen betroffen sind.

Japanische Firmen haben als Antwort auf internationale Proteste ihre Holzimporte aus Malaysia reduziert, und durch die Asienkrise ist der Export von Tropenholz um insgesamt 30% gesenkt worden; 70% des Holzabbaus gehen also ungehindert weiter. Dringend notwendig wäre die Anerkennung von Landrechten und Schaffung eines Biosphärenreservats. Alle zu fordernden Maßnahmen würden aber nichts mehr an den bereits eingetretenen, weitreichenden Schäden ändern und kämen für die meisten Dayak zu spät.

Angaben des Bruno-Manser-Fonds Basel 1992; Pogrom 151/6, 155/8, 157/12, 159/10, 175/9, 187/31 (1990-96); Survival August 1999.

SIBIRIEN

UDEHE u.a.

In weiten Gebieten Sibiriens sind in den letzten Jahrzehnten die Wälder der Taiga, aber auch Gebirgswälder vernichtet worden. Die Verluste sollen schon ein Drittel des ehemaligen Bestandes umfassen.

Ursache ist einmal die Holzgewinnung durch sowjetische, russische, US-amerikanische koreanische oder neuerdings auch chinesische Konzerne, welche über eine Holz-Mafia auch illegal an die Waldbestände heran gelassen werden. In den nach-sowjetischen Jahren ist die Bedrohung sibirischer Wälder durch neue Zufahrtswege, durch moderne Technologien und durch gestiegene Nachfrage erheblich gewachsen.

Die Jagd-, Fisch- und Weidegebiete vieler Völker (Nanaien, Ultschen, Karelrier) werden auf diese Weise beeinträchtigt oder gänzlich vernichtet. Östlich des Ussuri siedelten die paläo-asiatischen Udehe, die völlig auf das Leben in der Taiga eingestellt waren und ihre Lebensweise bis in die jüngste Zeit beibehielten. Von den Isman-Udehe leben noch rund 100 Menschen in verschiedenen russischen Dörfern. Während nun der WWF 1997 im Gebiet des Khor-Flusses eine Studie durchführen ließ, um einen Wildtier-Managementplan zu erstellen, mittels dessen die dortigen Udehe weiter von ihrer Jagd leben könnten, unterstützte die US-Regierung für die gleiche Gegend eine Machbarkeitsstudie zum effektiven Einschlag von jährlich 1.5 Millionen m³ Holz. Während 1994 die von Udehe besiedelte Supkai-Wasserscheide (Chabarovsk) noch Naturreservat werden sollte, ist derzeit geplant, sie dem malaysischen Unternehmen *Rimbunan Hijau* für 48 Jahre zum Holzeinschlag zu überlassen; pro Jahr würden dann 550 000 m³ Holz gefällt. Der Konzern lässt sich diese Rechte 450 000 \$ kosten, die Udehe soll er mit 11 Autos im Werte von 1 000 000 \$ auf seine Seite gebracht haben. Zugangsstraßen sind schon angelegt worden. Von Seiten der russischen Regierung scheint die Konzession nicht an eine Umweltverträglichkeitsprüfung gebunden zu werden. Eine Tochterfirma von *Hyundai* hatte geplant, ihre laufende Abholzung in das Taiga-Gebiet der Samarga-Udehe und der Bikin-Udehe auszuweiten. Die Udehe konnten das 1997 auf dem Rechtsweg abwenden und haben damit vielleicht für sich das Schlimmste verhindert. Der oberste Gerichtshof und eine Expertenkommission haben einen Präzedenzfall zu Gunsten der Indigenen geschaffen; aber die Regionalregierung unterstützt immer noch den koreanischen Konzern.

Zum großen Teil hatte aber auch die von der sowjetischen Regierung verfügte Erschließung und Industrialisierung mit nachfolgender Umweltbelastung die Vernichtung des Lebensraums Wald, die Erosion und die Absenkung des Wasserspiegels zur Folge. Industrieunternehmen sollen durch Schadstoffbelastung 1 Million Hektar Wald geschädigt haben. Allein auf das Konto der Nickelverarbeitungsanlage von Norilsk sollen 4 000 km² gehen. 40% der gefällten Bäume bleiben liegen, zerfallen und verrotten in den Flüssen, deren Läufe sie verstopfen und deren Wasser sie beeinträchtigen. Durch den Fäulnisprozess geben sie Stoffe in das Wasser ab, die dem Ökosystem Fluss nicht zuträglich sind.

Pogrom 155/37, 180 (1990, 1995); www.nativenet/utbscsa.edu/archive/nl/ 1992/; www.essential.org/monitor 1996; World Resources Institute 1996, 1997; Hartford 1997; TED Case Studies 1997; Taiga Rescue Network 1997, 1999; Pacific Environment & Resources www.pacenv.org. 1998; Bruno Manser Fonds Basel 1998; Forests Conservation Archives 1999;

BRASILIEN

MEKRONOTI, GUAJÁ, CANELA u.a.

In Brasilien ist wie in Sibirien die Zerstörung des Waldes durch Holzeinschlag nicht zu trennen von der Vernichtung durch Erschließung. Der Bau von Straßen, die Ansiedlung von Bauern und die Anlage von Viehweiden haben die Indianer in den Regenwäldern in immer kleineren Gebieten zusammengedrängt. Aber eben diese Rückzugsgebiete fallen tagtäglich weiterer Zerstörung anheim.

1 m³ Mahagoniholz wird mit 850 US-\$ bezahlt. In kommerziell nutzbaren Vorkommen findet es sich auf 8 000 km² in den Staaten Acre, Pará, Rondônia, Amazonas und Mato Grosso. In diesen Gebieten leben 90 indigene Völker. Bis 1990 waren über 3 Millionen m³ Mahagoni aus den Wäldern geholt worden, und mit jedem Mahagonibaum beschädigt man mehr als 20 andere Bäume. Allein in Süd-Pará sind zudem 3 000 km Straßen illegal angelegt worden, nur um Mahagonibäume zu finden. Da es aber verboten ist, auf dem Land von Gemeinschaften Indigener Mahagoni zu fällen, stammt das Holz zum Großteil aus illegalem Abbau. Die brasilianische Umweltbehörde Ibama fand Millionen von Kubikmetern an Mahagoniholz am Ufer des Xingu-Flusses im Gebiet des Mekronoti-Volkes. Darauf wurde im Oktober 1998 über den Süden des Staates Para ein Moratorium verhängt, welches Schlagen, Transport und Verarbeitung von Mahagoni in der gesamten Region untersagt, auch in den Gegenden, in denen keine indigenen Völker leben.

Dem Aussterben nahe sind die als Wildbeuter völlig auf das Leben im Wald eingestellten Guajá im Bundesstaat Maranhão. Sie haben nicht nur die unmittelbaren und die mittelbaren Folgen des Waldabbaus zu tragen, sie sind auch noch Ziel von „Ausrottungsschwadronen“, welche unter anderem ihre Wasserversorgung vergiften. Über die faulenden Wasser breitet sich zu allem Überfluss auch noch die Malaria aus.

Nicht viel anders ergeht es dem noch 1400 Menschen umfassenden Volk der Canela.

In dem Indianerreservat Axipuana am Río Tapajós werden in den Gebieten der 800 oder 2 000 Angehörigen der Cintas-Largas und der Zorá täglich 500 m³ Edelhölzer gefällt (damit könnte man immerhin einen Ladenraum von 12 m Länge, 8 m Breite und 3 m Höhe füllen - täglich). Allerdings muss man für jeden gefällten Edelholzbaum noch einen Umkreis von 30 m zusätzlich vernichteten Waldes rechnen.

Im Gebiet der Trupinikim und der Guaraní ist durch den Papierkonzern *Aracruz Celulose SA* der Wald auf einer Fläche von 200 000 ha (= 40 mal 40 km) abgeholzt und durch Anpflanzungen von Eukalyptus ersetzt worden. Dieser australische Baum wächst zwar auch in Südamerika rasch, gilt aber als schädlich, weil er den im Regenwaldbereich ohnehin spärlichen Boden säuert. Dadurch wird jede Form von Selbstversorgung der Indianer unmöglich. *Aracruz* selbst glaubt, das Konzept der dauerhaften ökologischen Entwicklung zu unterstützen und Wohlstand zu erzeugen indem die Bedürfnisse der Mitarbeiter, der Gemeinschaft und der Umwelt berücksichtigt werden. Obwohl das Unternehmen dafür sogar von der UNO gelobt wurde, bleibt das Faktum, dass 7 000 indigene Familien mit Gewalt von ihrem Land vertrieben wurden, 150 Wasserläufe verschwunden sind, das Land von Herbiziden

und Ameisengiften verseucht ist und somit nicht länger für die Ernährung mit Fischen noch für den Anbau geeignet ist. (Es gehört zwar nicht in den Zusammenhang, muss am Rande erwähnt werden: Die ehemaligen Farmer und Wildbeuter, die nun bei Aracruz angestellt sind, haben den Status von Sklaven und vegetieren unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen.)

Weil Selbstversorgung traditioneller Art unterbunden ist, bekommen die Indianer von den Firmen Wohnhäuser und Lebensmittel gestellt. Als Folge einer dadurch entstandenen Abhängigkeit und Sinnleere bzw. Überfremdung sind der Verfall der sozialen und religiösen Bindungen, Alkoholismus und psychische Störungen zu erwarten.

Im Naturschutzpark Guaporé in Rondônia leben mehrere Indianervölker, die noch vor wenigen Jahren keinen Kontakt zu Weißen hatten. In der Nähe dieses Naturschutzparks sind nun 7 Sägewerke tätig, welche Edelhölzer aus dem Park verarbeiten. Der Park selbst, dessen Waldökosystem nach und nach sein Gleichgewicht verliert, ist mittlerweile von zahlreichen Mitarbeitern der Holzfällerfirmen bewohnt sowie von anderen Einwanderern in deren Gefolge.

Das offiziell demarkierte und geschützte Land der Uru-Eu-Wau-Wau in Rondônia, in dem Völker leben, die erst in den letzten 20 Jahren Außenkontakte aufgenommen haben, wird ebenfalls von illegalen Holzfällern und Siedlern heimgesucht. Auch den Siedlern fällt der Wald zum Opfer, wenn sie in großem Stil und mittels Pestiziden Kaffee- und Bananen-Plantagen anlegen.

Pogrom 157/49, 159/5, 159/12, 165/64, 189/6, 189/63 (1991-1996), Vierte Welt Aktuell Nr. 65. 1987; Amazon Coalition 1998; Greenpeace; www.worldwideforest 1996; World Rain Forest Movement www.wrm.org.uy/english/plantations/material/libro_ricardo/chapters/chapter7.htm

KANADA

NUXALK, NOOTKA u.a.

In der Provinz British-Columbia werden pro Jahr 200 000 ha Wald zerstört (das ist eine Fläche, die etwas geringer ist als die des Harz). Darunter sind an der Westküste 40 000 ha Regenwald mit teilweise tausend Jahre alten Hochstämmen. Hier sind die Nuxalk betroffen, deren Lebensraum diese Küstenregenwälder sind. Notwendig wäre es nicht, den Regenwald abzuhausen, weil die Holzplantagen mittlerweile ausreichend nachgewachsen sind. Straßenblockaden der Nuxalk werden mit Haftstrafen belegt, der Widerstand wird mit juristischen Mitteln niedergeschlagen, und das bedeutet, dass man ihn nicht zur Kenntnis nimmt.

Nicht viel anders sah es seit Jahren in den Gebieten der Haisla, der Kyuquat, der Nootka auf Vancouver Island, der Lil'wat und der Haida auf den Queen-Charlotte-Inseln aus. Das Holzunternehmen *Fletcher Challenge* und die Firma *MacMillan Bloedel* samt deren deutschen Partnern *Haindl, München-Dachauer* und *Feldmühle AG* bedrohten den Fortbestand ihrer Wälder. Allein 1988 rollten 2.5 Millionen LKW-Ladungen hinaus, voll von Holz, aus dem die Indianer sonst Kanus, Häuser, Totempfähle, aber auch Körbe, Wiegen und Kleidung verfertigen. In Japan und

Deutschland wird daraus Zeitungspapier. 1987 wurde zwar auf einem kleinen Teil des von den Haida bewohnten Lands ein Naturschutzpark errichtet, aber das erhöhte nur den Druck auf den übrigen Wald. Die Haida stellten Überlegungen an, wie sie selbst die Holzverarbeitung in die Hand nehmen könnten, um wenigstens Arbeitsplätze zu bekommen. Das Volk der Haisla versuchte, den Weg der Klärung der Landrechte zu gehen. Sie haben 1995 erreicht, dass ihr Wohngebiet, die Kitlope-Region, das Gebiet mit dem größten kalt-gemäßigten Regenwald, unter Schutz gestellt wurde und eine Holzfirma auf ihre Einschlagrechte verzichtete. Einen gewissen Erfolg - und mehr als die Straßenblockaden - erzielten jetzt auch Kampagnen von Umweltschutzgruppen. Kanadas seinerzeit größtes Holzunternehmen, *MacMillan Bloedel*, wie 20 weitere Unternehmen und der größte Holzhändler der Welt, *Home Depot*, haben sich 1998 verpflichtet, Einschlag und Verkauf von Holz aus altgewachsenen Beständen bis Ende 2002 einzustellen. *Weyerhaeuser*, der Aufkäufer von *MacMillan*, übernimmt auch diese Verpflichtung.

CREE

Die James-Bay-Cree (Nord-Quebec) haben bereits 1975 eine Übereinkunft mit der Provinz Quebec unterzeichnet, welche ihre traditionellen Lebensgrundlagen schützen sollte. Dennoch mussten sie feststellen, dass die Forstverwaltung die Vereinbarungen kaum berücksichtigt hat. 1994 waren 52 000 km² Land an Holzunternehmen vergeben worden; die Cree-Gemeinden zu fragen, sah man keinen Grund, obwohl sie ihre Jagdgründe verlieren. 1998 haben die Cree aus Eeyon Istchee vor Gericht 3 Mill. kanadische \$ als Entschädigung für die Verletzung der Umwelt und von kulturellen, spirituellen und wirtschaftlichen Rechten eingeklagt. Eeyon Istchee gehört zu einem Wald, aus dem Jahr für Jahr 500 km² herausgeschlagen werden.

Die Lubicon-Cree, eine kleine Gruppe der Cree in der Provinz Alberta, sind ein weiteres Beispiel dafür, dass auch im Prinzip anerkannte Landrechte nicht unbedingt vor Raubbau schützen. Nachdem sie bereits in den 70er Jahren durch die Erdölindustrie ihr früheres Leben als Jäger und Fallensteller hatten aufgeben müssen, droht ihnen nun seit 1990 die Vernichtung der Wälder. Die Regierung von Alberta hat Holzeinschlagsrechte für das gesamte Jagdgebiet der Cree vergeben, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass ihnen Rechte auf das Land anerkannt worden sind. Bei den Firmen handelt es sich in erster Linie um japanische Papierkonzerne wie *Daishowa* und *Mitsubishi*, aber auch *Procter & Gamble* sowie verschiedene Tochterfirmen sind dabei. Sieben Jahre lang bestand ein Zustand offenen Kleinkriegs zwischen Unternehmen und Regierungsstellen auf der einen Seite und den Lubicon auf der anderen Seite. Gerichtsverfahren führten zu keiner Lösung, schon erreichte Verhandlungslösungen wurden von *Daishowa* umgangen, indem die Firma auf Subunternehmen auswich. *Mitsubishi Motors America* und *Mitsubishi Electric America* haben sich inzwischen den weiter oben genannten Verpflichtungen angeschlossen. 1998 hat auch *Daishowa* nachgegeben und angekündigt, so lange kein Holz von Lubicon-Land zu schlagen oder zu verkaufen, wie die Landrechtsfragen nicht geklärt sind. Dieses Ergebnis wird als Erfolg einer Boycott-Kampagne gesehen.

Pogrom 163/37, 165/12, 189/7, 190/7, 193/54 (1992-1997), Mitteilung GfbV Sept. 1995; Vancouver Sun, Mai 1998; GreenLeft Weekly Homepage 1995; Friends of the Lubicon - <http://kafka.uvic.ca/> 1998; RAN Juni 1998, August 1999; Taiga Rescue Network 1998.

DEM. REP. KONGO

TWA, MBUTI, BAKWA

Vor den politischen Entwicklungen der späten 90er Jahre war ein Viertel der Regenwaldfläche dieses größten Waldlandes Afrikas an überwiegend europäische Holzfirmen vergeben. Die Hälfte des Holzeinschlags sollen die deutschen Unternehmen *Danzger Furnierwerke GmbH* und die *Holimex-Gruppe* besorgt haben. Nach eigener Bekundung kommt das Mahagoni-Holz der Fa. Danzer aus den immergrünen Regenwäldern Westafrikas, von der Elfenbeinküste über Ghana bis Kongo. Bis zu 10% des Holzbestandes wurde unmittelbar durch Fällen beseitigt. Für jeden gefällten Baum muss man zudem mit einer zerstörten Waldfläche von 15 bis 20 m² um den Baum herum rechnen. Soweit man gegenwärtig sehen kann, wird auch das Regime Kabila von sich aus nichts an der Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen ändern.

Negativ davon betroffen sind im Kongo (wie übrigens auch in Kamerun) 10 000 Menschen der Twa, der Mbuti und Bakwa, dreier Völker, welche hierzulande als Pygmäen bekannt sind. Für große Teile dieser Völker sind die ökologischen Folgen der Lebensraumzerstörung bereits eingetreten und haben zu unerwünschten kulturellen und sozialen Änderungen geführt. Die Menschen haben ihr nomadisches Leben als Wildbeuter aufgeben müssen, sind sesshaft und arbeiten, soweit sie nicht von Brandrodungsfeldbau leben, für die Holzfäller. Viele ihrer Traditionen sind aufgelöst und gar nicht oder durch eine einheitliche westlich orientierte Lebensweise ersetzt worden. Die Holzfirmen verlassen nach wenigen Jahren der Ausbeutung die Region. Was bleibt, ist der dauerhafte kulturelle Wandel, den sie ungebeten über die Pygmäen-Völker gebracht haben.

*Pogrom 159/54 (1991), Mitteilungen GfbV, Sept. 1995;
<http://www.danzger.de/sortiment/mahagoni.htm>/Herkunft:*

WEST-PAPUA

MOI u.a.

Seit 1969 hält Indonesien West-Papua (indonesisch: Irian Jaya) widerrechtlich unter Kontrolle. Durch Umsiedlungspolitik und andere völker- und menschenrechtswidrige Maßnahmen wird versucht, die ansässige Bevölkerung zu unterdrücken und zur Minderheit zu machen.

Diese politische Absicht steht auch hinter der Freigabe großer Waldflächen für den Holzabbau. Zwei Drittel des gesamten Bestandes dürften die Umsiedlungsmaßnahmen und die Bergbauaktivitäten bereits verschlungen haben, Wald, der natürlich zum Gewinn der Regierung oder ihrer Freunde verkauft wurde. Die mehreren hundert Völker West-Papuas sind bei diesem Vorgehen weder konsultiert

noch auch nur informiert worden. Sie erfahren vom Holzeinschlag in der Regel erst, wenn die Bulldozer beginnen, Transportwege freizuroden.

Kontrolle des angeblich selektiven Holzeinschlags findet nicht statt, Wiederaufforstungsbetrieb die indonesische Regierung hier bislang nicht.

Weil ihr Widerstand nicht ohne Folgen geblieben ist, seien als Beispiel die Moi genannt. Die 400 Angehörigen dieses Volkes leben von der Sago-Palme und weiteren Pflanzen der Wälder. Auch ihre Tiere - Känguruhs, Schweine, Fische - stammen aus dem Wald. 339 000 ha dieses Waldes, das ist eine Fläche von 50 mal 70 km, sind an die Firma *Intimpura* vergeben worden. „Alle Flüsse sind inzwischen ausgetrocknet oder verschlammt. Die Fische, die wir früher gefangen haben, sind einfach verschwunden ... Die Damar-Bäume sind verschwunden, die Sago-Palmen sind verschwunden ... Der Paradiesvogel ist nicht mehr da. Dafür kommen jetzt die Moskitos“ und bringen Malaria, so muss man diese Worte eines Moi-Sprechers ergänzen. Auf Grund des Widerstandes der Moi und internationaler Proteste hat sich der indonesische Konzern *Astra-International* aus einem Projekt zurückgezogen, welchem weitere 800 000 Hektar Lebensraum der Auyu, Marind und anderer Völker zum Opfer gefallen wären. Der Regenwald, an den diese Wildbeutervölker angepasst sind, sollte durch Eukalyptuspflanzungen ersetzt werden, was der Region weitere ökologische Nachteile gebracht hätte.

Pogrom 165/61, 168/12 (1992)

BURMA

KAREN, MON

Der *SLORC*, der State Law and Order Restoration Council, der in Burma, dem Land, das er Myanmar nennt, ohne andere als gewaltsam angeeignete Befugnis herrscht, hat 1988 riesige Waldgebiete in Form von Einschlagkonzessionen an *thailändische Firmen* verkauft. Diese Firmen gehören zum Teil hohen Thai-Militärs. Die Verträge sind 1992 verlängert und ausgeweitet worden. Bis dahin waren allein im Land der Mon über 250 000 Tonnen verloren gegangen. Der Verlust des Waldes, dessen Holzbestand über die Grenze abtransportiert wird, bringt für die Karen und die Mon außer den üblichen ökologischen Folgen, durch Überschwemmungen auch den Verlust von Reisfeldern und Nusspflanzungen mit sich.

In Tenasserim wird ein großes Waldgebiet durch Gas- und Ölpipelines der Firmen *Total* und *Unocal* zerschnitten und in einem breiten Streifen zerstört (siehe auch p. 39, 79)

Pogrom 188/22 (1996); www.nativenet.uthscsa.edu/archive/nl/; T. Giannini: Destructive Engagement 1999 in: www.igc.org

KAMERUN

BAKA

In den vergangenen Jahren sind die Waldbestände von Kamerun, in welchen auch ca 40 000 Baka leben durch erweiterten Holzeinschlag, durch Ölpalmenpflanzungen, aber auch durch Brandrodung angegriffen worden. Die Baka gehören zu den

Völkern, die man als Pygmäen zusammenfasst. Die *Europäische Union* förderte Projekte zum Bau von über 2000 km Straße, Projekte, welche auch dem Holzexport dienen und zum Teil von der African Development Bank und der Weltbank aus Umweltbedenken heraus abgelehnt worden waren. Die EU beriet sich dabei auch nicht mit den Bewohnern der anliegenden Wälder. Am 1. Juli 1999 ist zwar ein Verbot des Holzexports in Kraft getreten, aber das heißt nicht, dass auch kein Holz mehr gefällt werden dürfte.

Rainforestfoundation 1999

MEXIKO

TARAHUMARA

In der Sierra Madre im Nordwesten Mexikos (Chihuahua) leben neben der mestizischen Mehrheitsbevölkerung einige indigene Völker, unter ihnen die 50-70 000 Tarahumara (Raramura), welche für ihre Rennkultur bekannt sind. Sie leben in den wenigen von dem früher riesigen Bestand verbliebenen Urwäldern. Große Teile der Wälder haben US-amerikanische und kanadische Holzfirmen entfernt. Die Regierung kommt dem entgegen und legt Straßen in die Waldregion hinein und will Holzmühlen und Papierfabriken ansiedeln.

Die Nutz- und Heilpflanzen der indigenen Bevölkerung sind durch die Vernichtung des Lebensraums Wald verschwunden oder gefährdet, ebenso wie der bebaubare Boden durch die nachfolgende Erosion. Im Verein mit den ebenfalls durch die Abholzung heraufbeschworenen Dürreperioden hat dies die Ernteerträge derart reduziert, dass 1994 die ersten verhungerten Tarahumara zu beklagen waren. Zu beklagen waren weitere 35 Tarahumara, die wegen des Widerstandes, den sich das Volk gegen seine Vernichtung erlaubte, ermordet wurden. Widerstand wird von der Regierung unterdrückt; von wem die Mordkommandos ausgehen, das ist unbekannt. Der Rückgang der Ernteerträge betrifft aber nicht allein die Nahrungsmittel, sondern auch den Anbau von Drogenpflanzen, der von der Drogenmafia, in deren Hände die Tarahumara in ihrer Not geraten sind, erpresst wird. Zur Zeit ist kein Ausweg aus dieser Klemme zu erkennen.

*Pogrom 187/18, 189/7 (1996); www.dana.edu/dwarman/abs;
<http://csf.colorado.edu/lists/elan/96/nov96/0000.html>*

KOLUMBIEN

EMBÉRA, WAUNANA, KUNA

Seit Tausenden von Jahren leben im Regenwald des Chocó an der kolumbianischen Pazifikküste indianische Gemeinschaften. Heute umfassen sie noch ca 30 000 Menschen. Seit 40 Jahren wird dort holzwirtschaftlicher Abbau des Regenwalds betrieben. Nach Schilderung eines der Betroffenen fallen die hohen Stämme und die Edelhölzer der Möbelindustrie zum Opfer, die niedrigen Bäume und Sträucher holt sich die Papierindustrie (z.B. *die Empresa Maderas de El Darien*). Dieser Totalumschlag hinterlässt Steppen und Wüsten mit den üblichen Folgen: Erosion,

Überschwemmungen, Verlust der fruchtbaren Böden, Verlust der 8 000 Pflanzenarten, inklusive der 1 500 endemischen.

Pogrom 158/51 (1992); www.accion.net/1999

INDIEN

ADIVASI

Im südasiatischen Subkontinent sollen nur mehr weniger als 10% der Landfläche mit Wald bedeckt sein, die Abholzung schreitet stetig fort. Von der Waldzerstörung werden die sogenannten Adivasi, die indigenen Völker Indiens, auf direkte oder indirekte Weise betroffen. Es sind dies etwa 70 Millionen Menschen in 250 Völkern mit jeweils eigener Sprache und Identität. Manche von ihnen, wie die archaischen Weddid-Völker mit nur je hundert bis tausend Menschen, leben seit 10 000 Jahren in den indischen Wäldern. Auch viele andere Urvölker lebten ursprünglich in den Wäldern, die sie schonend nutzten und schützten. Die britische Kolonialmacht und später die indische Unionsregierung haben den Wald zu einem reinen Nutzgebiet umdefiniert. Er verlor seine ursprüngliche Natur, und die Menschen wurden aus ihm vertrieben. Doch auch von dem Land, welches die Adivasi danach besiedelten, vertrieb man sie, und sie wichen wieder in Wälder aus, nahmen allerdings ihre neuerworbene landwirtschaftliche Lebensweise mit dahin - sie roden und vernichten den Wald. Die Landwirtschaft ist in Indien der größte Waldvernichter. Hinzu kommen die industrielle Nutzung (Papierindustrie, Fabrikanlagen) und die Erschließung (Bau von Straßen oder Staudämmen, siehe p. 65)

Soweit sie sie noch besiedeln, versuchen viele Angehörigen der Adivasi, die Wälder zu schützen. Bekannt wurden die Baum-Umarmungsaktionen der Bergvölker-Frauen. Zur Zeit werden Programme zur Wiederaufforstung erprobt, in welche die Adivasi einbezogen sind.

Ein Gegenbeispiel: Verschiedene Medikamente werden auf der Basis von Jeevani hergestellt, eines Kräutergemischs, dessen Hauptbestandteil aus der Pflanze Arogyappacha (*Trichopus zeylanicus*) stammt. Das Geheimnis dieser Pflanze war bis vor kurzem nur den ca 2 500 Familien der Kani bekannt. Ihnen ist nun das Eigentumsrecht und damit das Verwertungsrecht an dieser Heilpflanze zugesprochen worden, nachdem pharmazeutische Firmen über Jahre hinweg versucht hatten, die Pflanze auf Kosten der Kani auszubeuten..

Pogrom 171/30, 191/10 (1993-96) ;www.oneworld.org/PANOS, News&Features 1999

INDONESIEN

MENTAWAI; DAYAK, PUNAN

Über Jahrzehnte hinweg wurde auf der vor Sumatra liegenden Mentawai-Insel Subaru Tropenholz gefällt, zum Schaden der 20 000 Mentawai, die dort ihren Hauptwohnbereich haben. 1992 hat man den Holzeinschlag eingestellt und die Insel in einen Nationalpark umgewandelt, den jährlich mehrere Tausend westlicher Touristen aufsuchen - ohne Nutzen für die Mentawai.

Auf Kalimantan (Borneo) lebten Indigene, welche zu den Dayak und Punan gerechnet werden, seit jeher von Waldgärten und schonendem Ackerbau auf Brandrodungsflächen. Durch die Ansiedlung von Javanern verloren sie viel von ihrem Land, durch großräumige kommerzielle Entwaldung verloren sie endgültig ihre Lebensmöglichkeiten und wanderten in die Slums ab. Ein Wiederaufforstungsprogramm wurde als Ermutigung zum totalen Waldkahlschlag missdeutet. Ein Dorfentwicklungsprogramm führte dazu, dass die Dorfbewohner zu kollektiven, unbezahlten Mitarbeitern der Holzfirmen degradiert wurden. "Auf dem Land ihrer Väter schufteten sie für diejenigen, die ihre bisherige Lebensgrundlagen vernichtet haben" (B. Sostmann in Pogrom 193). Einer der großen Holzunternehmer, *Mohammed Hassan*, war mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Suharto befreundet. Nach Einschätzung des Bruno-Manser-Fonds (Basel) sind für die Brände, welche zwischen 1997 und 1999 die Wälder Borneos heimsuchten, 176 Unternehmen verantwortlich, welche für Projekte des Plantagenbaus oder der Holzgewinnung Gelände durch Brandrodung frei legen wollten. Ähnliches gilt für die Waldbrände in Sumatra im Frühjahr 2000.

Pogrom 193/32, 33 (1997); Bruno-Manser-Fonds Basel 1998;
www.caske2000.org/mentawai.

NICARAGUA

Die Nordatlantische Autonome Region in Nicaragua ist reich an alten Waldbeständen, in denen zahlreiche Tierarten (z.B. Tapir, Jaguar, Affen, Ameisenbär, Faultier), aber auch Heilpflanzen und Edelhölzer wie Mahagoni heimisch sind. Die in dieser Region lebenden Menschen gehören den Völkern der Sumu (Awas Tingi), Miskito, Mayangna und Rama an. Schon immer haben in diesen Wäldern Farmer illegal Holz geschlagen. Bedrohlich wurde die Situation aber durch die Konzessionen zum Holzeinschlag, die Großunternehmen erhielten. Bis 1990 war der Waldbestand schon auf die Hälfte gesunken, und auch zwei Nationalparks werden mittlerweile nicht mehr verschont. 1997 erließ Staatspräsident Alemán zwar ein allgemeines Verbot von Abholzung und Export von Edelhölzern. Im gleichen Jahr jedoch erhielt die koreanische Firma Solcarsa (= *Sol de Caribe*; aus dem Holzkonzern *Kumkyung*) eine auf 20 Jahre angelegte Konzession. Eine Straße wurde in den Wald gelegt, und täglich holte man 80 Bäume heraus. Die indigenen Gemeinden brachten beim obersten Gericht Klage ein, weil das Land anerkanntermaßen ihnen gehört und die Provinzialregierung hätte konsultiert werden müssen. Gleichzeitig wuchs der Druck von Umweltschutz- und anderen Vereinigungen. Im Februar 1998 erklärte das Gericht die Konzession für illegal, das Holzunternehmen musste sich aus dem Gebiet zurückziehen. Mag das wie ein Erfolg aussehen, so wird er wieder in Frage gestellt durch die Entscheidung von Präsident Alemán, das Verbot von 1997 wieder aufzuheben. Es war ohnehin nie durchgesetzt worden: 96 Holzunternehmen hatten in dieser Zeit Edelhölzer gefällt und exportiert. Als be-

SUMU u.a.

sonders rücksichtslos gilt im Gebiet der indigenen Völker die dominikanische Firma *Madensa*.

Forests Conservation Archives 1999; Native Forest Network Mai 1997; Tropical Conservation Newsbureau August 1997; RAN 1998

GUYANA

AKAWAIO u.a.

Die Regierung von Guyana hatte sich verpflichtet, bis 1998 keine Holzschlagkonzessionen für die 88 000 km² Wald, über welche dieser Staat verfügt, zu erteilen. Es ist jedoch nicht möglich, den illegalen Holzzabbau zu unterbinden, solange diese Fläche von nur 6 Förstern kontrolliert wird (also 1 Förster auf 120 x 120 km). Zudem existierten zwischen der Regierung von Guyana und kanadischen und malaysischer Holzfällerfirmen Vorverträge, die für die kommenden Jahre das Schlimmste befürchten lassen. Den Firmen war zugestanden worden, in eigener Regie Holzfall-Pläne aufzustellen. Straßen und Papiermühlen warten schon seit 1996. Betroffen sind unter anderen die Akawaio, welche zur Zeit noch um die Anerkennung ihrer Landrechte kämpfen. Dieses Land wird dann vielleicht aber nicht mehr den Wald tragen, in und von dem sie leben, sondern durch die kanadische *Buchanan-Gruppe* oder durch *Solid Timber Sendirian* kahl geschlagen sein.

Pogrom 190/8 (1996) ; Rainforest Action Network 1996; World Resources Institute 1996

VENEZUELA

PEMÓN u.a.

Dem auf einer Fläche von 36 000 km² an Wald, Gold, Diamanten und anderen Schätzen reichen Imataca-Reservat sollen diese Schätze entnommen werden. Das ist aus volkswirtschaftlicher Sicht vielleicht sinnvoll, bedeutet aber für die dort wohnenden Warao, Akawaio, Kariña und Pemón vermutlich das Ende ihrer traditionellen Lebensweise bzw. ihres Überlebens als Volk. Weil zahlreiche Rechte durch die aus dem Jahr 1997 stammenden Pläne verletzt würden, war der Widerstand groß und hat die Angelegenheit vor das oberste Gericht Venezuelas gebracht. Zur Zeit ist nicht zu erkennen, ob die neue Regierung Chavez diese Pläne verfolgt. (siehe auch Gold und Bodenschätze)

<http://csf.coloradoedu/lists/elan/aug97/>

SALOMONEN

In diesem west-pazifischen Inselstaat nahmen Wälder, die Lebensgrundlage der Ureinwohner, zwei Drittel der Landfläche ein. Dann kamen aber Holzfirmen ins Land und fällten zehn Jahre lang Holz in einem Ausmaß, das dreimal so hoch war wie es für eine Regenerationsfähigkeit erträglich wäre. Während auf der einen Seite die Bevölkerung sich gegen die Holzfäller wehrt - zum Teil mit der Drohung, die

Maschinen zu verbrennen - , ließ sich die Regierung zu neuen Konzessionen bestechen. So soll eine Tochterfirma des malaysischen Unternehmens *Kumpulan Emas* 2 Millionen \$ für Einschlagrechte gezahlt haben. Dafür schickt die Regierung auch paramilitärische Verbände zum Schutz des Unternehmens mit in die Wälder. Wenn es so weiter geht, dürften nach einer Einschätzung der Weltbank die Salomonen in wenigen Jahren waldfrei sein. Doch trotz des Versuchs, ein Moratorium zu erreichen (1997), geht es so weiter: Japanische und malaysische Firmen haben joint ventures angeboten, um den Einschlag zu forcieren. Im Juli 1999 wurden 100 km² Regenwald in der Marovo Lagune auf Vanguna Island an die *Sylvania Timber Products* freigegeben, die auf diesem Areal den Platz für eine Ölpalmenplantage lichten will. Ölpalmen sind im Pazifikraum bekannt dafür, dass sie Urwälder verdrängen und den Boden seiner Nährstoffe berauben. Der Marovo Council of Chiefs und andere Vereinigungen haben gegen diese Weitergabe ihres Landes heftigen Protest eingelegt. Auf Grund eines neuen Gesetzes können Genehmigungen zum Holzeinschlag ohne vorherige Konsultation der Ureinwohner vergeben werden.

Arbeitsbericht GfbV 1994/95; Greenpeace 1996; TED Case Studies 1997; Forests Conservation Archives 1999

SURINAM

Surinam ist ein immer noch zu 90% bewaldetes Land. In den Wäldern leben - im Unterschied zur Küstenregion - indianische Völker, insgesamt 3 % der Staatsbevölkerung. Ihr Lebensraum ist seit 1993 von dem indonesischen Holzkonzern *Musa* bedroht. *Musa* versucht, an Einschlagkonzessionen zu gelangen, wie es heißt, auch auf illegale Weise.

Rechte an dem von ihnen seit Tausenden von Jahren besiedelten Land können die indigenen Bewohner nicht in einer von westlich orientierten Gerichten anerkannten Weise nachweisen, und es ist durchaus zu fragen, ob es ihnen viel nützen würde, wenn sie es könnten.

Pogrom 179/5 (1994)

PHILIPPINEN

AËTA

Die Philippinen sehen sich genötigt, ihren Wald, das heißt die restlichen 7 000 km², die von den einst 160 000 km² verblieben sind, zu verkaufen. Ein für 1999 geplantes Holzfäll-Verbot wurde nicht ausgesprochen, weil der Regierung, die unter dem Druck von Gläubigern und Finanzinstituten steht, damit 15 Millionen \$ pro Jahr verloren gegangen wären. Die Vermutung, dass nach einem Verbot der illegale Holzeinschlag zunehmen würde, ist allerdings nicht von der Hand zu weisen. Abholzung und Abholzungsplanungen bedrohen nun weiterhin zum Beispiel das Volk der Aëta. Für sie bringt die Jahrtausendwende das Ende ihrer traditionellen, waldbunden Lebensweise. Freilich nicht auf Grund ihrer eigenen Entschei-

dung, sondern weil ihnen der Lebensraum genommen wird, einfach so. Gegen das Jahr 2010 dürfte es keinen Wald mehr auf den Philippinen geben.

Mitteilung der GfbV, Sept. 1995; Forests Conservation Archives; Community Aid Abroad 1999

PERU **AMAHUACA, MASHCO-PIROS, YAMINAHUA, YORA**
Um der Ausrottung zu entgehen, haben vier indigene Völker - die Amahuaca, die Mashco-Piros, die Yaminahua und die Yora - sich von jedem Kontakt mit anderen Völkern zurück gezogen. Jetzt drohen die Holzfäller ihnen aber nachzukommen. Seit 1998 plant die peruanische Regierung, Holzkonzessionen an die *Tabuamann Forest Industrial Company* und die *Newman Lumber Company* zu vergeben, welche sich mit dem Siedlungsgebiet der vier indigenen Völker überschneiden. Dadurch waren die Vertreter dieser Gruppen gezwungen, vor die Weltöffentlichkeit zu treten und auf ihre Bedrohung aufmerksam zu machen. Landrechte vor Gericht einzuklagen halten sie aber angesichts des "korrupten Gerichtssystems" Perus für sinnlos.

Forests Conservation Archives 1999, 2000

ARGENTINIEN

Im September 1999 entdeckten Bewohner des Dorfes Tekoà Ymá im Biosphärenpark Yabotí (Provinz Misiones), dass das Unternehmen *Mocona S. A.* dabei war, den Wald in ihrer Umgebung zu fällen. Diese Abholzung war offenbar vom zuständigen Umweltministerium genehmigt worden, obwohl sie den Lebensraum der dort wohnenden Guaraní und den Biosphärenpark bedroht.

Briefl. Mitteilung A. Reiser, 12.9.1999

GUARANÍ

GOLD

Das edle Metall Gold macht seinem Ruf alle Ehre und erweist sich bei dem Versuch, es in reiner Form zu gewinnen, als eher spröde. Davon verspüren allerdings weniger diejenigen etwas, die es als Schmuck tragen; die ersten Folgen tragen vielmehr diejenigen, die das Pech haben, in einer goldreichen Gegend zu leben, die von anderen ausgebeutet wird. "Gold ist für die Western Shoshone der bedeutendste Verursacher von Elend" so lassen sie auf ihrer Homepage wissen.

Gold wird entweder durch mehr oder weniger ursprüngliches Waschen gewonnen oder durch industrielle Anreicherungsverfahren.

Die waschenden Goldsucher beeinträchtigen das Umland der Flüsse, in denen sie suchen, häufig schon durch ihre große Zahl, durch die von ihnen eingeschleppten Fremdkulturen (d.h. zumeist deren minderwertige Formen) und durch Krankheiten. Ihre Schädlichkeit für die Umwelt beruht vor allem aber auf Quecksilber und anderen Schwermetallen, mit denen die Goldwäsche die Flüsse belastet. (Man kann den viel benutzten Ausdruck 'belasten' hier schon wörtlich nehmen, wenn für drei Flüsse in Rondônia/Brasilien ein Wert von 3 000 Tonnen Quecksilber angegeben wird! Als

massive Quecksilberkugel hätten sie einen Durchmesser von 7,5 m.) In Gewässern kann Quecksilber auf dem Wege über quecksilberorganische Verbindungen in der Nahrungskette angereichert und über Fische oder Krebse an die Menschen weitergegeben werden. Quecksilberorganische Verbindungen gelangen aber auch über den Hautkontakt oder durch Inhalation in den Organismus. Dort wirkt Quecksilber als Stoffwechselfgift, reichert sich aber auch im Zentralnervensystem (Gehirn, Rückenmark) an und kann zu mehr oder weniger starken neurologischen und psychischen Störungen führen.

Mit dem primitiven Verfahren der Goldwäsche geben sich Großkonzerne nicht mehr zufrieden. Sie verwenden Aufbereitungsmethoden, welche die Goldgewinnung zu einer besonders umweltzerstörenden Form von Rohstoffgewinnung machen:

Das goldhaltige Erz wird aus dem Berg herausgesprengt, zerkleinert und in Halden aufgeschichtet. Wie bei jeder Form von Tagebau wird allein durch diese Vorgänge Boden zerstört, es werden Zugangswege und Schneisen geschlagen und durch Probebohrungen Quellen verseucht. Die Wirkung der Sprengungen auf die Tierwelt ist

wohl noch nicht näher untersucht worden, ebensowenig die Wirkung auf die für die Landwirtschaft wichtigen Bodenstrukturen in dem angrenzenden Gelände. Die Halden werden großflächig mit Cyanid-haltiger Flüssigkeit übergossen. Das Cyanid löst Gold aus dem Gestein heraus, die Flüssigkeit schwemmt es aus der Halde nach unten ab, und dort wird es herausfiltriert. Cyanid-haltige Flüssigkeitsrückstände werden in Rückhaltebecken gesammelt, wo sie von Vögeln als Wasserflächen angesehen werden. Zwar recyclet man die Cyanid-Flüssigkeit zu 90%, aber durch sehr häufig aufreißende Lecks gelangt Cyanid dennoch in den Boden und von dort ins Wasser. Durch den Dambruch der *Esmeralda Exploration Mine* in Rumänien und die Vergiftung von Theiß und Donau im Februar 2000 wurde auch den Europäern vor Augen geführt, was auslaufende Cyanidlauge bedeutet. Cyanid wirkt im Organismus hemmend auf den Zellstoffwechsel und kann zum Zelltod führen. Wenn der Organismus bei zu hoher Dosis nicht entgiftet wird, kann auch der Gesamttod durch Atemlähmung eintreten. (Dies ist der Fall bei der Blausäure- oder Zyankali-Vergiftung; die Anwendung dieses Giftes unter dem

Namen Zyklon B in den Duschräumen von Auschwitz war Teiles einer der großen Völkermorde und wohl des grauenhaftesten). Die Wirkung auf die Zellatmung stellt sich nicht nur bei Menschen, sondern bei allen Sauerstoff atmenden Lebewesen ein.

Die austretende Cyanidlauge enthält darüber hinaus noch Nitrate und aus dem Erz herausgelöste Schwermetalle. Insgesamt hat man über 50 chemische Substanzen registriert. Schwermetalle sind in der Regel Stoffwechselgifte, Nitrat im Trinkwasser kann bei Säuglingen zu Atemnot führen.

Im Verlauf der Goldreinigung, besonders dann, wenn man die Halden mit der Cyanidlösung besprüht, werden Unmengen an Wasser verbraucht. Dieses Wasser stammt aus den umliegenden Gewässersystemen und fehlt dann im Grundwasser.

Gefährdet durch all diese Folgen der Goldanreicherung sind die Uferbewohner der Flüsse, an denen Gold gewaschen wird, weiterhin die Anwohner von Goldtagebauminen, deren Grundwasserversorgung bedroht ist und deren Trink- und Brauchwasser ebenso vergiftet wird wie ihre Nahrungsmittel.

Weitere Beispiele als die hier angeführten finden sich auch im Kapitel "Andere Bodenschätze".

USA

WESTERN SHOSHONE, TIMBISHA, QUECHAN, ASSINIBOIN, GROS VENTRE

Viele der in großem, ja gigantischem Stil industriell ausgebeuteten Goldgruben liegen im Land der Western Shoshone (Nevada), und ihre Anzahl nimmt zu; zur Zeit sind es 295. Der 70 km lange Carlin-Trend in den Tuscarora Mountains ist das Dorado der Neuzeit und hat zahlreiche Konzerne in einen Goldrausch versetzt. Für die Shoshone, die seit Jahrhunderten dort leben und nun, nach dem Zusammenbruch der Bisonjagd, ein armes Sammlerdasein führen, ist Gefährdung und Verseuchung ihres Landes jedoch das einzige, das die Goldminen ihnen einbringen. Genehmigungen, Ausbeutung und Gewinn laufen ohne ihre Beteiligung ab. Ihr Land ist bedeckt von Tagebauflächen und Halden und nimmt die Abfälle auf, die durch Lecks ausfließen. Die *American Barrack Mine* macht pro Jahr einen Gewinn von 4 Milliarden \$ und muss dazu 10 Millionen Unzen Gold aus 100 Millionen Tonnen Erde heraus holen. Die 295 Gold- und Silberminen insgesamt bewegen jedes Jahr 29 Milliarden Tonnen im Land der Western Shoshone. Die Schürfbegier macht dabei auch nicht vor den kulturellen und spirituellen Bezirken der Bevölkerung Halt. Das Big-Smoke-Valley ist von einer der größten Goldminen, der *Round Mountain*, in ein Haldental verwandelt worden. Im Carlin-Trend sind 1 300 km² (immerhin 30 mal 40 km) allein von dem kanadischen Unternehmen *Newmont* belegt. Vom Crescent Valley sind 1,7 km² durch ein Laugenbecken bedeckt, 5 km² von Abraumhalden und 3 km² von den eigentlichen Firmenanlagen der *Pipeline Projects*, insgesamt also eine Fläche von 3 mal 3 Kilometern.

Im Bereich der *Cove/McCoy Mine* sollen innerhalb weniger Jahre 500 000 l Abraumflüssigkeit ausgeflossen sein; darin waren schätzungsweise 400 kg Cyanid enthalten. (Damit könnte man sämtliche Einwohner von Las Vegas und ganz Nevada nachhaltig aus dem Leben befördern). Da ist es nicht mehr überraschend, dass 10 000 Vögel in den Abraumbecken erstickt sein sollen.

Nevada ist mit weniger als 30 cm Niederschlag pro Jahr (zum Vergleich: Deutschland 500-1000) ohnehin ein Trockengebiet. Der hohe Wasserverbrauch der Goldfirmen und das Abpumpen von Grundwasser machen daraus eine Katastrophe. Die Gruben des *Pipeline Projects* (von den zur *Rio Tinto Zinc* gehörenden Firmen *Placer Dome* und *Kennecott*) liegen unter dem Wasserspiegel, und es müssen 112 000 l Wasser abgepumpt werden - pro Minute! Im Gebiet des Humboldt-River pumpen ebenfalls neun Minen täglich Millionen Liter Wasser ab. Das in die Hohlräume nachfließende Grundwasser könnte dann auch aus einer der in Nevada zahlreichen Quellen kommen, welche heißes, von Natur aus giftiges Wasser führen. Dieses Wasser wird dann seinen Weg ins Trinkwasser nehmen.

Versuche der Shoshone, sich gegen die Zerstörung ihres Landes und ihrer heiligen Stätten zu wehren, sind bislang erfolglos.

Einen Pyrrhus-Sieg können die indianischen Gemeinden der Fort Belknap Reservation verzeichnen. Der Goldabbau durch die kanadische *Pegasus Gold Corp.* hatte seit 1979 ihre Lebensmöglichkeiten drastisch eingeschränkt. Schwermetalle und andere chemische Abfälle in den von ihnen genutzten Flüssen, Staub und Spreng-

gungen in den Goldgruben haben nicht nur gesundheitsschädliche Folge hinterlassen, sondern machen auch Fischfang und Jagd unmöglich. Als die Gemeinden der Assiniboin und der Gros Ventre schließlich auf drei Seiten von der Goldmine umschlossen waren, wurde ihr Kampf um die Lebensrechte von den Behörden mitgetragen. Das Unternehmen wurde 1996 zu kostspieligen Maßnahmen verpflichtet, die es jedoch nie erfüllte; denn im Zuge einer geplanten Erweiterung der Grube verlangte der Staat Montana 1998 30 Millionen \$ an Entschädigung. Diese Forderung hat das Unternehmen nicht überlebt - aber damit ist das Trinkwasser noch nicht wieder benutzbar geworden und das Minengelände nicht rekultiviert oder abgesichert. Dazu wären 120 Millionen \$ erforderlich. Immerhin dürfte der Goldabbau in Montana vorerst keine Zukunft haben, und die Erfahrungen der Assiniboin und Gros Ventre könnten auch den Western Shoshone zugute kommen. In den Panamint Mts, in unmittelbarer Nähe des Death Valley in Kalifornien plant die *Canyon Resources*, eine Goldmine nach dem Cyanid-Verfahren zu betreiben, hat es dabei jedoch bislang verabsäumt, die dort lebenden Timbisha Shoshone zu konsultieren. Die erst 1983 als eigenes Volk anerkannten Timbisha verfügen, nachdem sie aus dem Death Valley (= Timbisha) vertrieben wurden, nicht über nennenswertes eigenes Land. Deshalb erkennen weder das Innenministerium in Washington noch der zuständige Gerichtshof einen Konsultationsanspruch an. *Canyon Resources* konnte ungehindert den Goldabbau in Gang setzen. Die Timbisha sehen darin die Absicht, sie auf dem Wege über ihre Umweltbedingungen zu vernichten.

Auf dem Land der Quechan (Kalifornien) will die kanadische *Glamis Imperial Company* bis zum Jahre 2018 auf einer Fläche von 60 km² nach Gold suchen. Mittels des Cyanidverfahrens wird sie 450 Millionen Tonnen Erde bearbeiten und schließlich eine 300 Meter tiefe Grube und einen 100 m hohen Abraumberg sowie einen Abraumsee hinterlassen.

Drillbits April 1998, Pogrom 190/50 (1996); R. Domnick in pogrom 203 (1999) und im Humanrights Server; www.nativeweb.org/pages/legal/shoshone/gold_heist; http://conbio/rice.edu/nae/docs/brgsmine;

BRASILIEN

YANOMAMI u.a.

In verschiedenen Regionen Brasiliens sind rund 1 Million Flussanwohner von der Verunreinigung der Fluss-Systeme mit Schwermetallen betroffen. In die Flüsse Rapájos und Madeira wurden dreißig Jahre lang 1 800 Tonnen Quecksilber unkontrolliert abgegeben, in den Fluss Tapajós 1 200 Tonnen. Quecksilber reichert sich in Fischen an, und wurde dort, also in der Nahrung der Flussanwohner, mit Werten nachgewiesen, die bis zu fünfmal so hoch waren wie in Lebensmitteln erlaubt. Bei Untersuchungen der Kopfhare von Flussanwohnern in Roraima hat man in 80% der Untersuchungen einen Quecksilbergehalt nachgewiesen, der weit über dem zulässigen Wert liegt. Die betroffene Bevölkerung besteht nicht nur aus Indianern. Doch werden die Indianer, von denen die Yanomami nur die bekannteste Gruppe sind, überdies noch durch eingetragene Krankheiten (Malaria, Grippe,

Tuberkulose) sowie durch die rücksichtslos ausgebreitete fremde Lebensweise in ihren Lebensmöglichkeiten eingeschränkt. Diese indigenen Völker hatten bis 1980 praktisch keinen Kontakt mit anderen Kulturen. Nachdem in ihren Gebieten aber Gold entdeckt worden war, sind Tausende von Goldsuchern (es heißt 40 000) illegal eingeströmt. 1992 hat Brasilien die Landrechte der Yanomami zwar anerkannt, es geschah aber nichts zu ihrem Schutz. Allein 1996, nachdem die brasilianische Regierung ihre Kontrollen eingestellt hatte, sollen abermals 3 000 bis 7 000 Goldgräber in das Yanomami-Reservat eingedrungen sein. Die Zahl der Yanomami ist hingegen in Brasilien von 20 000 auf 9 000 gesunken. Der Lärm der Flugzeuge und anderer Maschinen hat auch das Jagdwild der einheimischen Bevölkerung vertrieben. Erst 1998 haben brasilianische Behörden einen Versuch unternommen, über fünfhundert Goldsucher aus dem Yanomami-Territorium zu vertreiben. Im Reservationsgebiet Raposa Serra do Sul (Roraima), wo 12 000 Angehörige der Macuxi, Ingariko, Wapixana, Taurepang und Patamona leben, haben nach 1990 Siedler und Goldschürfer ein Fünftel des Geländes (= 3 000 km²) besetzt.

Pogrom 158/12, 190/8 (1991,1996); www.amanakaa.org/yanomami/about

GUYANA

WAIWAI, WAPISIANA, MACUXI u.a.

In Guyana sind zahlreiche Goldsucher unterwegs, sei es auf eigene Faust oder im Auftrag größerer Unternehmen tätig sind. Der Essequibo, größter Fluss des Landes und Trinkwasserspender für viele indianische Gemeinden an seinem Ufer, ist mit Cyanid und Schwermetallen, die bei der Goldwäscherei austreten, verunreinigt.

Aber auch in großindustriellem Maßstab hat die Goldsuche in Guyana bereits eingesetzt und dazu geführt, dass im August 1995 aus einem Abraumbekken der Omai Gold Mine (Firma *Golden Star Resources*) 1 Million m³ einer mit Cyanid- und Schwermetallen gesättigten Flüssigkeit ausgelaufen sind. Diese Menge (sie hätte einen See von 1 km Durchmesser bei 5 m Tiefe bilden können) ergoss sich in das angrenzende Fluss-System, von dem 23 000 Indigene leben. Noch in 140 km Entfernung leiden sie unter Hautausschlägen, für die sie die Abraumflüssigkeit verantwortlich machen.

Vor diesem Hintergrund ist der Protest verständlich, den die WaiWai, Wapisiana und die Macuxi (vgl. Brasilien!) gegen eine in ihrem Land geplante Goldmine erhoben haben. 1998 hat die *Vanessa Ventures Ltd.* die Erlaubnis erhalten, in dem Wohngebiet der genannten Gruppen, für welches diese Landrechtstitel beanspruchen, nach Goldlagerstätten zu suchen. Nicht anerkannte Landrechtstitel sind das Hauptproblem der indigenen Gemeinden in Guyana.

Die *Golden Star Resources*, einer der führenden Gold- und Diamantenförderer der Welt, ist nicht nur an der Omai Mine beteiligt. Zur Zeit verfolgt sie kleine bis größte Projekte in elf Ländern, darunter auch Surinam, Brasilien und Französisch-Guyana. Sie arbeitet bereits mit der malaysischen *Baram Timber Company* zusammen, um innerhalb deren Holzkonzession nach Gold zu schürfen.

*Pogrom 186/6 (1996); Forests Conservation Archives 1998;
www.nativeweb.org/abyayala/guyana/guyana2/ 1997; Drillbits 1999*

KOLUMBIEN

Indigene und schwarze Bevölkerung des Chocó im Nordwesten des Landes beklagen die Vernichtung des Regenwaldes und weitere Umweltbelastung durch die 360 großen und kleinen Goldgruben. 90% von ihnen werden illegal betrieben, was nicht verhindert, dass sie mit jedem Jahr weitere 220 Hektar zerstören, insgesamt bereits 800 km², und Flüsse durch Ablagerungen, vor allem Quecksilber verunreinigen.

A. Escobar in: Worldwide Forest/Biodiversity Campaign 1995

INDONESIEN

DAYAK u.a.

In Kalimantan (Insel Borneo) wenden sich die Dayak seit einigen Jahren durch Blockade und andere Aktionen gegen die unrechtmäßige Enteignung des von ihnen seit Jahrtausenden bewohnten Landes und gegen die Verschmutzung ihrer Lebensbereiche durch Goldminen. In Kelia ist es eine von *Rio Tinto* (Australien) betriebene Anlage, in Kerikal die ebenfalls australische *Aurora Gold*, weiter die *Mt. Muro Mine*. Eine *Kalimantan Gold Corp. Ltd* begann 1999 mit Probebohrungen. Traditionelle einheimische Goldsucher wurden verdrängt, Abraum und Abwässer sind in sieben Flüsse geleitet worden, welche die Anwohner nun nicht mehr nutzen können. Entzündungen, Sehstörungen sowie Viehsterben sind die Folge, wenn sie es dennoch versuchen.

Vor der Küste der Insel Sulawesi verschmutzen Rückstände aus dem Goldabbau die Gewässer zum Schaden nicht nur der Fische, sondern auch der einheimischen Fischer. Betreiber ist das Bergbauunternehmen *PT Newmont Minabasa Raya*, ein Joint-Venture-Unternehmen der nordamerikanischen *Newmont Gold Corp.*

Pogrom 197/7(1997); Community Aid Abroad 1998; <http://borneo-gold.com> 1998; Drillbits Oktober 1999; Kalimantan Gold Press Release 1999

BOUGAINVILLE/PAPUA NEUGUINEA

Die Nasioi, Ureinwohner der zu Papua-Neuguinea gehörenden Bougainville-Insel, leisten Widerstand gegen die Zerstörung ihres Landes durch die Förderung von Gold und Kupfer. Dieser Widerstand ist mit dem Kampf um die politische Unabhängigkeit verknüpft und nahm in den achtziger Jahren Guerilla-Formen an. Seit es gelungen war, ein Kupferabbau-Unternehmen zum Rückzug zu bewegen, bezeichnet das Wort bougainvillieren im westlichen Pazifik den gewaltsamen Widerstand von indigenen Landarbeitern gegen fremdländische Ausbeuter. Sie sind jedoch in sich gespalten. Wollen einige angesichts der ökologischen Folgen die Stilllegung des Tagebaus erreichen, streben andere die Beteiligung der Ureinwohner am Gewinn an.

Pogrom 187/37 (1996); R. Moody in: www.essential.org/monitor/ 1990

SURINAM

MAROONS

Die Firmen *Golden Star Resources* aus Denver (eben diejenige, der im benachbarten Guyana ein Abraumsee ausgelaufen ist, siehe oben) und *Cambior* aus Montreal planen, in Surinam in großem Stil Gold zu holen. Ein entsprechender Vertrag wurde mit der Regierung des Landes geschlossen. Das vorgesehene Gebiet liegt im Nieuw Koffiekamp. Dort wohnen in eigenen, unabhängigen Gemeinschaften die als Saramaka Maroons bezeichneten Nachkommen afrikanischer Sklaven. Wenn die Firmen ihre goldigen Pläne wahr machen, drohen den Maroons die Vertreibung von ihrem Land und die mit der Goldgewinnung einhergehenden Umweltschäden. Schon bei den ersten Probebohrungen wurden Jagdtiere aus der Gegend vertrieben, Waldflächen niedergemacht und Wasser verschmutzt.

Pogrom 191/25 (1996)

PHILIPPINEN

IGOROT; SUBANEN

In der Bergregion von Luzon leben rund 1 Million Indigene, die als Igorot zusammengefasst werden und wegen ihrer Reisterrassen und Hausbauten berühmt sind. Zwei Drittel ihres Wohngebietes ist an Gesellschaften vergeben worden, die dort nach Bodenschätzen suchen. Das philippinische Bergbaugesetz von 1995 gilt als das für auswärtige Unternehmen günstigste in der ganzen Welt. 1998 hat die philippinische Regierung den australisch-amerikanischen Unternehmen *Newmont*, der zweitgrößten Goldminengesellschaft der Welt, und *Newcrest* die Erlaubnis zur Exploration auf einem 13 000 km² großen Gelände im Norden von Luzon erteilt. Dem Widerstand der Stammesführer halten die Firmen entgegen, dass sie noch nicht mit der Exploration begonnen haben und sich auf Verhandlungen mit der Bevölkerung einstellen. Die Igorot aber bereiten den Goldschürfern keinen erfreuten Empfang, weil sie um ihre Lebensmöglichkeiten fürchten. Seit Hunderten von Jahren fördern sie auf umweltfreundliche Art Gold und wollen dies auch weiterhin tun. Tatkräftiger Widerstand von Igorot-Frauen hat die *Benguet Corporation* daran gehindert, Ansiedlungspläne durchzusetzen. Mittels eines Zaunes wurde die Niederlassung des Unternehmens schließlich eingegrenzt.

Das Volk der Subanen auf der Zamboarga-Halbinsel bekam 1997 nach dreijähriger Antragszeit die vollen Landrechte zuerkannt. Das hinderte das kanadische Bergbauunternehmen *TVI Pacific Inc.* nicht, dort den Goldabbau zu planen, ohne die Subanen zu befragen. Seit 1996 blockiert *TVI* mittels eigener paramilitärischer Truppen die einzige Straße, die in das Gebiet führt. Die Subanen werden belästigt, behindert, beschossen und verfolgt. Stacheldrahtfallen sollen sie daran hindern, abseits der Straße zu gehen. Eine Gegenblockade der Subanen wurde im September 1999 durch Paramilitär und Polizei gewaltsam aufgelöst.

Drillbits Mai 1998; Survival 1999; A. Ride in oneworld.org/ni/issue299/light 1999

SIBIRIEN

Auch für den Norden und Osten Russlands wird in Zukunft die Gold-Verschmutzung der Umwelt zu erwarten sein: *TVX Gold* (Kanada) bereitet den Goldabbau auf Kamtschatka vor, *Kinross Gold* (Kanada) ist dort bereits in der Nähe eines Welt-Naturerbes tätig, *Cyprus Almax* trägt durch Goldabbau zu der ohnehin sehr hohen Belastung im Magadan-Gebiet bei. Diesen und weiteren Unternehmungen liegen niedrigere Umweltstandards zu Grunde als etwa in den USA.

Hartford 1997

MALI

PEUL, BAMBARA

In Mali ist die Lebensweise der Peul-Nomaden und der Bambara-Bauern bedroht, weil in ihrem Gebiet große Goldvorkommen abgebaut werden sollen. Zur Zeit plant oder baut man dort mindestens vier große Minen gebaut oder geplant, an welchen verschiedene internationale Firmen und auch das deutsche Unternehmen *AGEM Goldsuch- und Schürfgesellschaft* beteiligt sind. Beteiligt ist aber auch der Staat *Mali* und die *International Finance Corporation*.

Pogrom 191/53 (1996)

ERDÖL

Die Versorgung der gegenwärtigen Menschheit mit Energie aus fossilen Quellen hat nicht für alle, die in Ländern leben, wo diese Quellen sprudeln, segensreiche Folgen. Für manche geht damit sogar die Vernichtung der bisherigen Existenz einher.

Es beginnt damit, dass Regierungen in einer fernen Hauptstadt an einheimische oder auswärtige Firmen Konzessionen zur Ölbohrung vergeben, ohne die indigenen Völker, die auf den Lagerstätten leben, auch nur zu informieren. Dieses Land und die Wege zu ihm werden dann von Wäldern befreit, in und von denen bislang Menschen lebten. Das empor geholte Rohöl kann durch Lecks oder Unfälle austreten und in Gewässer und Böden fließen. Viele der im Rohölgemisch enthaltenen Kohlenwasserstoffe sind schwer zersetzbar und bleiben für längere Zeit mit unbekanntem Schicksal im Boden. Über die Schäden, die sie dort anrichten können, ist relativ wenig bekannt, aber es ist schwer vorstellbar, dass Ölmoräste oder Ölfilme auf Gewässern folgenlos bleiben für die Organismen. Mit Sicherheit beeinträchtigen sie rein mechanisch oder durch Sauerstoffzehrung die Bakterien und die Fauna und Flora im Boden, die am Anfang vieler Nahrungsketten steht.

Mit Sicherheit ist damit auch die Kapazität der höheren Pflanzen, mittels ihrer Wurzeln Wasser und Mineralstoffe aufzunehmen, herabgesetzt. Mit Sicherheit haben Ölrückstände im Trinkwasser negative Folgen für Menschen und deren Vieh, oder auch für die Fische, von denen die Menschen sich ernähren. Die von Abfackelung und Öldünsten ausgehende Verschmutzung der Luft trägt den Bewohnern der Umgebung Erkrankungen der Atemwege, wohl auch Krebs und Teratome ein.

Das Ökosystem der Gewässer wird aber auch durch Abwässer zerstört, die bei der Reinigung und Fraktionierung des Erdöls anfallen. Neben Ölresten und Salz spülen diese Abwässer Quecksilber, Sulfate, Blei und Arsen in die Flüsse. Zum Quecksilber ist das Notwendige im Kapitel über das Gold gesagt. Blei ist ein Schwermetall, das sich bei längerer Aufnahme in die Knochen ablagert oder zu Anämie führen kann. Auf Mikroorganismen in den Gewässern wirkt es häufig tödlich. Arsen kann verschiedene degenerative Veränderungen herbeiführen, vom Haarausfall bis zu Leberschäden.

Die Versuche indigener Völker, sich gegen die Verölung ihrer Welt zu wehren, sind unterschiedlich

erfolgreich und haben in Nigeria
zu tragischen Folgen, aber auch

vorübergehend zu internationaler
Aufmerksamkeit geführt.

NIGERIA

OGONI und 28 andere Völker

Seit 40 Jahren wird in Nigeria Öl gefördert, überwiegend im Bereich des Nigerdeltas. Die älteste und nach wie vor bedeutendste Ölfördergesellschaft ist die *SPDC (Shell Petroleum Development Company of Nigeria)*, eine Tochter der *Royal Dutch Shell*. Sie ist in einem Joint-Venture mit der *Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC)*, mit *AGIP* und mit *Elf* zusammengeschlossen.

Die Erdölförderung bringt 90% der Exporterlöse Nigerias ein, ein Betrag, der allerdings zuerst der herrschenden Elite zugute kommt. In den 90er Jahren war das die Militärregierung unter *Sani Abacha*. *Shell* ist zu einem Drittel daran beteiligt und bezieht 14% ihres Öls aus der nigerianischen Förderung.

Das Fördergebiet, das Nigerdelta, war ein einzigartiges Ökosystem aus Regenwäldern und Mangrove, in welchem die Ogoni und viele andere Völker seit mehreren hundert Jahren von Fischfang und Feldbau leben. Heute ist das Gebiet ein einzigartiges System aus Waldresten, Raffinerien, chemischen Fabriken, Ölfeldern, Bohrtürmen und 6 000 km Pipelines. (Würde man sie hintereinanderlegen, könnte das Öl direkt von Nigeria bis nach Berlin fließen) Auf den 2 000 km², die das Ogoni-Land einnimmt (etwa so viel wie das Saarland) liegen 5 Ölfelder, 96 Bohrlöcher, 5 Pumpstationen, zwei Raffinerien und eine Fabrik.

Während im Gefolge der Ölförderung die Bevölkerung im Nigerdelta zahlenmäßig angewachsen ist und ebenfalls allein damit schon zur Belastung der Umwelt beiträgt, gehören die Ogoni anerkanntermaßen zu den bedrohten Minderheiten. In der Umgebung von Ölraffinerien und Pipelines fehlt es ihnen an Wasserleitungen, an Elektrizität und weiterer Zivilisations-Infrastruktur. Ihr früheres Leben können sie aber auch nicht weiterführen. Denn allein zwischen 1989 und 1993 sind über eine Million Liter Rohöl aus Lecks und bei Unfällen in ihre Böden und in ihre Gewässer geströmt. Erdgas, welches nicht genutzt wird, wurde abgebrannt und zog als Ruß durch die Luft, 40 Jahre lang, Tag und Nacht. Der Ruß ging mit den Niederschlägen als Schlamm nieder. Große Teile der Felder sind von einer schwarzen Kruste bedeckt, die entstand, als Shell das nach einer Explosion ausgetretene Rohöl abbrennen ließ - das war 1970, und noch heute ist die meterdicke Kruste da. Wenn die Sonne im tropischen Delta diese Kruste aufheizt, steigen Öldämpfe in die Luft und gehen mit den Niederschlägen wieder nieder - in das Trink- und Nutzwasser. Als Saddam Hussein zu Ende des Golfkriegs 1991 einen riesigen Ölteppich anzünden ließ, erntete er zu Recht weltweit Empörung - für die Ogoni war so etwas Alltag. Der Lebensraum dieses Volkes und der Fische, Krebse, Muscheln und Pflanzen, von denen sie sich ernähren, ist vernichtet. „In mehr als 30 Jahren haben die Ogoni dem Staat Nigeria schätzungsweise mehr als 30 Milliarden Dollar

geboden und umgekehrt nichts erhalten außer einer zerstörten Landschaft und einer mit Kohlenwasserstoff angefüllten Atmosphäre; ein Land, in dem Tier- und Pflanzenwelt unbekannt sind; ein Land verseuchter Bäche und Flüsse; Flüsse ohne Fische; ein Land, das in jeder Bedeutung des Begriffs ein ökologisches Desaster ist.“ (Ken Saro-Wiwa, zit. nach Loimeier).

Ken Saro-Wiwa war ein nigerianischer Schriftsteller, der erfolgreich auf die Lage der Ogoni aufmerksam gemacht hat und ihren Protest über Nigeria hinaus in Europa, Amerika und bei den Vereinten Nationen zu Gehör brachte. Dies führte einerseits dazu, dass der lokale Widerstand des Ogoni-Volkes gestärkt wurde und *Shell* 1993 genötigt war, sich von Ogoniland, aber nicht aus dem Nigerdelta, zurückziehen. Andererseits aber empfanden die damaligen Machthaber in Lagos Saro-Wiwa und einige seiner Mitarbeiter von der MOSOP (Organisation für das Überleben des Ogoni-Volkes) als Bedrohung. In einem Prozess um einen Mord, der dem stets gewaltlosen Ken Saro-Wiwa angedichtet wurde, verurteilte man sie zum Tode und am 10. November 1995 wurde er zusammen mit acht Weggefährten hingerichtet. Da schaute die Weltöffentlichkeit für kurze Zeit auf, *Shell* geriet unter Druck und fabrizierte lahme Erklärungen. Außer Saro-Wiwa sind 2 000 Ogoni im Verlauf der Aktivitäten von *Shell* durch das Militär umgekommen, 700 sind durch Explosionen von Pipelines gestorben, 1 000 Ogoni flohen in das Nachbarland Benin, 600 in die USA. Die Militärdiktatur unter *Sani Abacha* blieb aber bis zu seinem Tode uneingeschränkt an der Macht und wurde international nicht in Frage gestellt. *Shell* meldete für 1996 Rekordgewinne sowie neue Ölfunde an der nigerianischen Küste und unvermindert ging die Unterdrückung der Ogoni auf ihrem ölverseuchten Gelände durch das Militär und den Druck von *Shell* weiter. Es liegen Berichte über eine *Shell*-Polizei vor, die mit Gewalt gegen *Shell*-Gegner vorgegangen sei. Mehr als 50% der Einwohner von Ogoniland sind arbeitslos. An einer von *Shell* geförderten Umweltstudie sind sie nicht beteiligt; nigerianische Mitarbeiter haben ihre Mitwirkung an dieser Studie aus Protest gegen das Verhalten von *Shell* eingestellt. *Shell* hat sich weder zu Gesprächen mit Ogoni-Vertretern bereit gefunden noch die Umweltschäden in Ogoniland behoben. Vielmehr versuchten *Shell* und *AGIP* ihre Ölbohrungen dort wiederaufzunehmen, sodass die MOSOP eine neue Eskalation befürchtet. Angehörige der Ijaw protestierten zu Anfang 1999 gegen Ölanlagen und die Abfackelung von Gas auf ihrem Territorium. Das nigerianische Militär, das gegen sie eingesetzt wurde, soll dabei in Hubschraubern der Firma *Chevron* geflogen sein. 200 Organisationen haben im Januar 1999 ein Protestschreiben gegen die Aktivitäten der Firmen *Shell*, *Chevron*, *Elf*, *Mobil* und *AGIP* in Nigeria unterstützt. Die Familie von Ken Saro-Wiwa will auf dem Klagewege eine Entschädigung von *Shell* erreichen, der sie eine Mitschuld an seinem Tode zuspricht.

Nicht zu Unrecht sieht die Regierung Nigerias in der Umweltzerstörung durch die Ölkonzerne eine Quelle für neue Unruhen im Nigerdelta und forderte von den Konzernen einen Plan zur Säuberung des Mündungsgebiets.

Pogrom 184/50, 187/47, 191/9 (1995-97), Update 1996; Loimeier 1996; Drillbits 1997; TED Case Studies, No. 149, 1997; Corporate Watch 1999; Drillbits November 1999

ECUADOR

HUAORANI, COFANE, SECOYA, QUICHUA, ACHUAR

Die Ölgesellschaften *Texaco* und *Petroecuador*, aber auch *BrasPetro* und *Maxus* fördern seit 1972 Erdöl im Amazonasgebiet von Ecuador. Die dazu nötigen Konzessionen werden von der Regierung in Quito vergeben, durchaus auch dann, wenn die prospektierten Gebiete in Nationalparks oder indianischen Schutzgebieten liegen. Dem Recht der Ureinwohner auf das von ihnen bewohnte Land steht nämlich das Recht der Regierung auf die Bodenschätze unter der Oberfläche entgegen. Mittlerweile sind 30% des ecuadorianischen Amazonasgebiets für die Vorbereitung oder Durchführung von Ölförderung freigegeben. In diesem Gebiet leben 8 verschiedene indigene Ethnien mit ca 90 000 Menschen. Der Zugang der Ölgesellschaften in diese Gebiete wurde vielfach von der evangelikalischen Mission vorbereitet. Der Yasuni-Nationalpark ist Teil des Schutzwohngebiets der Huaorani, welche in den dortigen Wäldern kleine Gemeinschaften bilden und zum Teil keine Außenkontakte hatten. Dementsprechend sind sie auch nicht über die Ölförderung befragt oder in Kenntnis gesetzt worden. Dafür erleben sie es dann, dass unvermutet riesige Schneisen in den Wald geschlagen und Straßen geschaffen werden, auf denen fremde Ölarbeiter mit fremden Lebensgewohnheiten und Krankheiten ankommen und auf denen das abgeschlagene Holz, aber auch das Öl aus ihrem Boden abtransportiert wird. Sie erleben es, dass Bohrtürme und Pumpanlagen in ihrem Land aufgestellt werden. Sie sollen schließlich die ökologischen Schäden hinnehmen, die das ausfließende Rohöl verursacht: 60 Millionen Liter sollen ihr Boden und ihre Flüsse bereits aufgenommen haben. (Das wäre immerhin ein Ölsee von 10 m Tiefe und 100 m Durchmesser). Bohr-Abraum und weitere chemische Abfälle werden in offenen Erdlöchern abgelagert, täglich über tausend Kubikmeter. Hinzu kommen noch jeden Tag 16 Millionen Liter an mitgefördertem Lagerstättenwasser sowie an Abwässern, die bei der Fraktionierung und Reinigung des Rohöls entstehen. Sie fließen unkontrolliert mitsamt der in ihnen gelösten Salze, Sulfate und Metalle wie Quecksilber, Blei, Arsen in die von Natur aus salzarmen Wasser des Amazonassystems. Außerdem führt dieses Abwasser täglich Hunderte Liter Restöl mit. Selbstverständlich ist das Wasser der Flüsse von den Anwohnern weder als Fischfanggebiet noch als Trinkwasser und Nutzwasser zu verwenden. Um dies zu erkennen, mussten allerdings zahllose Huaorani innere Erkankungen bekommen. Ihre Bevölkerungszahl ist von 25 000 beim Erstkontakt auf derzeit 3 000 gesunken.

Mit dem 1. Februar 1999 hat der damalige ecuadorianische Präsident Jamil Mahuad verfügt, dass Ölbohrung, Bergbau, Holzschlag und Besiedlung im Yasuni-Nationalpark und im Cuyabeno-Imuya-Nationalpark nicht erlaubt sind. Damit werden außer den Huaorani auch die Tagaeri und die Taromenare in Zukunft geschützt sein - wenn die Nachfolger sich an diese Verfügung halten.

Der Aguarico-Fluss im Territorium der Secoya ist schon mehrmals nach Pipelinebrüchen mit einer 40 cm dicken Ölschicht bedeckt gewesen, im Wasser wurden bis zu 200 ng/l an aromatischen Kohlenwasserstoffen nachgewiesen (die Empfehlung der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA liegt bei 0 ng/l). Fische, aber auch Vögel und Heilpflanzen sind lokal schon ausgerottet.

Die amerikanische Firma *Occidental Petroleum*, welche schon zahlreiche Ölunfälle in Ecuador zu verzeichnen hatte, will ihre Aktivitäten dennoch auf das Land der Secoya-Sione ausweiten und umwirbt und bedroht die 350 Secoya. 1999 hat sie die ecuadorianische Regierung aufgefordert, ein Gelände in der Quichua-Gemeinde El Eden zu enteignen, damit das Unternehmen dort nach Öl bohren kann. Die Gemeinde weigert sich, das Land zu verkaufen.

Die betroffenen Völker nehmen diese Entwicklung nicht tatenlos hin und wehren sich mit Besetzungen, Entführungen oder Überfällen. Im September 1998 wurde eine Erklärung erarbeitet, nach welcher alle indigenen Länder und deren Schätze unberührbar sind und für alle Zeiten für zerstörerische Aktivitäten unzugänglich.

Die Cofane, die Secoya und die Quichua haben vor einem New Yorker Gericht Schadenersatz eingeklagt. In einigen Fällen wurden in Ecuador Strafen für Umweltverschmutzung verhängt. Auch wenn dies nur wenige Fälle und die Strafen unangemessen niedrig sind (bis zu 800 \$, dafür kann man in Deutschland gerade mal zehn bis fünfzehn Tankfüllungen kaufen), so ist doch immerhin die Existenz von Umweltschäden und deren Strafbarkeit anerkannt worden.

Texaco hat eine Firma beauftragt, die größten Verschmutzungen durch Öl und Abwasser zu beseitigen. Was aber von den Betroffenen und der CONFENIAE (Konföderation des indigenen und ecuadorianischen Amazonasgebiets) gefordert wird, das geht weit darüber hinaus: 10 000 km² sollen mit einheimischen Baumarten aufgeforstet, Waldtiere sollen wieder angesiedelt und Flüsse und Böden renaturiert werden.

Die Achuar, ein Volk von 4300 Menschen in einem Regenwald-Gebiet, sind bislang noch von Zugangsstraßen und Erschließung verschont geblieben. Doch die Regierung hat Schürfrechte an die US-amerikanische Gesellschaft *ARCO* (*Atlantic Richfield Co.*) vergeben, die an zwei Stellen mit 2 000 km² auch in das Land der Achuar hineinragen. *ARCO*, mittlerweile zu BP gehörig, hat zwar angekündigt, möglichst umweltschonend vorgehen zu wollen und pflegt Konsultationen mit den indigenen Gemeinden. Sprechern der Indianerorganisationen zufolge verhandelt *ARCO* aber nur mit "Phantomorganisationen" und einzelnen Sippen. Die Mehrheit der Achuar lehnt Exploration und Ölförderung auf ihrem Land strikt ab. Sie erkennen aber die prekäre Lage des Staates Ecuador an und haben deshalb einen anderen Plan entwickelt. Sie bieten dem Staat Ecuador an, ihr Land als Biodiversitäts-Schutzgebiet ausweisen zu lassen und dafür im Rahmen des Klimabündnisses einen Schuldenerlass über handelbare CO₂-Emissionsrechte zu bekommen. - eine wahrhaft Aufsehen erregende Alternative!

Pogrom 155/9, 157/11, 159/12, 165/11, 183/6 (1990-95); Amazon Coalition November 1998; Drillbits August 1998, Juli 1999, September 1999; J. Smith in Rainforest Action

Network Oktober 1998; Februar 1999; Corp. Watch 1999; www.arco.com/villano 1999; Pachamama Alliance www.pachamama.org; oneworld.org/ips2 Juli 1999

SIBIRIEN CHANTEN, MANSEN, NENZEN, NIWCHEN, u.a.

Große Teile in den Wohngebieten der sogenannten kleinen Völkern Nordrusslands und Sibiriens sind durch die unmittelbaren und mittelbaren Folgen der Ausbeutung von Bodenschätzen zerstört.

In den sechziger Jahren setzte ein Öl- und Gasboom ein. In Westsibirien vor allem entstand eine Erdöl- und Erdgasindustrie, welche 90% des Erdgases und 2/3 des Erdöls aus russischer Produktion fördert. Daran ist als Abnehmer die deutsche Energiewirtschaft mit mehr als einem Drittel ihres Bedarfs (und als Verbraucher auch der Schreiber dieser Zeilen) beteiligt. Im Mai 1998 hat die *Ruhrgas AG* mit der russischen *Gasprom* weitere Erdgaslieferungen bis zum Jahre 2020 vereinbart. Auf der Insel Sachalin haben zahlreiche internationale Unternehmen sich in den letzten Jahren darann gemacht, die dort vermuteten 1,5 Milliarden Barrel Öl auszubeuten.

Betroffen von der Industrialisierung sind verschiedene, vor allem Rentier züchtende Völker wie die Chanten und Mansen am mittleren Ob, die Nenzen auf der Jamal-Halbinsel, die Ewenken (Tungusen) und Ewenen im Magadan-Gebiet, die von Fischfang lebenden Niwchen auf Sachalin sowie die nur mehr 200 Menschen zählenden Oroken. Intensivierung und Kollektivierung von Jagd und Landwirtschaft hatten bereits vor der Entdeckung der Ölvorkommen ihre Spuren in den Lebensbedingungen dieser Menschen hinterlassen. Ihre Lebensweise und ihre Kultur sind aber nach wie vor eng an die jeweiligen lokalen geobiologischen Bedingungen gebunden und werden verschwinden, wenn sich die Qualität von Boden und Wasser, die Pflanzen- und Tierwelt ändern.

Denn die Folgen von Förderung, Transport und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas sind einmal die Zerstörung von Weidegebieten. Allein auf der Halbinsel Jamal betraf dies eine Fläche von nahezu 6 000 km² mit 2 400 Rentieren. Weitere Vernichtung von Weidegebieten im Land der Nenzen konnte durch Proteste der Wohnbevölkerung und von Wissenschaftlern verhindert werden. Für das Gebiet der Chanten und der Mansen wird ein Verlust von 11 Millionen ha Rentierweide angegeben (das wäre soviel wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen).

Folgen sind weiterhin nach verschiedenen Zitaten:

„Schwarze, verbrannte Wälder, öde, von Menschen gemachte Wüsten, Öllachen, Gasflammen, die ununterbrochen brennen, auslaufendes Rohöl.“ 7% des geförderten Rohöls fließt in den Boden zurück oder in die Flüsse, wo es weiter transportiert wird, bis es sich im Leitungswasser wiederfindet. „Manche Orte müssen durch Tankwagen mit Trinkwasser versorgt werden, ölverseuchte Flächen werden abgebrannt“ - das bedeutet, Jahre hindurch, Tag und Nacht, brennen Gasfackeln.

„28 Flüsse im Gebiet der Chanten und Mansen sind biologisch tot, Dämme durchschneiden den Wasserkreislauf, der frühere Reichtum an Fischen, eines der Hauptlebensmittel und Rohstoff, ist nur noch Erinnerung.“ Wasser unter einer Fläche von 17 000 ha, das zur Aufzucht von Fischen diente, ist nicht mehr be-

nutzbar. Wildfrüchte (Moosbeeren) und die Nahrung für die Rentiere sind schadstoffbelastet. "Es ist schmerzlich anzusehen, dass die wenigen Verbesserungen im Leben der Nordvölker mehr als ausradiert werden durch die Schäden, welche die Organisationen anrichten, die diese Regionen entwickeln sollten."

Eine 1997 von der Akvaplan-niva veröffentlichte und u.a. von der finnischen Ölgesellschaft *Neste Oil* finanzierte Studie konnte jedoch nur als gering bezeichnete Anreicherungen von aromatischen Kohlenwasserstoffen und anderen Rückständen im Gefolge eines Öllecks in der Komi-Republik im Autonomen Okrug der Nenzen nachweisen. Immerhin waren zwischen Juli und Oktober 1994 14 000 bis 200 000 Liter Erdöl ausgelaufen und haben 90% des Pechora-Flusses, Wälder, Sümpfe und 2 000 Hektar Weideland verdorben, das heißt: für manche Dörfer die gesamte Rentier-Weide.

In der Region der Chanten und Mansen am mittleren Ob, die bereits durch Erdölförderungen in Mitleidenschaft gezogen worden ist - man spricht von 1 000 Ölunfällen pro Jahr -, gibt es derzeit zwei gegenläufige Tendenzen: Einerseits versuchen Ölfirmen zunehmend Lizenzen für Probebohrungen oder zur Förderung zu erhalten. Von Seiten der Regierung und Verwaltungsbehörden kommt man diesen Wünschen entgegen bis hin zur Vergabe von Lizenzen auch in Naturparks und an der ortsansässigen Bevölkerung vorbei. (Oder wenn nicht an ihr vorbei, dann in Form von verachtungsvollen Kompensationen: Eine Familie soll von *Amoco* für ihr Land einen Generator, einen walkie-talkie, acht Sack Mehl, Zucker, Tee und acht Batterien erhalten haben.) Auf der anderen Seite gibt es seit 1992 Bestrebungen, in der noch nicht belasteten Jugan-Region am Südufer des Ob ein Biosphärenreservat einzurichten. Trotz grundsätzlicher Zustimmung zu einem Juganski-Chanti-Reservat wirkten Regierung und Verwaltung in der Umsetzung bisher eher verzögernd, weil auch im Gebiet der Jugan-Chanten Ölvorkommen entdeckt wurden. Teile des Gebiets wurden bereits zur Exploration angeboten. Im Oktober 1999 hat das Regionalgouvernement immerhin beschlossen, einen Regionalen Nationalitätenpark einzurichten, innerhalb dessen für 5 Jahre nicht nach Öl oder Gas gebohrt werden darf, auch nicht zu Explorationszwecken.

Forests Conservation Archives 1995; Pogrom 180 (1995); Drillbits Juni 1997; Hartford 1997; O. Balalaeva, A. Wiget z.B. in: Danish Polar Center Publications 1998; www.arcticcircle.uconn.edu/SEEJ/Khanty (1998); infoe 1997, 1999; A. Sbestakov in: www.kingstonac.uk/~ad-s702/case2 1998; Survival 1999

KOLUMBIEN

U'WA

Im Gebiet der U'wa im kolumbianischen Teil des Orinoko-Beckens im Nordosten Kolumbiens will die *Occidental de Colombia, Inc.* (Oxycol), eine Tochter der *Occidental Petroleum Company*, Erdöl fördern. Eine Probebohrung soll außerhalb des derzeitigen Wohnreservats der U'wa, aber auf traditionell ihnen gehörendem Land angesetzt werden. Derzeit umfasst ihr Reservat lediglich 14% ihres ursprünglichen Siedlungsgebiets. Die 5 000 U'wa wollen verhindern, dass auch auf den ihnen noch

nicht rechtlich zuerkannten restlichen 86% Öl gefördert wird. Um das zu erreichen, drohen sie auch mit kollektivem Selbstmord und berufen sich dabei auf ein historisches Vorbild: Vor vierhundert Jahren gab ein Teil ihres Volkes sich lieber dem Tod hin als vor den Conquistadoren zu kapitulieren. Was die U'wa jetzt vor allem fürchten, ist die kolumbianische Gleichung Öl=Gewalt. Eine nördlich ihres Reservats verlaufende Ölpipeline ist bereits 500 mal von Guerillakämpfern bombardiert worden; insgesamt 1,5 Millionen Barrel Öl sollen dabei in den Boden geflossen sein (zum Vergleich: Der Unfall der Exxon Valdez brachte 26 000 Barrel zum Auslaufen). Eine andere Begleiterscheinung von Öl ist die Besetzung durch paramilitärische Regierungseinheiten. "Ob durch die Verschmutzung des Landes, das sie als heilig betrachten, durch die Zunahme der Gewalt, welche das Projekte mit sich bringen wird oder durch die eigene Hand - Öl-Erschließung bedeutet den Tod der U'wa" (Zitat aus Project Underground, August 98)

Im September 1999 hat der kolumbianische Umweltminister Juan Mayr Maldonado die Erlaubnis zu Probebohrungen in unmittelbarer Nähe (500 m) des Lands der U'wa erteilt. Damit setzte er sich über das verfassungsgerichtlich bescheinigte Mitspracherecht der U'wa ebenso hinweg wie über Voten der Landesregierung von Boyacá und verschiedener Organisationen. Am 8. Oktober ließ der Minister mitteilen, dass seine Behörde durch eine Fehlinformation des Innenministeriums nicht gewusst habe, dass in dem fraglichen Gebiet U'wa leben. Das hinderte die Regierung aber nicht daran, 5 000 hoch gerüstete Soldaten zum Schutz der Probebohrungen einzusetzen. Im Januar 2000 wurden bereits 250 U'wa von ihrem Land vertrieben. Die erwartete Ölmenge von 1,5 Milliarden Barrel, deretwegen die U'wa sich zu opfern bereit sind, soll ausreichen, den Ölverbrauch der USA von 3 Monaten zu decken.

pogrom 194, Extraseite, 195-196 (1997); Drillbits August 98, Oktober 1999; GjbV Presseerklärung vom 24.9.99 und 27.1.2000; Rainforest Action Network September 1999

KANADA

Seit 1979 haben verschiedene Ölgesellschaften im Gebiet der 500 Menschen zählenden Lubicon Lake Indian Nation ca 400 Öl- und Gasquellen angebohrt und abgesehen von den sozialen Verhältnissen auch die Lebensgrundlagen zerstört: Elche wandern ab, ebenso kleinere Pelztiere, von deren Jagd und Verkauf die Lubicon leben. Eine Entschädigung haben sie nicht bekommen.

Friends of the Lubicon - <http://kafka.uvic.ca/>

LUBICON

ALASKA**INUPIAT**

In Nordalaska ist die nationale Ölreserve der USA für Bohrungen freigegeben worden. Die Inupiat, welche 90% der Bewohner dieses Landstrichs ausmachen, leben von Jagd und Fischerei. Sie befürchten, dass dieses Land für die größte Karibu-Herde des Landes verloren sein wird.

Drillbits August 98.

MEXIKO

Im mexikanischen Bundesstaat Chiapas ist es indigener und nicht-indigener Bevölkerung gelungen, den Bau einer Autobahn zu stoppen. Sie hätte nicht nur dem Militär leichteren Zugang in die Regenwaldniederungen verschafft, sondern auch den Zugang zu den Erdölreserven im Lacandon-Wald eröffnet. Durch die Erschließung dieser Region würde die Bevölkerung und die Umwelt Hunderter indigener Gemeinschaften bedroht, die in unmittelbarer Nähe der Erdölvorkommen wohnen.

www.globalexchange.org

BURMA**KAREN**

Die Ölfirmen *Total* und *Unocal Corp.* haben in den 90er Jahren in Zusammenarbeit mit dem SLORC (s. Seite 16) eine Gaspipeline von der Andamanen-See durch das Land der Karen, der Tavoyan und der Mon nach Thailand gelegt. Die Folgen für die Umwelt (eventuelle Lecks; Schneisen in den Wäldern) sind vielleicht nicht einmal so schlimm wie die Militarisierung und die Zwangsarbeit, mit welcher die burmesischen Gewalthaber bei dieser Gelegenheit das Gebiet der genannten Völker überzogen haben.

T. Giannini: Destructive Engagement 1999 in: www.igc.org/eri/our-publications/

KAMERUN**BAKA, BAKOLA**

Die Firmen *Exxon*, *Elf* und *Shell*, nach neueren Informationen auch *Chevron* und *Petronas*, beabsichtigen, in einem gemeinsamen Unternehmen Ölquellen im Tschad zu erschließen und das geförderte Öl durch Kamerun hindurch an die Atlantikküste zu transportieren. Die Ölleitungen werden nicht nur über mehrere Flüsse und durch Regenwaldgebiete verlaufen, sondern auch die Baka und die Bakola berühren, indigene Völker, die man gemeinhin "Pygmäen" nennt. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Folgen an undichten Stellen oder durch Rohrbrüche auslaufendes Öl für das Ogoniland, für Sibirien oder anderswo hatte, dann erkennt man die Bedrohung, die diesen Völkern bevor steht. Das Ölkonsortium will durch Kompensationsleistungen und seit Jahren laufende Konsultationen die Bakola in die Planungen einbeziehen. Die Kompensationsmaßnahmen würden aber die

indigenen Völker ihren Kulturen entfremden. Außerdem wird von Einschüchterungsversuchen und einem Mangel an Information bei den Konsultationen berichtet. Schließlich kann man der Planung des Konsortiums mangelnde Vorsorge für den Umweltschutz, besonders für Rohrbrüche, vorhalten. Die Entscheidung über das Projekt liegt nun bei der Weltbank.

Environmental Defense 1997; chadcameroon 1997; Chad/Cameroon Development Project www.essochad.com 1999; Corporate Watch 1999; Rainforest Action Network 1999

PERU

MACHIGUENGA; ACHUAR

Das von der *Atlantic Richfield Corporation (ARCO)* in Ecuador explorierte Ölfeld (siehe oben) erstreckt sich bis nach Peru hinein, ebenso wie das Wohngebiet der Achuar. Schon 1996 sagten die peruanischen Achuar ebenso wie ihre ecuadorianischen Verwandten ein kategorisches „No!“ zur Ölförderung auf ihrem Land. Sie fordern die peruanische Regierung auf, alle dergleichen Projekte anzuhalten und führen als Begründung die negativen Erfahrungen an, die indigene Völker mit der Ölexploration gemacht haben.

Auf der Suche nach ergiebigen Ölquellen in der Region Madre de Dios entdeckten Mitarbeiter der Firma *Mobil Oil* ein bislang unbekanntes Dorf aus 35 Häusern. Es stand zu befürchten, dass die offiziell nicht existierenden indianischen Bewohner dieses Dorfes keine Landrechte im Konzessionsgebiet von *Mobil Oil* werden nachweisen können und von den Folgen der Ölförderung sowie von neuen Krankheiten bedroht waren, genauer gesagt: schon zum Zeitpunkt der Entdeckung dem Untergang geweiht waren.

1997 hat *Shell* begonnen, im Urubamba-Tal bei Dörfern der Machiguenga nach Erdgas zu bohren. Die Firma arbeitete mit einem Ethnologen zusammen und erklärte, höchst umweltschonend vorgehen zu wollen. Dennoch waren Zweifel an dem Erfolg der guten Absicht angebracht und die Dorfbewohner, die bisher in völliger Isolierung gelebt hatten, waren überfordert.

1998 haben sowohl *Shell* wie auch *Mobil Oil* ihre Projekte in Peru aufgegeben, vermutlich aus wirtschaftlichen Gründen.

Pogrom 192/7 (1997); Corp. Watch 1996; Februar 97; Drillbits Februar 1997, November 97, Juli 98

URAN

"70% der Uranvorkommen der Welt liegen in Territorien indigener Völker." Aus dieser Erkenntnis heraus wurde 1993 das World Uranium Hearing veranstaltet. Die dort vorgetragenen Beziehungen zwischen dem Abbau, der Weiterverarbeitung und der Verwendung von Uran einerseits und den indigenen Völkern andererseits sind nachzulesen in **Biegert/Stolhofer 1993**. Deshalb können wir uns hier auf eine knappe Skizze beschränken.

Lokale ökologische Schäden entstehen an verschiedenen Stellen im Verlaufe der Urangewinnung. Das beginnt bei den Vorbereitungen: Probebohrungen können Wasseradern verletzen und zu Störungen in der Wasserversorgung führen oder auch zur Verschmutzung und radioaktiven Belastung des Wassers. Uranerz (auch Pechblende genannt - welches ein auf die Ureinwohner zutreffendes Wort!) wird im Tagebau oder durch unterirdischen Abbau gewonnen. Tagebau bedeutet, dass große Flächen und ganze Ortschaften dafür geräumt werden müssen. Aus dem geförderten Erz wird das Uran mittels Salzsäure, Schwefelsäure, Wasserstoffperoxid oder Karbonatlösungen herausgewaschen. Die Waschlösung fließt üblicherweise in den Erdboden. Von der Schwefelsäure und

anderen Chemikalien, welche bei der ersten Aufbereitung des Erzes eingesetzt werden, vielfach aber auch durch Lecks austreten, gehen unspezifische Belastungen aus. Erinnerung sei hier an das Church-Rock Disaster 1979, als in einer Uranmine in New Mexico ein Damm brach und neben 1 000 Tonnen radioaktiven Abfalls auch 24 Millionen Liter Flüssigkeit in den Rio Puerco gespült wurden. Dieser Fluss ist die Wasserquelle für 350 Familien der Diné (Navajo) und ihre Herden. Uran, Thorium, Polonium, Radium und 12 weitere Schwermetalle und Metalle sowie Sulfat fanden sich in dem Fluss wieder. All dies wurde den Diné erst nach Tagen mitgeteilt; aber da waren die Spuren schon bis zu 70 Meilen weiter stromabwärts nachzuweisen.

Die spezifische Gefahr des Uranabbaus liegt aber in der Radioaktivität dieser Materie. Radioaktives Material (Radium, Radongas) wird beim Abbau und bei den ersten Verarbeitungsschritten, aber auch schon bei den Testbohrungen freigesetzt, gelangt in das Grundwasser und in die Umgebung. Noch größer ist das vererbliche Potential in den Abraumhalden. Um einen Kernreaktor ein Jahr lang Strom erzeugen zu lassen, werden 440 000 t Ausgangsgestein benötigt, von

denen 33 t Uranbrennstoff übrigbleiben. Der Rest geht auf Halde. Nach einer anderen Berechnung erzeugt man mit einer Tonne Uranoxid (yellow cake, dem ersten Zwischenprodukt der Aufbereitung) bis zu 4000 t Abfall, den man als Abraum bezeichnet. Von der aus dem Boden zu Tage geförderten Radioaktivität gehen nur 5 % in den Reaktorbetrieb (um dort Strom, Plutonium und Bomben zu erzeugen). Der Rest liegt in 99,9% des geförderten Gesteins in Halden, für welche auch wieder eigens Platz geschaffen werden muss - Raum für den Abraum. Der Abraum entpuppt sich aber als Alptraum: Radium, radioaktives Blei und Radongas werden vom Regen in das Grundwasser gespült oder vom Wind verbreitet. Das schwere Radongas bleibt dicht über der Erdoberfläche und hinterlässt Zerfallsprodukte auf Pflanzen und

in Tieren - noch in tausend Kilometer Entfernung und noch nach tausend Jahren.

Über die Folgen der Radioaktivität, welche über die Luft, das Wasser oder über Nahrungsmittel (Pflanzen, Tiere) in den Körper aufgenommen werden; oder über ihre ökologischen Folgen (etwa Störung von Gleichgewichten durch Ausfall bestimmter Organismen) siehe z.B. *Uranium Radiation and Health* in: www.antenna.nl/wise/uranium

Man sollte sich stets vergegenwärtigen (wie auch bei den übrigen Kapiteln), dass hier nur die bedrohten Völker berücksichtigt werden, nicht sämtliche unter Uranabbau leidenden Menschen.

Immerhin macht die Uranförderung der in der folgenden Übersicht genannten Länder 55 % der Weltproduktion aus. Sechs der zehn größten Uranminen der Welt liegen in diesen Ländern

KANADA

Im Gebiet des Athabaska-Sees im nördlichen Saskatchewan werden seit 40 Jahren Uranbergwerke im Gebiet von Indianergemeinden betrieben, darunter die *Key Lake Mine*, die größte Uranmine der Erde. Ihre Betreiber sind die *Cameco - Corporation* (Kanada) und die *Uranerz Exploration* (Deutschland, 30% des in Deutschland verbrauchten Urans stammen aus Saskatchewan). Von Beginn an haben die dort ansässigen rund 30 000 Dene und Cree Besorgnis und Widerspruch vorgebracht und im Laufe der letzten Jahre von einer Zunahme an Krebsfällen und Missgeburten berichtet. Sie konnten sich jedoch nicht gegen Provinzial- und Zentralregierung oder gegen die Uranindustrie durchsetzen, welche Druck auf die zuständigen Umweltministerien ausübt. Im Gegenteil, Dene und Cree mussten es Ende 1997

DENE, CREE

hinnehmen, dass zwei weiteren Minen die Genehmigung erteilt wurde: *Cigar Lake* und *Midwest Joint Venture*. Die Lizenz für die Cluff Lake Mine (*Cogema*) freilich ist jetzt wegen unzureichender Abraumversorgung nicht verlängert worden.

Aber nicht nur die aktiven oder auch nur geplanten Gruben sind Anlass zur Besorgnis, sondern immer noch auch die stillgelegten, oder zutreffender gesagt: die von den abgewanderten Firmen sorglos zurückgelassene Minen, offen zugänglich mit offenen, radioaktiven Abraumhalden.

In Port Radium in den Northwest Territories wurde zwischen 1932 und 1960 Uran gefördert, Uran, das in die Produktion der Hiroshima- und Nagasaki-Bomben einging. Männer vom Volk der Dene haben in der Mine ungeschützt niedrigste Arbeit verrichtet, 18 von ihnen sind an Krebs gestorben. In den Dene-Gemeinden befürchtet man nun, dass zwei Generationen Männer, Frauen und Kinder noch an den Folgen der Bestrahlung zu leiden haben werden, denen sie im Alltag ausgesetzt waren. Niemand hatte sie je auf die Gefahren des Umgangs mit dem Erz und dem Abraum hingewiesen. In der Umgebung des Großen Bärensees sollen noch Tausende von Tonnen radioaktiven Materials liegen.

Pogrom 159/70/74, 171/10, 194/56 (1991-97), Vierte Welt Aktuell, Nr. 68, 1988; www.arcticcircle.uconn.edu/SEEJ/Mining 1998; Wise 1998, 2000; Drillbits Februar 1998.

INDIEN

ADIVASI

Das gesamte Uran für die indische Atombomben- und Reaktorproduktion stammt aus Jharkand (Bihar), dem Wohngebiet von 30 der rund 250 indigenen Völker Indiens, die als Adivasi zusammengefasst werden. 15 Dörfer mit ca 30 000 Einwohnern liegen in unmittelbarer Nähe der Untertage-Uranminen und Abraumbecken, welche die staatliche *Uranium Corporation Ltd of India (UCIL)* betreibt, einige weniger als 1 km entfernt. Das Dorf Chatijkoche wurde 1996 völlig von der UCIL zerstört, weil sie Platz für ein weiteres Abraumbecken benötigte. Nur 40 m trennen das Dorf Dughardini von einem nicht eingezäunten, frei zugänglichen Abraumsee. Die giftige Flüssigkeit überspült immer wieder einmal die Straßen der Ortschaft. Da ist es nicht zu verwundern, dass die Bewohner der Dörfer zahlreiche verschiedene Gesundheitsstörungen mit diesen Umweltverhältnissen in Verbindung bringen. Eine Untersuchung durch die Jharkand Organisation Against Radiation registrierte in sieben Dörfern unnormal hohe Zahlen an Fehlgeburten, Totgeburten und Menstruationsstörungen.

Was für die Adivasi in Jharkand Vergangenheit und Gegenwart ist - Umsiedlung, radioaktive Verseuchung von Wasser, Luft und Erde -, steht den 30 000 Einwohnern der Domiasiat-Region in den West Khasi Hills in Meghalaya bevor. Dort will die UCIL ihre nächsten Urangewinnungsprojekte verwirklichen.

Pogrom 159/70/74, 188/10 (1991-96); Drillbits Juni 1999.

NAMIBIA

SAN, KHOI

Zu den weltgrößten Uranminen gehört die *Rössing-Mine* in Namibia, die dort seit den 70er Jahren Uran fördert und verarbeitet. In dem wüstenhaften Küstenland von Namibia werden die für die Urangewinnung notwendigen großen Wassermengen mehrfach verwendet und sind anschließend stark kontaminiert. Die Radioaktivität aus diesen Wassermengen findet sich in den Flüssen Swakop und Khan und dann auch im Trinkwasser der Menschen und Tiere wieder. Betroffen sind davon die ohnehin in Kultur und Bestand bedrohten San und Khoi, welche bei uns eher als Buschleute und Hottentotten bekannt sind.

Vierte Welt Aktuell, Nr. 68, 1988

AUSTRALIEN

ABORIGINES

In Australien hat es früher eine Reihe von Uranminen gegeben (z.B. Rum Jungle), von deren desaströsen Umwelthinterlassenschaften die Aborigines betroffen worden sind.

Die ERA (*Energy Resources of Australia Ltd*) betreibt in Northern Territory die Ranger Mine, welche durch Fehlberechnungen und Unfälle zur radioaktiven Belastung der Gewässer beigetragen hat. Dennoch wurde die Lizenz für diese Mine 1999 für weitere 21 Jahre verlängert. ERA will nun in der Nähe die Jabiluka Mine eröffnen, welche allerdings inmitten des Kakadu National Parks liegen wird, eines Weltnaturerbes. Die Planung der Jabiluka Mine ist deshalb nicht nur bei den Mirrar-Aboriginals sondern auch bei einer breiten umweltbewussten Öffentlichkeit erheblich in die Kritik geraten.

Seit 1994 sind durch Lecks im Abraumsystem der *Olympic Dam* Uranvorbereitungsanlage (Südaustralien) 5 Millionen m³ radioaktiver Flüssigkeit ausgetreten. Anlässlich eines Brandes im Dezember 1999 haben auch Angehörige der Kupa Piti Kungka Tjuta, der Arabunna und der Kookatha ihre Besorgnis über die Abrahalden dieser Anlage zum Ausdruck gebracht.

SEA-US 1997, 1998, 1999; www.issue.org/kakadu_info; Wise 2000

USA

Erkrankungen als Spätfolgen von Strahlungsbelastungen durch Uranminen werden aus Neu Mexico und Arizona berichtet. So soll die Jackpile Mine, in welcher zwischen 1953 und 1980 in der Nähe der Laguna Reservation Uran gefördert wurde, die Flüsse der Umgebung kontaminiert haben. Die Besitzerin, die Firma ARCO (*Atlantic Richfield Corporation*), ist bemüht, für 48 Millionen \$ die Landschaft wieder herzustellen. Von den über 1 000 Urangruben in Arizona kann man derzeit nur vermuten, dass aus ihnen radioaktives Material in die Umgebung ausgetreten ist.

Protecting Mother Earth Conference 1999, Laguna, New Mexico.

ANDERE BODENSCHÄTZE KUPFER / NICKEL /
BRAUNKOHLE / GRANIT / MARMOR / PHOSPHAT / KOHLE / ZINN /
DIAMANTEN / BAUXIT / KALIUM / TITAN / KIES

Entstehen durch Gewinn und Verarbeitung von Erdöl, Gold und Uran jeweils spezifische, durch die Art des Abbaus bedingte oder in den Eigenschaften der Bodenschätze gelegene Schäden, so verursacht schon allgemein die Gewinnung von Bodenschätzen in diesen wie auch in anderen Fällen ökologische Schäden, die von den Betroffenen als katastrophal eingeschätzt werden können.

Bewohnte oder für den Lebensunterhalt genutzte Flächen werden ihrem Zweck entfremdet oder zerstört, Erosion in freigelegtem Gelände vermindert die Fruchtbarkeit oder die Eignung zur Landwirtschaft. Weidegebiete, Anbaugelände und Lebensräume des Jagdwilds gehen verloren,

soweit das Wild nicht schon durch Lärm und Betriebsamkeit vertrieben wurde. Boden, Wasser und Luft werden mit Stäuben, Öl und Schmutz belastet, Abraum und Abfall großzügig den Flüssen übergeben. Lebensräume von Fischen und anderen Süßwassertieren gehen verloren, verstopfte Wasserläufe rufen Überschwemmungen hervor und machen weiteres Land unbrauchbar.

Andererseits wird durch hohen Wasserverbrauch oder auch durch die Zerstörung der Bodenstruktur der Grundwasserspiegel gesenkt, Wasserknappheit für Menschen, Haus- und Wildtiere und für Pflanzen ist die Folge.

WEST-PAPUA

Seit 1969 hält Indonesien West-Papua (indonesisch: Irian Jaya) widerrechtlich unter Kontrolle. Durch Umsiedlungspolitik und andere völker- und menschenrechtswidrige Maßnahmen wird versucht, die ansässige Bevölkerung zu unterdrücken und zur Minderheit zu machen.

Diese politische Absicht ist auch hinter den Erdölförderungs- und Bergbauaktivitäten zu vermuten, die Indonesien in West-Papua betreibt. Umsiedlung der einheimischen Bevölkerung, damit auch Widerstand und militärische Unterdrückung sind am schlimmsten dort, wo es um die Gewinnung von Bodenschätzen geht: am Ertsberg, um den Paniai- und den Wissel-See, in der Vogelkopf-Spitze im Westen und an der Grenze zu Papua-Neuguinea im Osten, nennenswert vor allem aber in der Grasberg-Region. Seit 1967 fördert die Firma *Freeport Indonesia* dort Gold,

AMUNGME u.v.a.

Kupfer und Silber. Diese Firma gehört zum Teil der *Rio Tinto Zinc* (über die *Freeport McMoRan Copper & Gold Inc., USA* - "eine der 10 schlimmsten Firmen des Jahres" *Multinational Monitor, 1996*. Bereits 1993 hatte die US-Umweltbehörde EPA diesem Unternehmen zum zweiten Mal hintereinander den Titel des größten Verschmutzers von Land, Luft und Wasser sowohl nach Ausmaß wie auch nach Toxizität zuerkannt.) Anteile gehören aber auch der indonesischen Firma *PT Indocopper Investama* und der *indonesischen Regierung*. Die vielen Völker West-Papuas werden von den gleichen Umweltschäden betroffen, wie sie überall mit dem Goldbergbau und dem Tagebau einhergehen. 100 km² Land sind von ihnen an Freeport übergegangen, ohne dass die Bewohner eine Entschädigung erhalten hätten. Die Grasberg-Mine holte bis 1998 jeden Tag 125 000 Tonnen Erz aus der Erde, 1 950 Tonnen davon sind Kupfer, 1,5 kg sind Gold - die übrigen Tonnen sind Abraum. Durch die Ausweitung der Mine hat sich die Abraummenge mittlerweile auf 300 000 Tonnen pro Tag erhöht. Bis 2023 soll sie noch produktiv sein. Die von *Freeport* in Anspruch genommene Landfläche soll die Ausdehnung von Belgien erreicht haben. Für Außenstehende gibt es keinen Zugang, an wenigsten für die ehemaligen Bewohner dieses Landes. Um den Zugang zum Erz zu ermöglichen, mussten Wälder und Berge abgetragen werden, an deren Stelle ist die Grasberg-Mine von 3 Millionen Tonnen ausgehobener Landschaft umgeben. Dieser Abraum enthält die Stoffwechselfgifte Kupfer, Quecksilber, Arsen, Barium, Kalium, Blei und Eisen. Aus den frei liegenden Erdanteilen werden Sulfite ausgewaschen, was zur Bildung von Schwefelsäure führen kann. Durch die Abraumengen, die täglich in die Flüsse geschüttet werden, verursacht *Freeport* zudem Überschwemmungen. Schätzungsweise mehr als 20 km des Ajkwa-Flusses werden in den nächsten 15 Jahren für Menschen und Fische lebensgefährlich sein, mehr als doppelt so lange wird der angrenzende Erdboden toxisch belastet sein. Dem Volk der Komoro ist es bereits untersagt worden, Sago zu verzehren. *Freeport* lässt eine unabhängige Umweltprüfung nicht zu, aber eine als unzureichend und oberflächlich kritisierte firmeninterne Analyse soll bereits 1993 bei einer damaligen Förderkapazität von nur 32 000 Tonnen erkannt haben, dass die Kupferkonzentrationen in dem Fluss Banti die Toxizitätsgrenze für Fische überschritten hat. 1980 waren 216 Kinder an Kupfervergiftung gestorben. *Freeport* lässt aber großzügig Gefäße austeilen, in welchen die Familien Regenwasser auffangen können, nachdem das Flusswasser nicht länger benutzbar ist. 1996 entlud sich der Zorn der Papua in gewalttätigen Protesten, ca 3 000 Angehörige der Dani, der Amungme, der Moni und der Kamaro gingen gegen Einrichtungen von *Freeport* vor. Nachdem die Papua-Völker nun auch eine Klage auf 6 Milliarden \$ Schadenersatz eingereicht haben, wurde der Klageführer der Papua beraubt, bedroht und öffentlich verleumdet. *Freeport* übt Druck auf die Bevölkerung aus, um eine Vereinbarung durchzusetzen, mit welcher die Bewohner gegen gewisse Gegenleistungen auf sämtliche Ansprüche verzichten würden. Die Amungme haben 1996 eine Entschädigungssumme abgelehnt - sie betrug ein Drittel des Jahreseinkommens des Chief Executive von *Freeport*, J.B. Moffett. Neben den Umweltproblemen wird von den Papua auch die Ansiedlung von Indonesiern beklagt, welche in der Grasberg-Mine arbeiten und zu einer kulturellen

Bedrohung der indigenen Völker werden. Zudem ist die Region unter Suharto und Wiranto zu einem indonesischen Militärstützpunkt ausgebaut wurden. In dem an die Grasberg-Mine angrenzenden Lorentz-Nationalpark sollen jetzt zwei weitere Unternehmen mit der Prospektion begonnen haben. In dem Nationalpark leben sieben verschiedene Völker.

Pogrom 189/56, 193/42 (1996-97); Corporate Watch 1996, 1997; Forests Conservation Archives 1996; Drillbits Juli 1998, August 1998, Juni 1999; West Papua Information Kit (www.cs.utexas.edu); www.converge.org.nz/wpapua;www.cs.utexas.edu/users/cline/papua/mines.htm.

PAPUA NEUGUINEA

Die *Ok Tedi Mining Ltd.*, an welcher der Staat Papua Neuguinea zu 30% beteiligt ist, unterhält die Ok Tedi-**Kupfermine** und füllt seit 1984 mit ihren 5 Millionen Tonnen Abraum die Flüsse auf. 90% des Fischbestandes sollen dadurch bereits vernichtet sein. 1993 wurde der Fluss Ok Tedi für biologisch tot erklärt. 1996 hat die australische *Broken Hill Propriety Company (BHP)* sich verpflichtet, angemessene Abraum- Zwischenlager zu errichten anstatt täglich 80 000 Tonnen direkt in die Flüsse einzuleiten. Im gleichen Jahr wurde geschätzt, dass am Ende der auf 25 Jahre angelegten Nutzung dieser Kupfergrube 400 km² Regenwald überflutet sein werden. Die Überflutung bringt die Bäume zum Absterben, und es wird sich feuchtes Grasland herausbilden. Neuere Schätzungen besagen aber, dass es in zehn Jahren, wenn der Erzvorrat abgebaut sein wird, 900 km² sein werden. 30 000 Menschen werden dann von Umwelt- und Wasserverschmutzung, aber auch den sozialen Folgen betroffen sein. Das Unternehmen hat nunmehr selbst eingestanden, dass die Umweltbelastung nicht zu verhindern ist. Als Lösung zeichnet sich nur ab, die Mine vorzeitig zu schließen. Aber auch dann wird der schon eingetretene Schaden nicht wieder behoben werden. Die Anwohner des Ok Tedi und des Fly River müssen sich damit abfinden, dass ihre frühere Lebensweise nicht wieder zu erlangen sein wird - da hilft auch die Kompensationszahlung von 150 Millionen australischen Dollar nicht, welche die *Ok Tedi Mining Ltd* entrichtet hat. In der Torres-Strait zwischen Australien und Neuguinea liegen die Torres Strait-Inseln, deren Bewohner, die Torres-Strait-Islanders, als eigene Ethnie anerkannt sind. Sie beziehen ihre Lebensgrundlagen überwiegend aus den Langusten und Garnelen des sie umgebenden Meeres. Die Gewässer, in denen diese Krebstiere sich reproduzieren, sind allerdings von der *Ok-Tedi-Kupfermine* in Papua-Neuguinea bedroht. Aus dem Abraum, der in die Tausende von Kilometern umgreifenden Fluss-Systeme des Ok-Tedi und des Fly-River abgegeben wurden, tritt als Schwermetallhaltiges Sediment unkontrolliert in die Flüsse und in die angrenzenden Meeresgewässer über. Das Fischsterben und die Zerstörung der Uferpflanzungen, die längs der Flüsse schon länger beobachtet werden, sehen die Torres-Strait-Islanders nun auch auf ihre Küstengewässer zukommen.

An der Nordküste von Neuguinea soll die **Ramu-Nickelgrube** entstehen, deren Abraum man in der Vitraz-Bucht ins Meer leiten möchte. Die Mine soll 20 Jahre lang 4,6 Millionen Tonnen Erz fördern, um insgesamt 33 000 Tonnen Nickel und 3 200 Tonnen Kobalt zu gewinnen. Der Rest soll in Ozeansenken verschwinden und wird natürlich in der Landschaft große Kahlflächen und Löcher hinterlassen. Der Widerstand bei der indigenen Bevölkerung und bei Umweltgruppen ist groß; eine Umweltstudie liegt der Regierung vor, welche aber als unzureichend angesehen wird, weil sie nicht auf einzelne toxische Substanzen eingeht und die Frage der Lagerung am Meeresboden nicht behandelt.

Pogrom 168/23 (1992); Drillbits 1996, 1999; www.nordpacific.com/npac-ramu 1998; St. Kirsch The Journal of the International Institute, Vol. 4, No. 1 (Fall, 1996); Papua Niugini online www.niugini.com 1999; http://pidp.envc.hawaii.edu/PIReport/1999

RUSSLAND / SIBIRIEN

CHANTEN, SCHOREN, TELEUTEN, TSCHUKTSCHEN, SAMI u.a.

Obwohl viele Umwelt störende Vorgänge bereits in den vergangenen Jahrzehnten einsetzen, sollen sie hier erwähnt werden, weil sie zum Teil erst in den letzten Jahren bekannt wurden.

Große Teile der von den sogenannten kleinen Völkern bewohnten Teile Nordrusslands und Sibiriens sind durch die unmittelbaren und mittelbaren Folgen der Ausbeutung von Bodenschätzen zerstört. Erdöl- und Erdgas siehe oben.

Der Abbau von **Kohle, Eisenerzen, Gold** u.a. bedroht die Existenz und die sozialen Strukturen der Schoren, eines türkisch beeinflussten Mischvolks von ca 16 000 Menschen in Südsibirien. Ein ähnliches Schicksal haben die 2 500 Teleuten, deren Dörfer den Braunkohlegruben zum Opfer gefallen sind.

Durch den Abbau von **Kies** im Sob-Fluss auf dem Gebiet der Chanten wurden die Ufer umgestaltet, der Wasserhaushalt gestört und die Bestände an Stör stark gezehntet. Wegen Unwirtschaftlichkeit wurde der Kiesabbau 1987 eingestellt, die ebenfalls unwirtschaftlichen Schäden bleiben den Chanten erhalten.

Das Wasser in den Flüssen von Sacha-Jakutien ist durch Thallium vergiftet. Thallium wird verwendet, um **Diamanten** aus dem Gestein zu lösen. Wahrscheinlich sind über viele Jahrzehnte hinweg Tonnen von Thallium in die Flüsse und in die Böden gelangt. Die Diamantenförderung hat noch andere Folgen: Viele Hunderte von Quadratkilometern Taiga wurden durch Straßen, Siedlungen usw. vernichtet, Natur verödete zu Geröllhalden.

Die Suche nach Bodenschätzen in der Tschuktschischen Autonomen Region hinterlässt oft verwüstete oder abgebrannte Landschaften. Rentierherden verlieren ihre Weiden und damit verlieren die Tschuktschen die Grundlage ihrer traditionellen Lebensweise, welche sie gar nicht aufgeben wollten. Verzweiflung, Verlust der überkommenen Kultur und des sozialen Zusammenhalts sind die Folge.

Am Notta-See auf der zu Russland gehörenden Kola-Halbinsel soll auf einem 100 000 ha (30x30 km) weiten Gebiet **Nickel** abgebaut werden. Bislang ist dieses

Land noch Weidegebiet für die Rentiere der Sami (hierzulande auch Lappen genannt). Es ist aber nicht nur der Verlust des Weidelandes und damit der Existenzmöglichkeit für die dort lebenden Sami zu befürchten, sondern auch eine weitreichende Schädigung des Umweltsystems. Ihre Befürchtungen sind verständlich, wenn man weiß, welcher Wind des Wandels über das Land der Skolt-Sami (Petschenga-Gebiet) gegangen ist. Die Sami, die dort in Sommer- und Winterdörfern wohnten, ihre Rentiere weiden ließen und Lachs fischten, sind verschwunden. Landschaft und Natur um die Nickelgruben und -verarbeitungsanlagen sind vernichtet, die Luft kann nicht mehr zum Atmen dienen. Das Petschenga-Gebiet, in welchem seit den 30er Jahren Engländer, Deutsche, Sowjets und nun Russen Nickel gefördert haben, wird als Paradebeispiel für eine Umweltkatastrophe angesehen.

Pogrom 180, Pogrom 190/6, 192/10 (1995-1997); L'aurel'an Information Bulletin , Moskau 1997 in Worldwide Forest/Biodiversity Campaign News. www.publiscan.fi/sc15d-9 1999

NEUKALEDONIEN

Durch den Tagebau von **Nickel** sollen in Neukaledonien, das ein TOM (Territoire-outr-Mer) von Frankreich ist, große Teile der Hauptinsel zerstört sein. Erosion ist ebenso eine Folge wie der Transport von Geröllmassen in den Flüssen und ihre Ablagerung in den noch fischreichen Mündungsgebieten an der Küste. Die Nickelindustrie wird als Ursache von Krebs, Hautkrankheiten und Asthma angesehen.

Betroffen ist die kanakische Bevölkerung der Insel. Am Betrieb des Nickelabbaus sind allerdings auch kanakische Führer beteiligt, die sich für die Loslösung der Insel von Frankreich einsetzen.

Pogrom 187/37 (1996)

USA

DINEH; MENOMINEE

Am Big Mountain in Arizona/USA erleben die Dineh (Navajo) seit Jahrzehnten soweit sie nicht vertrieben wurden, wie der Abbau von **Kohle** im Tagebau ihren Lebensraum gefährdet, ihre Herden reduziert, wie ihre Quellen versiegen und die Böden Schwermetalle anreichern. Betreiber der Kohlengrube ist die *Peabody Company*, welche seit zwanzig Jahren die vorgeschriebenen Umweltschutzaufgaben durch Tricks umgeht. Mit Hilfe der Justiz versucht sie derzeit, die noch verbliebenen Dineh zum Verlassen des Reservats zu zwingen.

Die zur *Rio Algom* gehörende *Nicolet Minerals Co* (frühere *Crandon Mine*) will in Wisconsin eines der größten **Zink-Kupfer**-Lager Nordamerikas ausbeuten. Dazu müssen in 18 Jahren 55 Millionen Tonnen Gestein ausgehoben werden. Die Menominee, in deren Gelände das Erz liegt, machen gegen diesen Plan geltend, dass

- a) dieser Aushub auch Sulfide frei setzt, die dann als Schwefelsäure auf lange Sicht in unkontrollierbarer Weise die Boden- und Grundwasserökologie stören werden;
- b) Quecksilber, Blei, Arsen, Kupfer, Kadmium freigewaschen werden;
- c) Uran frei werden kann (es ist im anstehenden Erz nachgewiesen) und in Form von Radon und anderen Radionukliden die Umwelt beeinträchtigen kann;
- d) Die Abfallmenge von 44 Millionen Tonnen nicht dauerhaft sicher abgeschirmt werden kann, die oben genannten Gefahren somit langfristig bestehen;
- e) der Grundwasserspiegel irreversibel gesenkt werden dürfte;
- f) das Grundwasser, der Wolf River und andere Flüsse kontaminiert werden.

Pogrom 182/54, 191/42, 193/9 (1995-97); GfbV Presseerklärung Oktober 1999; Menominee Nation www.menominee.com/nomining/ 1998

VENEZUELA

YUKPA, BARI

Nachdem die Yukpa durch die Ansiedlung von Firmen auf einen Bruchteil ihres früheren Landes zurück gedrängt wurden, beeinträchtigen nun seit einer Reihe von Jahren **Kohlengruben** ihre Lebensbedingungen. Gleichmaßen sind die Bari davon betroffen. Beide Völker haben ihren Widerspruch dagegen mehrfach zu Gehör zu bringen versucht.

Drillbits März 1998

KOLUMBIEN

WAYUU

Seit 1980 wehren sich die Schafe züchtenden Wayuu auf der Guajira-Halbinsel gegen die *El Cerrejo*-Mine, die *Exxon* gehört. Diese **Kohlengrube** hat die Flüsse und das Grundwasser austrocknen lassen und damit auch die Weiden der Wayuu vernichtet. Außerdem leiden Mensch und Schafe unter dem Kohlenstaub und dem Lärm.

Drillbits März 1998

NAURU

Der von der deutschen Kolonialverwaltung 1907 in Gang gesetzte, vor allem aber in den 70er Jahren vorangetriebene **Phosphatabbau** hat vier Fünftel der seit 1968 selbständigen Südseeinsel (21 km² Größe) in eine Kraterwüste umgewandelt, welche von einem schmalen Küstenring umgeben ist, wo die 8 400 Menschen wohnen. Schutz- und Rekultivierungsmaßnahmen kann sich die Inselrepublik nicht leisten - Phosphat ist die einzige Wirtschaftsgrundlage des Staates. Landwirtschaft ist nicht möglich, weil Erdreich und Vegetation längst verschwunden sind; außerdem kommt es wegen der starken Aufwärmung des Bodens nicht zur Wolkenbildung über dem Eiland. Das macht eine natürliche Ernährung der Nauruaner unmöglich - sie sind auf Import von konservierten, fett- und kohlehydratreichen Nahrungsmitteln angewiesen.

Pogrom 187/38 (1996); M.E. Pukrop in: TED Case Studies 1997

SURINAM

Die Maroons sind Nachfahren afrikanischer Sklaven und leben in traditioneller Weise im Regenwald von Surinam, sie sind sozusagen sekundär indigene Völker. 1963, als die US-Firma *Alcoa* einen Stausee anlegte, um Strom für ihre Bauxit-Verarbeitungsanlage zu erzeugen, wurden 6 000 von ihnen zwangsweise umgesiedelt. Jetzt leben sie in einem Gebiet, in dem es keinen Regenwald mehr gibt, sondern aufgesprengte Felsen, staubbedeckte Landschaft und täglich 24 Stunden greller Beleuchtung, damit ununterbrochen **Bauxit** gewonnen werden kann. Landwirtschaft und Jagd sind zum Erliegen gekommen, die Flüsse haben eine braun-oranger Färbung. Im Para-Fluss sind Cyanide und andere toxische Substanzen nachweisbar, welche aus der Bauxit-Anlage ausgesickert sind. Das Unternehmen *Alcoa* wird aber nicht nur die Menge an Abfall ausweiten, sondern auch in West-Surinam eines der größten Bauxitlager ausbeuten. Davon werden dann die dort lebenden Karien und Arawak sowie ihr Regenwald betroffen sein.

Drillbits September 1998

PANAMA

Im Gebiet der Guaymí (Ngoble-Buglé) im westlichen Panamá werden seit 1995 von der Firma *GEO-Tec* Explorationen für den Rohstoffabbau durchgeführt. Im gleichen Jahr bekam die *Canadian Panacobre Company* das Recht, **Kupfer** in der Cerro Colorado Mine auszubeuten und damit Panamá zum größten Exporteur von Kupfer zu machen. Die 120 000 Guaymí, die seit 1980 gegen diese Pläne gekämpft hatten, sind nie an der Entscheidung beteiligt gewesen. Nach Auffassung der Regierung ist dies nicht nötig, weil dem Staat alles das gehört, was sich unter der Erdoberfläche befindet. Auf dieser Oberfläche aber lebt die indigene Bevölkerung. Ihr Territorium zerfällt, 7 bis 10 Dörfer mussten aufgegeben werden, andere werden von den Zufahrtsstraßen durchschnitten. Das Tagebaugebiet wird 330 km², später vielleicht noch 720 km² mehr umfassen. Dazu kommen die Ländereien, auf denen die Infrastruktureinrichtungen für die Mine liegen. Bereits jetzt ist der Fluss San Felix verschmutzt und belastet. Die Guaymí fürchten, dass der Bergbau für ihre landwirtschaftliche Lebensgrundlage und damit für ihre Kultur und soziale Entwicklung das Ende bringen wird.

Pogrom 183,186/7(1995/96); A. Lopez in: www.ecocouncil.ac.cr/indig/1997

KANADA

INNU, INUIT; MIKMAQ, DOGRIB

Die Innu und die Inuit in Neufundland wehren sich mit juristischen Mitteln gegen den Bau einer **Nickelmine** an der Voisey's Bay (= Kaupiskatish-shipis oder Eimish), wo der Welt größter Nickelvorrat liegen soll. Sie erwarten vom Abbau dieses Metalls eine Schädigung ihrer Umwelt und eine Reduzierung der Artenvielfalt. Zumindest fordern sie eine Untersuchung der zu erwartenden Folgen. Sie

fühlen sich mit ihren Belangen übergangen. Seit 1995 laufen die Vorbereitungen für das Milliarden-\$-Projekt. Neben der *La Voisey's Bay Nickel Company* gibt es noch zahlreiche weitere Unternehmen, die 280 Konzessionen beantragt haben, um auf einer Fläche von 60 km² nach Nickel zu suchen. Nach einem Entscheid der kanadischen Regierung können sie die Planungen auch ohne vorherige Klärung der Land-Besitzrechte fortsetzen und sogar ohne vorherige umweltrechtliche Genehmigung. Gegen diesen Entscheid haben wiederum die Innu Widerspruch eingelegt. Die Innu, seit 7 000 Jahren als nomadische Jäger in ihrem Land Nitassinan ansässig, haben sich vor dreißig Jahren in festen Siedlungen niederlassen müssen. Trotzdem versuchen die meisten von ihnen, die Lebensweise als Jäger und Fallensteller fortzusetzen. Derzeit ist ihre Gesellschaft durch Alkoholismus und die weltweit höchste Rate an Selbsttötungen gekennzeichnet.

Die auf Cape Breton (Nova Scotia, Kanada) lebenden Mikmaq sehen Gefährdungen auf sich und ihren heiligen Berg Glooskap zu kommen. Die Firma *Ready Mix Company* und deren kanadische Tochtergesellschaft planen dort die Anlage von Steinbrüchen und den Abbau von **Granit** in drei Tagebauminen. Auf einer Fläche von 2 400 ha (6x4 km) um den heiligen Berg herum sollen der Wald gefällt sowie Transportwege und Anlagen für die Lagerung und Reinigung der Granitblöcke geschaffen werden.

Rodungen, Sprengungen und der allgemeine Betriebslärm werden die Wildtiere vertreiben, Staub, Öl und Schmutzwasser werden die Menschen direkt, aber auch stark die Gewässer und Böden belasten. Durch Erosion wird der freigelegte Waldboden verloren gehen und ins Meer gespült werden.

Die zumeist ohne dauerhafte Arbeitsplätze in Reservaten lebenden Mikmaq sehen vor allem auch ihre Lachszüchtereien bedroht. Wegen ungeklärter Landrechtsverhältnisse ziehen sich Planung und Durchführung allerdings noch hin.

Im Laufe des Jahres 2000 soll im Nord-West Territorium, 300 km nördlich der Siedlung Yellowknife, die Diavik **Diamantenmine** eröffnet werden.. Die dort lebenden Dogrib vom Volk der Dene wenden sich gegen diesen Beschluss der kanadischen Zentralregierung, weil der Einfluss auf die für sie lebensnotwendigen Umweltbedingungen nicht untersucht worden ist. Der Planung nach wird die offene Fördergrube auf der Sommerweide der Karibu-Herden liegen und zudem einen See zum großen Teil trocken legen. Es besteht in ihrem Gebiet bereits eine Diamantenmine, deren Betreiber, die australische *BHP*, sich zuvor mit den Dogrib geeinigt hatte. Eine weitere Mine könnte aber die Belastung zu sehr erhöhen. Die Dogrib fordern einen Untertageabbau und eine detaillierte Folgenabschätzung. Sie haben 1999 der kanadischen Regierung eine "Grundsatzvereinbarung" vorgelegt, mit welcher sie die Zuständigkeiten der Dogrib Nation regeln wollen, auch in Hinsicht auf Umweltangelegenheiten.

Pogrom 175/54; 187/7 (1994/96); Drillbits August 1997, September 1999; November 1999; Survival 1999 ;www.bhp.com.au/; Indian and Northern Affairs Canada www.inac.ca/NEWS 1999

BRASILIEN URU-EU-WAU-WAU, KAXARORI, WAIMIRI-ATROARI

Außer dem Gold ist es auch das **Zinn**, dessen Abbau Völker wie die Yanomami oder die Uru-Eu-Wau-Wau bedroht. Dieses letztere Volk zählt nicht mehr als 1 000 Köpfe; auf ihrem Gebiet halten sich bereits 400 Goldgräber auf. Noch viel geringer, nämlich 141 (Stand 1991) ist die Anzahl der Menschen des Kaxarori-Volkes. Aber auch dieses bisschen Leben ist bedroht, obwohl es doch im Indianerreservat von Rio Azul (Rondônia) geschützt sein sollte. Die Firma *Mendes junior* betreibt dort an dem den Kaxarori heiligen Ort einen Steinbruch. Das Wasser verknappt und verschmutzt, acht Menschen starben bereits an Malaria.

Im nördlichen Amazonien kostet der Abbau des Zinnsteins, der ihnen nichts einträgt, die Waimiri-Atroari ein Drittel ihres Landes.

Mitteilung GfbV, Sept. 1995

VENEZUELA KAPÓN, KARÍÑA, NINAM, PIAROA, PEMÓN, URUAK

Seit den achtziger Jahren sind im Grenzgebiet Venezuela/Guyana/Brasilien ca 30 000 Gold- und **Diamantensucher** tätig. Das ist dreimal so viel wie dort einheimische Indianer leben. 58 überwiegend ausländische Bergbauunternehmen, z.B. *Yellowjack Resources Ltd., Monarch, Oroturva, Arcilara*, erhielten von der venezolanischen Regierung weit über 300 Konzessionen für Gebiete, die von indianischen Völkern bewohnt sind, etwa den Kapón, Karíña, Ninam (Yanomami), Piaroa, Pemón und Uruak. Juristische Klage, die einige indianische Gemeinden gegen die Beschlagnahme ihres Landes erhoben, beantworteten die oben genannten Firmen und ein französisches Unternehmen mit militärischer Gewalt.

Pogrom 191/24 (1996)

DEUTSCHLAND SORBEN

Zwar nicht der Bestand oder die Existenzmöglichkeiten, aber die Kultur und Tradition einer uralten Minderheit auf deutschem Boden ist vom **Braunkohletagebau** bedroht. Von der auf einst 200 000 geschätzten Zahl der Sorben in der Lausitz (Brandenburg, Sachsen) leben dort noch ca 60 000. Eine fast ebenso große Zahl ist seit 1926 umgesiedelt worden. 128 Orte oder Ortsteile wurden im Zuge der Braunkohlegewinnung aufgelöst, Wohngebiete und kulturhistorisch bedeutende Orte und Denkmäler vernichtet. 200 Millionen Tonnen Braunkohle wurden in jedem Jahr der DDR-Geschichte abgebaut. Aber auch heute noch ist der Vorgang nicht beendet. Der in der neuen Landesverfassung von Brandenburg und in den Sorbengesetzen verankerte Schutz verhinderte 1996 nicht den Beschluss, die sorbische Gemeinde Horno aufzulösen und ihre 350 Bürger umzusiedeln und von ihrer Tradition abzulösen, obwohl der Braunkohlenvorrat unter dem Boden der Gemeinde nur gering sein soll und Alternativen zu dieser Maßnahme zur Verfügung stehen. Am 11. Juni 1997 verabschiedete der brandenburgische Landtag gegen alle

Zusicherungen und nach Manipulation des Umweltausschusses das Braunkohlegesetz, welches den Abriss der Gemeinde Horno ermöglicht. Der Beginn der Abbauarbeiten ist erst für 2002 vorgesehen; dennoch werden die Bewohner Hornos von der Lausitzer Braunkohle AG schon jetzt bedrängt. Sie haben beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde gegen den Landtagsbeschluss eingelegt. Im November 1999 erkannte der Spree-Neiße-Kreis im Wettbewerb »Unser Dorf soll schöner werden« der Gemeinde Horno den zweiten Preis zu.

Pogrom 152/15, 158/9, 184/3, 187/5, 195-196/7, 203/331 (1990-1999); GfbV Presseerklärung November 1999

PHILIPPINEN

MANGYAN, ALANGAN, TADYAWAN

In Mindanao will die in Norwegen ansässige Firma *Mindex* eine 10 km² große Mine anlegen, um pro Jahr 400 000 t Nickel und 3 000 t Kobalt zu gewinnen. Technische, soziale oder Umweltprobleme gibt es laut *Mindex* nicht. Das sieht aber ALAMIN anders, eine Vereinigung der indigenen Völker Mangyan, Alangan und Tadyawan mit Menschenrechts- und Umweltgruppen. Sie befürchten, dass die Mine die restlichen 6% des Waldes vernichten und Überschwemmungen und Erosion hervorrufen wird. 4 Millionen Tonnen Schwefelsäure-, Chrom- und Kupferhaltiger Abraum sollen jedes Jahr in den Ozean versenkt werden, ein Verfahren, das anderswo in der Welt verboten ist.

Drillbits November 1999

MADAGASKAR

Dorfbewohner im südöstlichen Madagaskar opponieren gegen die Pläne des Bergbau-Großunternehmens *Rio Tinto*, dort **Titan** zu fördern. Nachdem eine Umweltstudie ergeben hatte, dass große Regionen des Regenwalds durch die Abbauaktivitäten zerstört würden, hatte die Weltbank sich aus der Finanzierung dieses Projekts zurückgezogen.

Drillbits März 1999

INDONESIEN

MOLO

In Südzentraltimor hat im Jahre 1998 eine Firma den **Marmorabbau** am Heiligen Berg der Molo, eines indigenen Volkes auf Timor, abgebrochen. Nicht aus besserer Einsicht, sondern weil die Bevölkerung es nicht hinnehmen wollte, dass Chemikalien aus dem Prozess in die Flüsse geschüttet wurden, aus welchen sie ihr Trink- und Brauchwasser holen. Jetzt plant aber ein anderes indonesisches Unternehmen, den Abbau wieder aufzunehmen.

Drillbits 1999

TIBET

Die in der Provinz Tsonub liegenden Salzseen sind die einzige Quelle für das in der chinesischen Landwirtschaft dringend benötigte **Kalium**. Deshalb will die Zentralregierung in Peking die Förderung von derzeit 350 000 Tonnen auf 1 Million erhöhen. Bereits jetzt aber ist das "verborgene Schatzbecken", der Urwald im Tsaidambecken zur Hälfte zerstört. Die Abfälle des Kaliabbaus werden in die Flüsse geschüttet und belasten sie bis in ihre Mündungsgebiete hinein.

Drillbits Oktober 1998

AUSTRALIEN

In Queensland arbeiten die *ATSIC* (Australien-Torres-Strait-Islander Commission) und ein *Queensland Mining Council* an einem Vertrag, welcher die Nutzung von Bodenschätzen auf dem Land der indigenen Bevölkerung (Aboriginals) zu aller Zufriedenheit regeln soll. Vier Punkte werden thematisiert: 1. Sozialökonomische Folgen. 2. Kulturerbe, 3. Umwelt, 4. Verhandlungsprozeduren. Man erwartet von dem Übereinkommen einen Gewinn für die indigene Bevölkerung, für die Umwelt und für die Bergbauindustrie.

www.atsic.gov.au 1997

RIO TINTO

Rio Tinto Zinc, zu der auch *Freeport MacMoRan* gehört, ist mit über 50 Minen in 40 Ländern wohl der größte Bergbaukonzern der Welt. Berüchtigt ist er aber durch seine menschenverachtenden, umweltverachtenden, gesetzwidrigen und korruptiven Praktiken. Viele der ihr auch von UN-Organisationen attestierten Untaten stammen schon aus der Zeit vor den 80er Jahren. Die Internationale Föderation der Chemie-, Bergbau- usw. Arbeiter hat die *Rio Tinto Corporation* als das "wahrscheinlich sorgloseste und unbekümmertste Unternehmen der Welt" bezeichnet, "gemessen an dem erschreckenden Register an Verletzungen der Menschen- und der Handelsrechte, an Zerstörung von Gemeingut, an Umweltschädigung und Missachtung der Lebensformen indigener Völker in vielen der 40 Länder, in denen sie aktiv ist."

R. Moody in: The British Monster 1990 (www.essential.org/monitor/); Drillbits April 1998

ERSCHLIESSUNG, INDUSTRIALISIERUNG

Erschließungsmaßnahmen und ihre Folgen begleiten immer auch die anderen hier besprochenen Eingriffe in den Lebensraum indigener Völker. Die damit einhergehenden Änderungen der Umwelt- und Lebensbedingungen treten aber selbstverständlich auch dann ein, wenn die Erschließung um ihrer selbst willen (das heißt ebenso selbstverständlich zumeist: um der wirtschaftlichen Stärkung der Mächtigeren willen) durchgeführt wird.

Der Bau von Straßen und von Wasserstraßen, die Ansiedlung von Industrie, die Errichtung von Anlagen zur Stromerzeugung, das Einströmen größerer Bevölkerungsteile im Gefolge dieser Maßnahmen oder auch im Rahmen von Umsiedlungen - all das hat Folgen, die wir auch in unserem Land seit Jahrzehnten beobachten können. Für ohnehin schwache, zahlenmäßig geringe und auf ihre Umwelt überlebensnotwendig angewiesene Völker aber bedeutet das den Untergang von Lebensweise, Kultur und ethnischer Identität. Ihnen gehen die als Wohn-, Sammel-, Weide- oder Jagdgebiete genutzten Flächen und damit die materiellen Grundlagen ihrer Lebensweise verloren. Die industrielle Ansiedlung führt zur Zerstörung des Waldes und zu Verschmutzung von Luft, Böden

und Wasser. Damit werden Umweltressourcen beschnitten. Die Ökosysteme der Flüsse, Seen und Meere sind labil und allen Schwankungen ihrer Komponenten und der sie regulierenden Faktoren (wie Wasserstand, Zu- und Abfluss, Verdunstungsgröße, Temperaturprofil, Stoffgehalt, Besatzdichte) gegenüber empfindlich. Für die Organismen, die in und von den Gewässern leben, sind solche Schwankungen in gewissen Grenzen kompensierbar. Nicht auszugleichen sind aber die Wirkungen von Substanzen, für die es keine biologische Reaktionsmöglichkeiten gibt. Diese toxischen Einwirkungen führen direkt oder auf dem Wege über die Nahrungskette zum Tode von Einzelorganismen. Sie können auf Dauer oder auch sehr rasch das Gleichgewicht in einem Ökosystem umwälzen, wenn sie für wesentliche Organismen (etwa Produzenten an der Basis der Nährstoffpyramide oder Destruenten) schädigend sind. Damit wird dann auch das Gewässer für den Menschen unbenutzbar oder gefährlich.

Die Besiedlung durch zugewanderte Menschen bringt neue kulturelle und soziale Gewohnheiten mit sich, welche sich in der Regel auch durchsetzen. Damit werden Kultur und Identität der indigenen

Völker verdrängt. Damit stirbt auch eine Lebensweise, die sich über Jahrhunderte und Jahrtausende im Einklang mit natürlichen

Gegebenheiten entwickelt hatte und von einer ökologischen Nutzung der Ressourcen lebte.

VENEZUELA

AKAWAIO, PEMON u.a.

In den achtziger Jahren wurden im venezolanischen Süden, wo die indianischen Gemeinden relativ ungestört gelebt hatten, große Industrie- und Wirtschaftsproje-
kte sowie Staudämme in Angriff genommen. Waren die Großprojekte auch bald wieder eingestellt, so blieben doch die Naturzerstörung und der Landverlust erhalten. Zudem wanderten zahlreiche kleinere Wirtschaftsunternehmer und ausländische Firmen in die nunmehr zugängliche Region hinein. All diese Vorgänge gingen selbstverständlich nicht ohne umfangreichen Holzkahlschlag einher.

Eine ähnliche Entwicklung droht dem Waldschutzgebiet "Sierra de Imataca" (Bolivar) - einem der zehn biologisch reichsten Wälder der Erde. In diesem 36 000 km² großen Gebiet leben 10 000 Angehörige der Akawaio, Arawako, Kariña, Pemón und Warao. Nicht allein Gold- und andere Abbau-Aktivitäten stehen diesem Wald und seinen Bewohnern bevor (siehe p. 20). In Planung und konkreter Vorbereitung ist nun auch eine 690 km lange Elektrizitätsleitung vom Guri-Stausee in Venezuela nach Boa Vista, Brasilien. Mit der Elektrizität soll in erster Linie die größte Goldmine Südamerikas gespeist werden, welche *Placer Dome* in Las Cristinas (Brasilien) zu bauen plant. Die Leitung wird eine dreißig Meter breite Schneise in den Imataca-Wald reißen und dabei an jedem Kilometer eine Zufahrtsstraße aufnehmen. Vertreter der 5 indigenen Völker sehen darin eine Bedrohung ihrer Lebensmöglichkeiten.. Schon die vorbereitenden Maßnahmen haben Teile des Waldes und ihrer Felder und Gärten zerstört - natürlich ohne dass sie an der Planung beteiligt worden wären. Deshalb haben sie im Sommer 1998 mit Blockaden ihren Widerstand deutlich gemacht. Dennoch scheinen auch der neue Präsident Chavez und sein Umweltminister entschlossen, die Stromleitung bauen zu lassen, obwohl sie auch Teile des Weltnaturerbes "Canaima Nationalpark" zerstören wird und obwohl die oberste Gerichtsinanz Venezuelas schon 1997 die Regierung aufgefordert hat, keine Konzessionen mehr zu erteilen.

Pogrom 191/23, 195-196/7, 198/8; drillbits August 1998; Earth Island Institute www.earthisland.org/1998; Amazon Coalition August 1998; www.forests.org 1999.

BRASILIEN

URU-EU-WAU-WAU u.a.

Im Staat Rondonia wurde 1994 das Wohngebiet der Uru-Eu-Wau-Wau, ein Land mit Regenwald, Savanne und anderen Vegetationsformen, zum Indioland erklärt. Schätzungsweise 400 Familien leben dort, welche vor 1980 noch keine Kontakte

zur Außenwelt hatten, einige haben sie auch heute noch nicht. Zu Tausenden aber zählen die illegalen Eindringlinge, die als Holzfäller oder Farmer das Land widerrechtlich besiedeln. Holz wird, vermutlich schon in einem Umfang von Millionen Kubikmetern, geschlagen und abtransportiert. Land wird urbar gemacht und teilweise mittels Pestiziden werden Kaffee- und Bananenpflanzungen angelegt, Tiere werden vertrieben oder getötet. Die Regierung unternimmt keine dauerhaften oder ernst gemeinten Schritte, obwohl Umweltgruppen und Indianerorganisationen auf die Missstände aufmerksam machen und schließlich auch die Weltbank sie dazu aufgefordert hat.

Die brasilianische Regierung ganz im Gegenteil plant, die Flüsse Araguaia und Tocantins zu einer Wasserstraße auszubauen. Die Flussanwohner, z.B. Angehörige der Apinajé, der Xerente, Karajá, Javaé, Tapirapé und Kraho befürchten, dass durch die Kanalisierung der Strombetten ihr Wohnland beschädigt wird und zudem Krankheiten und fremde Lebensgewohnheiten eingetragen werden.

Das Grande Carajas Projekt in Pará könnte in mehreren Kapiteln dieser Darstellung seinen Platz finden. Zentrum ist die Eisenerzgrube Serra dos Carajos. Um sie herum sollen Kupfer, Nickel und 8 Millionen Tonnen Bauxit abgebaut werden. Daraus stellt eine Gießerei an Ort und Stelle 800 000 t Aluminium her, der Rest ist Abraum. Weitere Eisengießereien sollen entlang der Eisenbahnstrecke entstehen, die dieses Gebiet erschließen wird. Die in den Gießereien verwendete Holzkohle holt man gleich aus dem Amazonas-Regenwald, 3 m³ Holz für 1 Tonne Holzkohle. Das Carajas-Projekt wird nicht nur Aluminium und Eisen produzieren, sondern auch Bodenerosion, Flusskontamination, Luftverschmutzung, Kahlschlag und Zerstörung ökologischer und hydrogeologischer Kreisläufe sowie Fischsterben.

Abwässer aus einer Zuckerfabrik, die auf dem Gelände des Potiguara-Reservats errichtet wurde, gelangen in den Fluss, der den Potiguara heilig ist und ihnen Trink- und Waschwasser, aber auch Fische liefert. Nun bekommen sie von diesem Wasser Ausschläge, bei denen sich die Haut ablöst. Viele von ihnen, vor allem Kinder, sterben an dieser sonst unbekanntem Erkrankung. Die Fische in den Flüssen gehen ebenso ein wie die Krebse in den Mangrovegewässern, in die der Fluss mündet. Beides gehört zu den zentralen Lebensmitteln der Potiguara.

*pogrom 174/53, 204/7 (1995, 1999); <http://abyayala.nativeweb.org/brazil/cimi> 1997; *Glass Mining in the Amazonian Rainforest in: www.personal.psu.edu/jlg225**

RUSSLAND/SIBIRIEN

Obwohl die umweltzerstörenden Vorgänge bereits in den vergangenen Jahrzehnten eingetreten sind, sollen sie hier erwähnt werden, weil sie zum Teil erst in diesen Jahren bekannt werden.

Große Teile Nordrusslands und Sibiriens sind durch unmittelbare und mittelbare Folgen von Besiedlung und Industrialisierung irreparabel geschädigt. Dort leben die ca 26 sogenannten Kleinen Völker, etwa 150 000-180 000 Menschen, als Nomaden, Halbnomaden, Rentierzüchter, Fischer oder Jäger. Zu diesen Völkern zählen

beispielsweise die Chanten, die Dolganen, die Ewenen, die Ewenken, die Jakuten, die Jukagiren, die Mansen, die Nanaier, die Niwchen, die Sami, die Tschuktschen, die Udehe, die Ultschen.

Ihre nur in enger Anbindung an die umgebende Natur mögliche Lebensweise ist konstituierend für ihre soziale und kulturelle, das heißt auch ethnische Identität. Diese Lebensweise hat jedoch vielfach keine Grundlage mehr. Die Jagd-, Fisch- und Weidegründe dieser Völker wurden von anderen beansprucht und werden von anderen ausgenutzt, ihre Kultur und ihre Existenz sind vom Aussterben bedroht. Die Nanaier, die Ultschen und die Niwchen können nicht mehr vom Fischfang leben, weil Amur und andere Flüsse vergiftet und in ihren ökologischen Bedingungen verändert sind. „Durch Raubbau in ihren Siedlungsgebieten sowie die ökologische Zerstörung ihrer Jagd- und Lebensräume wurden diese Völkerschaften in eine hoffnungslose Lage gebracht, stehen sie am Abgrund ihrer ethnischen wie physischen Existenz“ (Mark 1992).

Der Übergang von der Sowjetunion zur Russischen Republik hat für die indigenen Völker bislang keine durchschlagende Änderung gebracht. Wie sollte auch eine Änderung jahrzehntelang angerichteter Umweltkatastrophen in weit entlegenen, von unbekanntem indigenen Völkern bewohnten Teilen eines heruntergewirtschafteten Staates aussehen? Dennoch wird es Änderungen geben, weil die Schätze Sibiriens nach 1990 für alle Welt zugänglich geworden sind. Japanische und US-Firmen machen sich an die Ölreservoirs der Insel Sachalin; amerikanische, kanadische und australische Unternehmen suchen bereits nach Gold und anderen Bodenschätzen; Asiatische Firmen verkaufen schon das Holz aus den unberührten Wäldern Sibiriens - all dem steht eine mangelhafte Umweltgesetzgebung und -kontrolle Russlands gegenüber.

Im Gefolge der Industrialisierung und der Besiedlungsmaßnahmen sind die Tundra, das Eismeer und die großen Flüsse durch den Inhalt weggeworfener Treibstofffässer, durch auslaufendes Öl, Pestizide oder Abwässer belastet, zur Selbstreinigung sind die Flüsse nicht mehr in der Lage. Den Schaden tragen die samojedischen Nenzen und die Nganassanen. Das Wasser in den Flüssen von Sacha-Jakutien, von dem Jakuten, Ewenen, Ewenken, Jukagiren, aber auch Dolganen auf der Taimyr-Halbinsel und Tschuktschen im Magadan-Gebiet leben, ist stark verseucht und als Trinkwasser nicht länger zu verwenden.

Zudem ist das Wasser mit Phenolen durchsetzt, welche aus den Baumstämmen dringen, die im Zusammenhang mit den Holztransporten (s. p. 10f) unter Luftabschluss im Wasser lagern. Noch an ihrer Mündung ist der Phenolgehalt der Flüsse doppelt so hoch wie es zulässig wäre. Der zur Energieversorgung eines Diamantwerks benötigte Stausee am Wiljuj-Fluss enthält 7 Millionen m³ faulenden Holzes (das wäre ein Stapel von 14 m Breite, 50 m Höhe und 10 km Länge).

Schließlich ist das Wasser an manchen Orten in Sacha-Jakutien auch durch Thallium vergiftet. Wahrscheinlich wurden über viele Jahrzehnte hinweg Tonnen von Thallium in die Flüsse und in die Böden eingeleitet, nachdem es dazu verwendet worden war, Diamanten aus dem Gestein zu lösen..

Stauungen und der Eintrag von chemischen und radioaktiven Industrieabfällen lassen den Zustand der unteren Wolga als sehr gefährdet erscheinen. Die dort lebenden Tschuwaschen, Baschkiren und Tataren sind akut vom Umkippen des riesigen Gewässers bedroht, wenn demnächst noch höher gelegene Staustufen eingerichtet werden.

In Norilsk (Krasnojarsk), nahe der Taimyr-Halbinsel, in einer Gegend, wo die samojedischen Enzen und Nenzen zu Hause sind, produzieren drei Nickelfabriken die größte Schwefeldioxid-Emission der Welt. Allein im Jahre 1999 verdrängten dort 2 Millionen Tonnen SO₂ die Luft und schädigen nicht nur 4000 km² Lärchenwald, sondern auch Gesundheit und Lebenserwartung der Menschen.

Bemühungen der kleinen Völker und von Umweltschutzgruppen, zu retten, was noch zu retten ist, sind nur selten von Erfolg belohnt. Erwähnt sei hier das Siedlungsgebiet der Chanten in Westsibirien. Nachdem ein großer Teil schon den Ölbohrungen zum Opfer gefallen ist, haben Versuche, die noch unzerstörten Teile am Jugan-Fluss zum Biosphärenreservat zu deklarieren, dazu geführt, dass dort ein Regionaler Nationalitätenpark eingerichtet wird, der die Chanten vorerst für 5 Jahre schützt.

Pogrom 153/60, 155/33, 158/8, 163/46, 180/19 u.a., 184/45, 188/47 (1990-96); Survival 1999. Hartford 1997; Taiga Rescue Network 1996

CHACO

WICHI u.a.

Die Völker des Chaco im Grenzgebiet von Argentinien, Brasilien und Paraguay, z.B. die Wichí, Toba, Chorote, Tapiete und Chalupí, sind von einer neuen, ihnen fremden Wirtschaftsweise betroffen. Die von ihnen traditionell angelegten Gärten sind weiträumig verteilt, damit die unterschiedlich anfallenden Niederschläge optimal ausgenutzt werden können. Die gegenwärtig herrschenden Tendenzen zielen aber auf eine rasche Ausdehnung land- und viehwirtschaftlich genutzter Flächen und auf Rodungen von Buschland für den Anbau (etwa von Soja) oder für Weideland. Artenvielfalt und ökologische Nutzung bleiben auf der Strecke. Die mit Beginn dieses Jahrhunderts einsetzende Besiedlung des Chaco durch nicht-indigene Bevölkerung und deren Rinder, Schafe und Ziegen hat eine nunmehr erkennbare Versteppung im Gefolge. Wald regeneriert sich nicht, Wasserstellen versiegen, der Wildreichtum geht zurück, das Vieh geht auf der Suche nach Weide in die Gärten.

Durch großräumige Maßnahmen, die derzeit für das Gebiet des Gran Chaco geplant sind, werden Lebensraum und Lebensweise der indigenen Völker noch weiter gestört werden.

In Nord-Argentinien ist im Gebiet der 5000 Wichí eine Brücke über den Rio Pilcomayo und eine Autostraße geplant. Das Wichí-Dorf wird Grenzstadt. Diese Straße soll nicht nur Argentinien und Paraguay, nicht nur Brasilien und Chile sondern Atlantik und Pazifik verbinden. Für die Wichí sind diese Pläne eine ernsthafte Bedrohung ihrer Landrechte und ihrer Lebensmöglichkeiten.

Im *Mercosur*-Vertrag zwischen *Argentinien, Brasilien, Paraguay* und *Uruguay* und mit Beteiligung der *EU* ist unter anderem der Bau einer 3400 km langen Wasserstraße

zwischen dem Rio de la Plata und Cáceres in Brasilien vorgesehen. Als Folge ist die ökologische Veränderung des gesamten Fluss-Systems zu erwarten, die durch die Kanalarbeiten hervor gerufenen Umweltschäden werden sich 140 km weit landeinwärts erstrecken. Betroffen sind die Flusssanrainer, das sind die ohnehin um ihre Landrechte kämpfenden Gemeinden der Avoreo, der Chamako, der Enenxet, der Emxet, der Guaná und der Makí.

Pogrom 187/14, 192/13 (1996, 1997); Rainforest Action Network 1995; <http://nativeweb.uthscs.edu/> 1996

KANADA

INNU

Das Land, die Lebens- und Jagdgebiete und die geachteten Geburts- und Begräbnisstätten der Innu in Nordost-Kanada sind akut bedroht. Schon durch den Staudammbau von Churchill Falls 1972 wurden einerseits Flüsse umgeleitet und verkleinert, andererseits über 4 000 km² des Jagdlands der Innu überflutet. Nun soll nach Plänen der Regierungen von Quebec und Neufundland dieser Komplex zur Erzeugung von Exportstrom ausgeweitet und das gesamte Gebiet durch den Trans-Labrador-Highway erschlossen werden. Zwei Staudämme werden gebaut, zwei weitere für die Innu lebenswichtige Flüsse umgeleitet. Der Trans-Labrador-Highway zerschneidet das Hauptwohngebiet der Innu und das Weidegebiet ihrer Karibu-Herden. Zudem wird er ihr Jagdgebiet für weitere Industrialisierung öffnen. Besonders fürchtet man hinter diesen Plänen die Absicht, der Holzfällerindustrie den Zugang zu den Labrador-Wäldern schmackhaft zu machen. Alle diese Pläne und Abmachungen zwischen den beiden Regierungen sind freilich ohne Konsultation der Innu zustande gekommen. Diese werden es aber nicht zulassen, dass sie verwirklicht werden. Eine 250 Meilen lange Schneemobil-Trasse haben sie bereits gerichtlich verhindern können.

Survival 1999

KOLUMBIEN

Die kolumbianische Regierung betreibt die Industrialisierung der Pazifikküste im Chocó. 28 Industrieprojekte der Fischwirtschaft (Thunfischfang, Fischmehl, Fischöl), der Krabbenzucht, der Speiseölerzeugung (Ölpalmenplantagen), der Konservenindustrie und der Verarbeitung sind vorgesehen. Begleitet werden diese Projekte von großen Straßenbaumaßnahmen, Militärbasen, zwei Wasserkraftwerken, zwei großen Seehäfen und mehreren Hafenerweiterungen, auch an Flüssen, sowie Erdgas- und Erdölpipelines. (Stand 1990)

Die jetzigen Bewohner der Region, zum einen indianische Gemeinden an den Flussoberläufen und an der Küste, zum anderen die schwarze Bevölkerung an den Flussunterläufen, die sich dort als Nachkommen afrikanischer Sklaven in eigenen selbständigen Gemeinden niedergelassen haben und eigene Traditionen pflegen, werden die negativen Folgen spüren.

Pogrom 152/56, 158/51 (1990,1991)

MEXIKO

TARAHUMARA

Die Papiermühlen, welche den Tarahumara auf der einen Seite den Wald wegfressen (s. p. 17), geben etwas wieder zurück: Die bei der Holzverarbeitung entstehenden Abwässer werden ausgeschieden und ohne weitere Reinigung in die Flüsse und Seen geleitet. In die Flüsse und Seen, die den Tarahumara das lebensnotwendige Wasser liefern. In diesen Gewässern wird das ökologische Gleichgewicht umgestürzt; einer von ihnen, der Lago Bustillas, ist biologisch tot. Bei den Menschen treten Krankheiten und erhöhte Kindersterblichkeit auf, die man bereits mit den Abwässern in ihren Gewässern in Zusammenhang bringt.

Pogrom 187/18 (1996)

STAUSEEN

Die Anlage von Stauseen, vor allem zur Gewinnung von elektrischer Energie betrieben und vielfach in so gigantischem Ausmaß, dass man darin zumindest auch ein Prestigeunternehmen erblicken muss, kann eine Bevölkerung auf verschiedene Weise treffen, indigene Völker unter Umständen aber vernichtend.

Die ersten Maßnahmen sind in der Regel Umsiedlungen. Das bedeutet für Menschen, welche ihre Lebens- und Wirtschaftstraditionen in Abhängigkeit von ihrem unmittelbaren Milieu entwickelt haben, eben diese identitätsstiftenden Traditionen aufzugeben und fremde Kulturformen zu übernehmen.

Von den Land- und Waldverlusten, welche mit den Staumaßnahmen einhergehen, werden die Umgesiedelten dann nicht mehr unmittelbar betroffen, wohl aber diejenigen, die in der Nachbar-

schaft der Stauseen wohnen bleiben und denen nun das ökosystemare Hinterland fehlt. Regenerationsorte für Pflanzen und Tiere, Verkehrswege für Tiere und Menschen sind beschnitten.

Wirtschaftsweise und Lebensgrundlage werden aber auch nachhaltig und für einen größeren Bevölkerungsbereich durch die Zerstörung der bisherigen Gewässer-Ökosysteme beeinträchtigt. Flussläufe müssen sich andere Betten suchen oder wandeln sich in Stillgewässer und Totarme um, Fischgewässer werden zu Sümpfen oder Trockenwiesen; neue Brutstätten für Malariamücken entstehen. Unter weiten Flächen sinkt der Grundwasserspiegel; Wässerungssysteme, Brunnen und Tränken sind nicht länger benutzbar. Längerfristig ist damit eine Wandlung der Vegetation und des Regionalklimas verbunden.

QUEBEC

Durch das James-Bay-Projekt - das sind mehr als 200 Staudämme und eine Seenfläche von insgesamt 11 000 km² (also zwanzigmal der Bodensee), zudem 1 500 km Straßen, das größte Wasserkraftwerk Nordamerikas, kahlgeschlagene Waldflächen und 5 Flugplätze -, durch dieses Projekt, geplant und durchgeführt vom *Staat Quebec*, der *James Bay Corporation*, der *James Bay Development Corporation* und *HydroQuebec*, sind die Cree und die Inuit im nördlichen Quebec in den letzten Jahrzehnten arg bedrängt worden.

CREE, INUIT; INNU

Als Fischer, Jäger und Fallensteller (Trapper) gewinnen sie ihren Lebensunterhalt, aber sowohl durch die Überflutungen wie auch durch das Trockenfallen wurden ihnen diese Möglichkeiten immer mehr genommen. Hinzu kommt, dass Fäulnisprozesse in den überfluteten Wäldern aus den darunter anstehenden Felsen Quecksilber freisetzen und in organische Verbindungen überführen. Die Fische in diesen Gewässern und die von ihnen lebenden Cree reichern das Quecksilber in ihren Geweben an. (zum Quecksilber s. p. 23)

Nachdem die Cree sich 20 Jahre lang vergeblich gegen die Stau-Planungen gewehrt haben, ist die seit 1991 geplante zweite Phase der Wasserstauungen, das Great Whale Projekt, immerhin vorläufig eingestellt worden - wie es heißt wegen mangelnder Strom-Absatzchancen.

Was Cree und Inuit schon kennen gelernt haben, das befürchten die Innu in Labrador von dem für 2002 geplanten *Gull Island Dam* und der Ausweitung des *Churchill Falls* Wasserkraftwerks.

Pogrom 159/13 (1991); Environmental Defense 1999

KOLUMBIEN

EMBÉRA-KATÍO

1993 begann der Bau des Urra-Staudamms am Sunu-Fluss. Das ökologische Gleichgewicht dieses Flusses, mit seinen Fischen die Hauptnahrungsquelle der 1 200 Embéra-Katio, ist durch diese Arbeiten bereits zerstört. Das gesamte Land dieses indigenen Volkes wäre aber überflutet worden, wenn die Aufstauung nicht durch Gerichtsbeschlüsse gestoppt worden wäre, zuletzt 1998. Seitdem versuchen private Truppen die Embéra-Katio von ihrem Land zu vertreiben. Im Februar 1999 haben sie dabei sechs Männer einer Indio-Gemeinde getötet und 10 entführt. Im Gegenzug besetzten die Embéra den Garten des Umweltministeriums in Bogotá.

GfbV- Eilaktion September 1998, Januar 2000; Corporate Watch 1999, Environmental Defense 1999; Forests Conservation Archives 2000

BRASILIEN

AVÁ- CANOEIRO

Das Volk der Avá-Canoeiro, das bis vor kurzem noch isoliert von anderen Völkern lebte, mittlerweile aber, kaum dass es die Weißen entdeckt hat, schon bis auf 140 (nach anderen Angaben 10) Menschen vernichtet ist, musste auch den 2 000 km² bedeckenden Wasserfluten weichen, die der Serra-da-Mesa-Damm seit 1996 aufstaut (Bodensee: 500 km²). Außer einem Zehntel ihres Reservats bedeckt der See auch 1200 Pflanzenarten, 92 Säugerarten und Hunderte von anderen Tierarten sowie alles Leben im unterhalb des Stausees nicht mehr fließenden Tocantins. In das somit trockene Gebiet sind nunmehr 10 - 15 000 Goldsucher illegal eingedrungen.

Das für den Bau des La-Mesa-Dammes verantwortliche staatliche Unternehmen *Furnas* hat weder die notwendigen Umweltgutachten eingeholt noch die Besitzer des Landes, die nomadischen Avá-Canoeiro, konsultiert. *Furnas* spricht von ledig-

lich 6 Avá-Canoeiro, Überlebenden eines Massakers, für welche sie die Betreuung übernehmen will. So oder so – man erlebt hier das Aussterbens eines Volkes.

Insgesamt 16 solcher Staudämme plant die brasilianische Regierung an den Flüssen Tocantins/Araguaia, Xingu, Trombetas und Tapajos zu errichten. Die gesamte Ökologie dieser Flüsse würde dadurch verändert, was wiederum nicht ohne Folgen (siehe oben) bleibt für den Fischbestand, die Ufervegetation und die anwohnenden, zumeist indigenen Gemeinden und ihre Lebensmöglichkeiten.

Pogrom 191/9 (1996); World Rivers Review 1996; Forests Conservation Archives 1996/97; Environmental Defense 1999; Greenpeace 1999.

INDIEN

ADIVASI

Im Unionsstaat Maharashtra sind Hunderttausende Adivasi des Mardia- und des Muria-Volkes durch die Aufstauung des Bastar bedroht. Mit den Protesten gegen dieses und zahlreiche andere Staudamm-Projekte wollen die Adivasi sich in erster Linie gegen die Vertreibung und die Umsiedlung hunderter Dörfer wehren. Die ökologischen Folgen spielen schon deshalb nur eine nachrangige Rolle in der Argumentation, weil die betroffene Gegend ja ohnehin verlassen wird. Die ökologischen Schäden setzen aber schon lange vor dem Aufstauen ein und betreffen auch angrenzende Landschaften, indem riesige Baumbestände gefällt und Zufahrtsstraßen angelegt werden.

Auch in das 1995 eingestellte Narmada-Projekt in Gujarat ist wieder Bewegung gekommen. Die Regierung hatte die Umsiedlung für abgeschlossen erklärt, doch ist nun die Rede von einer Erhöhung der Staumauer von 80,30 auf 85 Meter. Damit würden weitere Dörfer überspült, auch im Nachbarstaat Madhya Pradesh, während doch schon die ersten Familien ihre neuen Siedlungsgebiete wegen „Unbewohnbarkeit“ wieder verlassen haben.

Pogrom 151/6, 157/8, 159/62, 171/15/17, 172/7, 181/75, 187/26ff (1990-97); Vierte Welt Aktuell Nr. 54, Mai 1986, Mitteilungen GfbV 1995, Arbeitsbericht GfbV 1994/95; www.narmada.org., A. Roy: The Greater Common Good 1999.

SIBIRIEN

Der Wiljui-Stausee, der sich über eine Länge von 400 km und eine Breite von 3 km ausdehnt, hat den bisherigen Wasserhaushalt der Natur in ganz West- und Zentraljakutien verändert. Die Produktion von Futtermitteln für das Vieh und der Fischfang gingen deutlich zurück.

Pogrom 180/18 (1995)

CHILE

PEHUENCHE

In Chile betreibt das Energieunternehmen *Endesa* die Planung eines Stausees von 34 km² Fläche, des 6. am Biobio-Fluss, der 70 km Flusslandschaft zum Verschwinden brächte. Den hundert Familien der Pehuenche im Grenzgebiet zu Argentinien würden Wohngebiet und Lebensgrundlagen entzogen. Trotz Unterstützung durch verschiedene Gruppen und Hoffnung auf eine weitere Umweltverträglichkeitsprüfung nimmt der Widerstand ab, nur mehr ein Fünftel der 700 Bewohner sind bereit, auf ihrem Land auszuharren und lassen sich auch gegen Entschädigung nicht zur Umsiedlung bewegen. Im September 1999 hat ein Gericht den Weiterbau vorläufig abbrechen lassen, weil die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht vollständig berücksichtigt worden war. Die *Endesa* andererseits erwägt, das Projekt aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ganz einzustellen.

Pogrom 191/8, 193/52 (1997); South and Meso-American Indian Rights Center 1997

SARAWAK

Eine 700 km² große Fläche, die noch zum größten Teil von Regenwald bestanden ist, zum kleineren Teil von der indigenen Bevölkerung für den Wanderfeldbau genutzt wird, soll nach dem Willen der *malaysischen Regierung* durch den Stau des Balui-Flusses überflutet werden (Bakun Hydroelectric Project). Damit in Zusammenhang werden eine 1 100 km lange Stromleitung zur malaysischen Halbinsel, ein Flughafen, eine Zufahrtstraße und ein Industriepark mit einer Papierfabrik entstehen. Letztere soll den bei der Anlage anfallenden Regenwald verarbeiten. Mit der Waldverarbeitung hat man bereits begonnen, um wiederum den Bau des Staudamms finanzieren zu können.

Die malaysische Regierung, deren Mitglieder zum Teil persönlich am Gewinn beteiligt sein werden, hat mit der Durchführung die Firmen *Asea Brown, Boveri AS* und *Ekeran* beauftragt. Es hat sogar eine übereilt und ohne Beteiligung der Bevölkerung zustande gekommene Umweltverträglichkeitsprüfung gegeben, die aber von den Betroffenen vor Gericht erfolgreich angefochten wurde.

Die Folgen sind absehbar: Regenwald wird vernichtet, der freigelegte Boden wird erodieren und als Schlamm im Stausee landen. Darüber hinaus wird sich in eben diesem See durch Fäulnisprozesse CO₂ bilden und der Sauerstoffgehalt wird sinken, Fische werden also unter dieser 700 km² großen Wasserfläche nicht leben können. In der gesamten angrenzenden Mangroveküste wird sich der Wasserstand ändern, Fische, Schnecken und Krabben sowie die Produkte des Regenwalds werden den Anwohnern verloren gehen. Das Projekt war 1990 angehalten, 1993 wieder aufgegriffen worden und ist nun von 2 400 MW auf 700 MW heruntergesetzt. Dennoch und obwohl es noch in der Planung ist, ist bereits ein Drittel der 1640 betroffenen Familien umgesiedelt worden.

Pogrom 190/42 (1996); www.irm.org./programs/bakun; Environmental Defense 1999

NAMIBIA**HIMBA**

Die Regierung von Namibia plant die Errichtung eines 380 km² großen Staudamms, des Epupa-Dammes, und eines Wasserkraftwerks am Kunene-Fluss. An der Planung sind beteiligt *Nampower* und *Burmeister* aus Namibia, *Saopro* aus Angola, *Swedpower* aus Schweden und *Norpower* sowie *Norad* aus Norwegen. Betroffen wären 9 000 der insgesamt 35 000 Himba, ein halbnomadisches Rinderhirtenvolk, denen Siedlungsgebiet, Viehweiden, nussliefernde Omarunga-Palmen und viehfutterliefernde Anabäume verloren gingen. Zudem würden die Tausende in der Stromerzeugung Beschäftigten mit ihren Angehörigen die Himba kulturell überfremden und zum ethnischen Untergang führen. Verloren ginge ihnen aber auch der Zugang zu ihren Ahnengräbern auf der angolanischen Seite des Stausees. Die Himba wehren sich mit allen legalen Mitteln und der Hilfe von Pressekonferenzen gegen diese Planungen. Eine Studie stellt den ökonomischen Nutzen des Epupa-Staudamms in Frage, eine andere Studie sieht die Versalzung der Umgebung dieses Staudammes voraus wie auch die Ausbreitung von Malaria und Bilharziose. Die offizielle Machbarkeitsstudie hingegen wurde als „voll von Irrtümern“ und als unangemessen kritisiert, unter anderem auch deshalb, weil sie die Himba nicht konsultiert hatte.

Pogrom 193/45, pogrom 194/8, 198/10 (1997); Inter Press service www.oneworld.org/1998

BURMA**KAREN, SHAN**

Im Lande der Karen und der Shan, das zu Burma gehört und deshalb im Machtbereich des *SLORC* liegt (s. oben, p. 16), plant diese Militärdiktatur die Errichtung von 8-15 Staudämmen, mit deren Fertigstellung nicht vor 2015 gerechnet wird. An der Planung ist auch der Nachbarstaat Thailand beteiligt. Die Staudämme sollen die Grenzflüsse zwischen Thailand und Burma sowie Teile des Mekong aufstauen, die für Thailand vorgesehenen Stauseen werden in einem Wildreservat liegen. Mit dem Wasser der Seen, von denen der größte 1 000 km² überspülen soll, will man elektrische Energie erzeugen. Aber nicht für die Burmesen, die Karen oder die Shan; vielmehr soll sie gegen Devisen verkauft werden.

Den Karen und den Shan werden die Wälder, in denen sie leben und der von ihnen bebaute Boden verloren gehen. Zehntausende von Menschen müssen ihre traditionelle Lebensweise als Fischer, Jäger, Sammler aufgeben, ihre Wasserwege wären nicht länger passierbar.

Pogrom 188/23 (1996)

PHILIPPINEN**BUGKALOT**

Auf der Insel Luzon bedrohen mehrere große und 17 kleine Staudamm-Projekte die Existenz verschiedener Ureinwohner, darunter die Bugkalot, die nicht mehr als 2-3 000 Menschen umfassen. Der Casecnan-Stausee, die Aufstauung des Cagayan, mit welcher auch Bewässerungsmaßnahmen verbunden sind, soll 3 600 Hektar

bedecken und 20 000 Indigene vertreiben. Wälder, der Lebensraum dieser Völker, werden überflutet, beschnitten oder dürfen nicht betreten werden. Gleichzeitig machen die mit dem Bau des Staudamms angelegten Zufahrtsstraßen sie für die Holzindustrie interessant. Der Regierung, welche die vorerst als privates Unternehmen durchgeführte Planung unterstützt, ist es gelungen, die Bevölkerung der Orte zu spalten und einen Teil der Ureinwohner mit Kampagnen und Lockmitteln umzustimmen.

Pogrom 195-196/64 (1997); www.solidaritetsbuset.org/fivas/pub/power

TIBET

Die *Regierung in Peking* betreibt in bzw. nahe Tibet drei Stauseeprojekte, welche sich auf die tibetische Bevölkerung nachteilig auswirken.

Während das in China an der Grenze zu Tibet lokalisierte Drei-Schluchten-Projekt dazu führt, dass man die chinesische Bevölkerung nach Tibet hinein umsiedelt, was eine weitere Minorisierung der Tibeter im eigenen Lande nach sich ziehen wird, hat der in Bau befindliche Staudamm am Yamdrok-Yutram (Türkis-See) in Tibet andersartige Folgen. Der Yamdrok-Yutram ist eine 5 000 Meter hoch gelegene Pilgerstätte. Wird das Wasser aus dem Türkis-See ab- und in das Kraftwerk hinein gepumpt, so sinkt mit dem Wasserspiegel auch der Grundwasserspiegel in dem ohnehin ariden Gebiet. Bei hohem Flusswasserstand soll wieder Wasser in den See hochgepumpt werden; dann allerdings ist es schlammig und trübt den ansonsten klaren See.

Der Tsonag-See in Tulan soll in Zukunft nicht nur sein Wasser zur Bewässerung von 45 000 km² Ackerbaugelände hergeben, welches mit 60 000 Han-Chinesen besiedelt wird – zum Nachteil der Tibeter und Mongolen. Es ist darüber hinaus geplant, den See aufzustauen, um Strom für die Erdölförderung in Tulan zu erhalten.

Pogrom 168/35 (1992); : Tibet online 1996; www.tibet.com/NewsRoom 1999

RADIOAKTIVITÄT

Uranabbau und -verarbeitung (s. p. 41) sind nicht die einzige Quelle für radioaktive Belastung. Die Produkte dieser Verarbeitung - Atombomben, nukleare Brennstäbe - sind nicht weniger bedrohlich, sei es für die Menschheit im allgemeinen, sei es für die hier interessierende Umwelt der indigenen Völker.

Auch dazu bietet das Uranium-Hearing ausgiebiges Material (*Biegert/Stolhofer 1993*).

Die biologische Schädlichkeit der radioaktiven Materie beruht darauf, dass inkorporierte radioaktive Teilchen mit ihrer Strahlung, das heißt mit den Zerfallsprodukten und der frei werdenden Energie andere Atome treffen und umbauen und damit Moleküle, etwa Enzyme, damit aber auch Stoffwechselprozesse und deren Regulation abändern. Dies führt pathologische und nekrotische Vorgänge, sprich Krankheiten auf der Zell- und der Organebene nach sich. Auch durch strahlungsbedingte Schädigungen der genetischen Substanz werden Regulations- und Syntheseprozesse fehlgeleitet oder unterdrückt. Schließlich können durch Abänderung der genetischen Substanz (Mutationen) in den Keimzellen die Nachkommen so geschädigt werden, dass sie vorgeburtlich absterben oder mit Krankheiten

oder genetischen Defekten zur Welt kommen.

Wegen der zeitlichen Diskrepanz zwischen dem Freiwerden der radioaktiven Materie und ihrer möglichen Wirkung in Organismen; wegen der nicht eindeutig nachweisbaren Zusammenhänge zwischen der in unbekanntem Ausmaß freigewordenen Radioaktivität und späteren Erkrankungen; und wegen des Mangels an systematischen Untersuchungen eben solcher Zusammenhänge ist eine Behauptung, auf Grund eines bestimmten Ereignisses treten Schäden auf, immer anfechtbar. Doch ist sie auch aus den gleichen Gründen nicht zu widerlegen, und es muss zumindest misstrauisch machen, dass sich immer wieder Korrelationen finden, etwa zwischen Krebserkrankungen und Atombomben-Testorten, und dass die Tests immer in abgelegene, vermeintlich oder angeblich nicht besiedelte Regionen verlagert werden. Zumeist wird dabei vernachlässigt, dass es sich um Regionen handelt, die durchaus bewohnt oder genutzt sind.

Für 90% aller Atomspaltungen hat man sich den indigenen Völkern gehörende Länder ausgesucht; für manche dieser Tests sollen die Bewohner sogar als Testobjekte benutzt worden sein.

Z.B. wird das von den Bewohnern der Marshall-Inseln und den Western Shoshone angenommen. Schon die Bezeichnung Test ist irreführend. Für die Betroffenen - von den radioaktiven Materieteilchen (sog. Strahlung) getroffenen oder von der Unbewohnbarkeit ihrer Länder betroffenen - ist es mehr als Verhöhnung, diesen Vorgängen den Status eines Versuches zuzuschreiben. („... dass das erste Opfer der Wasserstoffbombe, der japanische Fischer Aikichi Kuboyama, der im August 1954 starb, experimentell gestorben sei, wird man wohl nicht be-

haupten können.“ *G. Anders 1980, p. 260*)

Aber auch für den Bau von Atomkraftwerken oder für das Problem der Endlager scheinen den Zuständigen die Länder der Indigenen gerade recht zu kommen. Die Belastung der Menschen, Tiere, Pflanzen und anderen Organismen sowie der Atmosphäre und des Bodens mit radioaktiver Strahlung scheint ihre diesbezüglichen Planungen nicht zu belasten, ebensowenig, dass Gebiete unbewohnbar werden und traditionelle Lebensweisen erlöschen.

USA

WESTERN SHOSHONE u.a.

Bei den Western Shoshone in Nevada liegt die Krebsrate um 150 bis 250 % höher als im benachbarten Utah. Als Grund dafür werden die 900 Atomexplosionen angesehen, die seit den 50er Jahren in ihrem Lande ausgelöst wurden. Auch unterirdische Explosionen sind nicht harmlos; denn durch die notwendige Entlüftung der Teststollen gelangt radioaktive Materie auch an die Oberwelt.

Aber nicht genug damit. Der Yucca Mountain, im traditionellen Siedlungsgebiet der Western Shoshone gelegen, wird in den USA als das einzig mögliche Endlager für Atom-Müll (d.h. verbrauchte Brennstäbe) angesehen. (Vielleicht hat ja auch jemand gedacht, es sei besser, die ohnehin betroffenen Western Shoshone gänzlich zu vernichten, als noch ein weiteres Volk zu belasten.) Die Gebiete anderer Völker hat man lediglich als Zwischenlager eingeplant. Deren notwendige Zustimmung erwerben sich die Energieunternehmen durch finanzielle Lockmittel in sechsstelliger Dollarhöhe. Lediglich die Mescalero-Apachen in Neumexico, die Paiute in Oregon und die Skull-Valley-Goshute in Utah haben sich jedoch dauerhaft auf solche Verträge eingelassen. Das US Department of Energy hat zwar versprochen, die heiligen und historischen Stätten zu schonen, deretwegen der Yucca Mountain für mehrere indigene Völker wichtig ist. Doch bezieht sich deren Furcht auch auf das Schwinden der Lebensmöglichkeiten, welches die Nähe eines seismisch unsicheren Nuklear-Endlagers bietet, zu welchem auch noch lange Transportwege führen werden.

Heftigen Widerstand leisten die Angehörigen von fünf indianischen Völkern in Kalifornien/ Nevada/Arizona (Mojave, Chemehuevi, Cocopah, Quechan, Colorado River) gegen eine Atommüll-Deponie in der Mojave-Wüste. Sie treten damit nicht nur für sich selbst ein. Denn wenn die von der Firma *U.S. Ecology* geplante Deponie ebenso undicht werden sollte wie schon andere Lager dieses Unternehmens, dann sind auf dem Wege über die Wasser des Colorado ca 25 Millionen Menschen im Raum Los Angeles und San Diego gefährdet. Ein Gericht hat jetzt entschieden, dass die Indianer nicht gezwungen werden können, ihr Land zu diesem Zweck herzugeben. Als weitere Beispiele für Widerstand gegen Atommülldeponien seien genannt: Diné (Navajo), White Mesa Ute, Yankton Sioux und in Kanada der Meadow Lake Tribe.

Pogrom 180/34, 183/6/43, 186/6 (1995/96), www.igc.org/-/yucca 1997; Corporate Watch 1999; http://conbio.rice.edu/NAE/toxics; www.dicksbovel.com/timup

SIBIRIEN

TSCHUKTSCHEN u.a.

Zwischen 1949 und 1990 sind in der Sowjetunion 715 Atomtests durchgeführt worden, davon 215 in der Atmosphäre. Man muss annehmen, dass zwischen Murmansk und der Tschukotka alles Lebendige radioaktiv belastet ist. Für das von Rentiere züchtenden Tschuktschen bewohnte Gebiet, den Tschuktschischen Autonomen Kreis im Nordosten Sibiriens, hat das zur Folge, dass die radioaktive Belastung doppelt so hoch ist wie in den übrigen Gebieten der ehemaligen *Sowjetunion*. Über die flechtenfressenden Rentiere stehen die Menschen dort am Ende einer Nahrungskette, in welcher sich Radionuklide anreichern. Dem entspricht der Befund, dass der Gehalt an radioaktivem Blei, Pb 120, im Knochenmark von Rentierzüchtern mehr als 10 mal so hoch und der Gehalt an radioaktivem Cäsium, Cs 137, 100 mal so hoch ist wie bei anderen Bürgern Russlands, welche nicht von Renfleisch leben. Weit verbreitet sind innere Krankheiten. Fast 100% der Bevölkerung in der Tschukotka sollen von der einen oder anderen Krebsart heimgesucht sein, ebenso viele von Tuberkulose und anderen Lungenkrankheiten. Nirgendwo auf der Welt gibt es mehr tödlich verlaufende Fälle von Speiseröhrenkrebs, nirgendwo in Russland gibt es mehr Fälle von Leukämie, Lungenkrebs und Magengeschwüren. In Bindegewebe, im Knochenmark und in der Schilddrüse werden neuartige bösartige Formen von Geschwulsten gefunden. Die Kindersterblichkeit ist im Laufe der 80er Jahre um 6 auf 10% gestiegen.

Auch das Land der ebenfalls Rentiere züchtenden Süd-Sami auf der Kola-Halbinsel ist auf einige Jahrtausende hinaus radioaktiv belastet.

Atommüll-Depots verschiedener Herkunft im Eismeer schließlich bedrohen sämtliche im Norden Russlands lebenden Völker. In der Barents- und der Kara-See sind 17 Schiffe mit flüssigem oder festem radioaktivem Abfall versenkt worden. Unabhängige Messungen nahe der Meere haben die Behörden nie erlaubt.

Pogrom 152/27 (1990), Bedrohte Völker Aktuell Nr. 108, 1995; Bellona Foundation www.bellona.no/; www.motherearth.org 1995

AUSTRALIEN

ABORIGINES

Die *britische Regierung* hat mit Zustimmung der australischen Regierung zwischen 1952 und 1967 in verschiedenen Wohngebieten der aboriginen Völker Atomwafentests durchgeführt, sowohl in der Atmosphäre wie auch am Erdboden. Der radioaktive Fallout des Testgeländes Maralinga war in ganz Nord- und Ostaustralien nachzuweisen. Für die dort beschäftigten britischen und australischen Arbeiter hat man erhebliche genetische Spätfolgen nachgewiesen. Aber da das Testgelände nicht scharf abgegrenzt war und alle Warntafeln nur Englisch beschriftet waren, dürfte auch die einheimische Bevölkerung auf die eine oder andere Weise damit in Berührung gekommen sein. Über die Folgen in Gestalt von radioaktiver Belastung und Erkrankungen liegen allerdings kaum Aussagen vor, doch waren sie für ein australisches Gericht ausreichend, Entschädigungsansprüche von krebs-erkrankten Personen anzuerkennen. In den achtziger Jahren bestätigten eine Reihe von Untersuchungen gefährliche Kontamination der Testgebiete (Maralinga, Woomera). Deren Bewohner wurden daraufhin umgesiedelt und für den Landverlust entschädigt. Was die Umsiedlung bedeutete, kann man vielleicht daran ermessen, dass manche von den Umgesiedelten lieber wieder in ihr von Plutonium beschwertes Land zurückkehrten.

Die Aborigines von Woomera/Coober Pedy wehren sich gegen Pläne der US-Firma *Pangea Resources*, in Billa Kalina ein Endlager für hochradioaktiven Müll einzurichten.

Pogrom 151/7 (1990); ips 1998; SEA-US 1998; www.theaustralian.com.au/national news 1999; www.aboriginaltenembassy.com.au 1998

MORUROA

MAOHI

Die 41 oberirdischen und 138 unterirdischen Atombombensprengungen der französischen *Force de frappe* hatten für die Bewohner der Moruroa- und Fangataufa-Atolle keineswegs Testcharakter: Die Bewohner der Atolle waren vor den Tests nicht gewarnt worden und konnten sich frei bewegen, eine vorherige oder anschließende Umsiedlung war nicht vorgesehen. Dies, obwohl die Kontamination ein ähnliches Ausmaß erreicht haben soll wie in der Umgebung von Tschernobyl am Tag des Unfalls. Das haben verschlossen gehaltene Aufzeichnungen des französischen Militärs jetzt erwiesen. Radioaktives ¹³¹Jod soll frei gesetzt worden sein. Viele der Maohi, der dortigen Ureinwohner, leiden an Krebs. Sie befürchten zudem, dass die von ihnen bewohnten, jetzt durchlöchernten Atolle vollends auseinanderbrechen. Allein die Einrichtung des Versuchszentrums für die Atombombentests hatte schon die Kultur der Maohi und ihre Lebensweise zerstört.

Eine Studie der IAEA fand nach 1996 eine im allgemeinen sehr niedrige Rest-radioaktivität in den zugänglichen Teilen der Atolle, punktuell jedoch höhere Konzentrationen radioaktiven Materials, alles aber von geringer radiologischer

Bedeutung. Gesundheitliche und umweltschädliche Effekte seien davon in Zukunft nicht zu erwarten.

Mitteilung GfbV, Sept. 1995, Bedrohte Völker Aktuell, Nr. 108, 1995; <http://perso.wanadoo.fr/> 1998; LAEA Presseerklärung 29. Juni 1998

CHINA

UIGUREN

Nach 22 oberirdischen und 19 unterirdischen Kernwaffenexplosionen in Ostturkestan/Xinjang hat die Regierung der Volksrepublik China 1996 ein Moratorium über die Atomtests verhängt, vermutlich um ausländische Investoren für diese Autonome Region zu gewinnen (welche dort nach Erdöl und Erdgas suchen sollen). Den Folgen der chinesischen Kernwaffenexplosionen sind die Uiguren ausgesetzt, ein islamisches Turkvolk in Ostturkestan/Xinjang. Seit Beginn der Sprengungen in Lop Nor hat bei ihnen die Rate an Krebserkrankungen und missgebildeten Kindern so zugenommen, dass sie von einem stillen nuklearen Genozid sprechen.

Pogrom 172/45 (1993), Bedrohte Völker Aktuell, Nr. 108, 1995; International Taklamakan Human Rights Association www.taklamakan.org 1996; www.gasandoil.com/goc/news 1998; Eastern Turkestan Information Bulletin 4 (1994)

ALGERIEN

Der Radioaktivität aus den 17 Atomsprengungen, die sich Frankreich zwischen 1960 und 1966 in Reggane und In Anguel erlaubte, sind die Berber in den dortigen Oasen noch heute ausgesetzt.

Vierte Welt Aktuell, Nr. 68, 1988

INDIEN

ADIVASI

Wie von so vielen anderen Ursachen, sind die Adivasi auch von der Atomindustrie bedroht oder bereits vertrieben. In Rajastan liegt dort, wo sie leben, das indische Atombombentestgebiet.

Bedrohte Völker Aktuell, Nr. 108, 1995

SONSTIGES

KANADA

INNU

Tiefflüge aus militärischem Anlass sind ein Thema mit ungeklärter ökologischer Relevanz. Immerhin gehen die Betroffenen davon aus, dass ihr Land unbenutzbar wird, und zumindest muss man eine Lärmbelästigung und eine Verstörung der Wild- oder Weidetiere als Konsequenzen anerkennen. Zumindest subjektiv liegt also eine Umweltzerstörung vor, auf die nicht Rücksicht genommen wird. Über Labrador und Quebec wurden bis Anfang der 90er Jahre 9 000 Tiefflugübungen durchgeführt - pro Jahr. Danach wurde die Anzahl ausgeweitet, und 1996 schließlich beschlossen die beteiligten *NATO-Staaten* - Kanada, Großbritannien, Deutschland, Niederlande, USA - für weitere zehn Jahre 15 000 Flüge jährlich zu üben. Also 41 täglich, also alle 35 Minuten einen, zehn Jahre lang. Überflogen - manchmal in 30 m „Höhe“ - werden zwar nicht die Siedlungs-, aber die Jagdgebiete der Innu (Mascapi), die ihre Lebensweise aus Jagen, Fallenstellen und Fischen bedroht sehen; denn auch die Jagdtiere werden jede halbe Stunde überdonnert. Immer mehr gehen Karibu-Herden, aber auch Gänse und Enten, dazu über, diese Gegend bei ihren Weidezügen zu umgehen. Die Bestände nehmen an Kopfzahl ab, was man auf Fehlgeburten und sonstige Stress-Folgen zurückführt.

Pogrom 151/29, 182/54, 188/8 (1990-96); Innu Nation/Mamit Innuat www.innu.ca 2000

USA

LAKOTA

Kevin Costner plant die Errichtung eines **Spiel- und Freizeitcenters** in den Black Hills, den heiligen Bergen der Lakota, nicht weit von der Stelle, wo Costner seinen Indianer-freundlichen Erfolgsfilm „Dances with Wolves“ drehte. Die Lakota wehren sich nicht allein gegen die Entweihung ihrer Berge, sondern auch gegen die zu erwartende Umweltbelastung durch den Bau und den Betrieb des Parks und den Besucherstrom, der nicht mit dem Fahrrad kommen, aber ohne seine Plastikverpackungen wieder abfahren wird. Ein Casino/Hotel ist bereits gebaut, die Anlage eines Golfplatzes konnten Proteste noch verhindern.

Pogrom 189/8, 198/8 (1996-97)

ARKTIS

INUIT

Viele Inuit in den Ländern um die arktischen Meere haben den Wunsch, sich von den importierten Produkten der Nahrungsmittelindustrie unabhängig zu machen und wieder zu ihrer traditionellen **Ernährungsweise** zurückzukehren. Fettleibigkeit und Nierenschäden haben Fachleute als Folgen des processed food beschrieben.

Die traditionelle Nahrung stammt aus dem Meer - ölhaltige Fische und Meeressäuger. Diese Tiere sind jedoch die Spitze einer Nahrungspyramide, innerhalb derer sich organische Rückstandsstoffe, Pestizide und umweltschädigende Chemikalien an Fettstoffe gekoppelt anreichern. Denn gerade die arktischen Meere haben sich als Sammelbecken für viele dieser Substanzen mit weltweiter Herkunft erwiesen. Somit sind die Bewohner der arktischen Küsten gerade durch eine besonders naturnahe Lebensweise besonders gefährdet. Dies trifft schon die Ungeborenen im Mutterleib. Einer Langzeitstudie zufolge sollen sie durch Chemikalien so geschädigt werden, dass geringere Intelligenzleistungen die Folge sind.

L. Ahyanak in: Earth Times Service Juni 1997.

BRASILIEN

YANOMAMI u.v.a.

Im brasilianischen Bundesstaat Roraima haben 1998 nach monatelanger Dürre ausgedehnte **Waldbrände** zwei Monate lang die Wohngebiete der Yanomami, der Makuxi, Wapixana, Taurepag, WaiWai, Pemón, Maiongong und der Patamona-Indianer verheert. Während der Dürrezeit war der Wasserstand in den Flüssen so weit gesunken, dass weder Trinkwasser zur Verfügung stand noch die notwendigen Lebens- und Heilmittel per Boot herantransportiert werden konnten. Insbesondere fehlten neben Nahrungsmitteln Malaria-medikamente; denn in den stehenden Restgewässern hatte sich die Malaria-Mücke rasch ungeheuer vermehrt.

GfbV, Pressemitteilung 1998

INDIGENE VÖLKER

beanspruchen als Erstbesiedler ihres Territoriums ein unveräußerliches Recht auf ihr Land und die darin enthaltenen natürlichen Ressourcen. Dazu gehört nach Ansicht des Computerwissenschaftlers Wayne Madsen aus Virginia auch das Recht auf Schutz vor remote sensing, einer Methode, Daten über eine Landschaft durch Messung aus größter Flughöhe zu erlangen. Madsen schlägt vor, zur Sicherung dieses Rechts gerade auch für indigene Völker den Begriff des "kollektiven Rechts auf **Privatheit**" einzuführen.

www.spatial.maine.edu/tempe/madsen

Zum Abschluss ein Fall, wo gezielt und politisch gewollt durch Umweltzerstörung **Genozid** (und Mord) betrieben wurde:

IRAK

MARSCH-ARABER

Zwischen 1993 und 1995 hat *Sadam Hussein* durch eine absichtlich herbeigeführte Ökokatastrophe das Mündungsgebiet von Euphrat und Tigris unbewohnbar gemacht. Diese südirakischen Marschen sind nicht nur Rückzugsgebiet für Deserteure und politisch Verfolgte, sondern auch seit mindestens 5 000 Jahren Siedlungsland

der Ma'dan, der sogenannten Marsch-Araber, die als Abkömmlinge der Sumerer angesehen werden.

In einem 150 00 km² großen Gebiet lebten 500 000 Menschen in Schilfhäusern, die sie auf selbsterbauten Ried-Lehm-Inseln errichteten. Hauptnahrungsmittel waren Reis, Hirse, Datteln sowie Wasserbüffel, Fische und Wildschweine. Um diesen Zufluchtsort unkontrollierter Bevölkerungsteile zu vernichten (denn niemand hat mehr Angst als ein Gewaltherrscher), ließ Sadam Hussein

1) durch Umleitung der Flüsse Euphrat und Tigris und des nach ihm benannten Kanals das Land trocken legen; Folge: 1995 bestand die Region nur mehr aus versalzenen Böden und schmutzigen Tümpeln. Es wird kalkuliert, dass in 50 Jahren hier keine Menschen mehr leben.

2) tonnenweise giftige Chemikalien weiträumig in die Seen und Flüsse verteilen; Folge: Symptome von Langzeitvergiftungen bei vielen Menschen. Aus der Beobachtung, dass diese Symptome überwiegend für Frauen und Kinder berichtet werden, schließt man, dass die Männer deportiert und erschossen wurden.

Die Marsch-Araber sind entweder innerhalb des Landes abgewandert, haben also ihre Lebensweise aufgegeben, oder sie sind gleich den Oppositionellen in den Iran oder in andere Länder geflohen.

1995 hat das Europäische Parlament die Marscharaber folgerichtig als verfolgte Minderheit anerkannt und von Genozid gesprochen.

Pogrom 171/53, 180/5, 186/5 (1993-96); TED-Case Studies No 189

NATURSCHUTZ und GENOZID

Abseits von den Themen dieser Zusammenstellung, in welcher genozidale Folgen ökologischer Schäden verzeichnet werden, stehen einige Fälle, in denen im Gegenteil indigene oder ohnehin bedrohte Völker gerade durch Naturschutz-Maßnahmen betroffen und weiter bedroht werden,

weil ihre überkommene in der Regel naturnahe Lebensweise durch Verwaltungsdefinitionen plötzlich als umweltschädlich angesehen wird. Sie sollen hier erwähnt werden, weil diese ja ebenfalls im Zusammenhang von Ökologie und Genozid stehenden Fälle kaum eine Publizität haben.

ARKTIS

INUIT u.a.

In einen Zielkonflikt zwischen Tierschutz und Überlebensinteressen sind die kanadischen und die grönländischen Inuit (Eskimo), aber auch sibirische Völker geraten. Die weltweit durchgesetzten Verbote oder Einschränkungen der Robben-, Wal- und Pelztierjagd treffen sie in ihrer Existenz, weil sie nicht nur von den Meeressäugern leben, sondern auch ihre Wirtschaft auf dem Verkauf von Häuten und Fellen basiert. Sie, die immer bestandsschonende Formen der Jagd angewandt haben, lange bevor das Wort von der sustainability erfunden war, müssen nun dafür büßen, dass Europäer und Amerikaner den Bestand mancher Meeressäuger nahezu vernichtet haben. Zudem machen sie geltend, dass die schonungsbedingte Vermehrung der Robben die Fischbestände und damit die Fischereiwirtschaft bedroht. Die Erfahrung zeigt, dass sie nicht ohne soziale und psychische Folgeerscheinungen auf das Leben als Minen- oder Ölarbeiter umgestellt werden können, zeigt weiterhin, dass die Erzadern und Ölquellen nur vorübergehend einen wirtschaftlichen Ersatz bieten und, wenn sie versiegen, die Inuit gänzlich beraubt dastehen werden.

Pogrom 151/33, 190/48 (1990-1996); F. Lynge Symposium Trapped by Furs, Rotterdam 1997

SRI LANKA

WANNIYALA-AETTO

Seit ca 18 000 Jahren leben die Wanniyala-aetto (auch als Wedda bekannt) in den Waldgebieten von Sri Lanka. Ihre enge Verbundenheit mit dem Wald, welche nur als ökologischer Einklang so lange Jahrtausende möglich war, drückt sich noch in ihrem Namen aus: Wanniyala-aetto heißt „Die im Walde leben“. Diesen Namen tragen sie aber nicht mehr zu Recht. Zusammen mit den Wäldern haben sie der Verbreitung von Industrie und Besiedlung weichen müssen. 1955 setzte ein Stau-

damm ihr bestes Jagdland unter Wasser; seit 1977 leitet man ihre Flüsse um und fällte 11 000 Hektar ihres Waldes. Singalesen und Tamilen verdrängten sie. Schließlich machte man das letzte, von 5 300 Wanniyala-aetto bewohnte Waldgebiet zum Nationalpark Maduro Oya und umgab ihn mit neuangelegten Agrarsiedlungen. Fortan war es nur noch Wächtern, Wissenschaftlern und Touristen erlaubt, den Park zu betreten. Die Wanniyala-aetto, die niemand vorher von der Umwidmung ihres Landes in Kenntnis gesetzt hatte, wurden von einem Tag auf den anderen von einem Wildbeuter-Volk zu einem Volk von Wilderern. „Wir werden festgenommen, vor Gericht gestellt und verhaftet, wenn wir in den Wald gehen. Unser traditionelles Leben ist zu einem Verbrechen geworden,“ berichtete ihr Vertreter Uru Warige Tissahamy 1996 vor der UN-Arbeitsgruppe für indigene Völker in Genf. An dieser Situation hat sich bis heute trotz theoretischer Anerkennung ihrer Rechte nichts geändert. Die Regierung hat ihnen 1998 das Recht zuerkannt, in den Park zurück zu kehren. Darüber aber sind die Parkwächter nicht informiert. Wenn Wanniyala-aetto sich dem Nationalpark nähern, wird auf sie geschossen und sie werden fest genommen. Die Umsiedlung in die Agrargebiete und die unfreiwillige Aufgabe ihrer Lebensräume und Lebensweise hat bei den Wanniyala-aetto keine guten Wirkungen hervorgebracht: Die Touristen, vor denen sie zur Schau gestellt werden, sehen kranke, fettleibige, alkoholsüchtige oder depressive Menschen.

Die norwegische Ethnologin Wiveca Stegeborn macht seit vielen Jahren auf die Lage der Wanniyala-aetto aufmerksam.

Pogrom 188/48, 190/10 (1996); Global Vision www.global-vision.org 1999

BOTSWANA

KHWE

Trotz der Zusage, im Kalahari-Wildreservat ihre Wohn- und Jagdrechte behalten zu dürfen, hat die Hälfte der Khwe (zu den San oder 'Buschleuten' gehörig) in den letzten Jahren das Gebiet verlassen. Sie wurden mit Versprechungen der Regierung aus dem gewinnträchtigen Tourismusgebiet herausgelockt und in einem engen, eingezäunten Land ohne Infrastruktur neu angesiedelt. Die noch verbliebenen 500 Khwe wollen die Regierung zwingen, die Aussiedlung zu beenden. Aber auch Umweltschützer bedrängen die Regierung, die San aus ihrem 32 000 Quadratmeilen großen Reservat zu vertreiben. Außerhalb des Reservats haben die San keine Lebensmöglichkeit. Auf 9 km² kann man nicht sammeln und jagen, und Trinkwasser gibt es nur aus dem LKW. Außerdem begrasen dort von der EU finanzierte und aufgekaufte Rinderherden die 20% des Landes, die nicht Wüste sind. Sie sind umgeben von Tausenden von Kilometern elektrischer Zäune, in denen die jagdbaren wilden Tiere verenden und mit ihnen die San.

Pogrom 195-196 (1997), Extraseite; [http: lonestar.texas.net/](http://lonestar.texas.net/) ~ savesan 1998

KENIA/TANZANIA**MAASAI**

Die ursprünglich nomadischen Maasai sind zwar mit 530 000 Angehörigen kein vom Aussterben bedrohtes Volk. Aber ihre Nomadenkultur können sie nicht mehr aufrecht erhalten, weil große Teile ihrer Wohnstätten zu Naturschutzparks geworden sind. Man hat sie daraus - zum Beispiel aus dem Ngorongoro-Krater - vertrieben, damit Touristen hinein können.

GfbV-Mitteilung 1999

TANZANIA**HADZABE**

Die als Sammler und Jäger um den Eyasi-See lebenden Hadzabe, die neben den Sandawe zu den Ureinwohnern Ostafrikas zählen, sind, wenn sie ihrer alten Lebensweise nachgehen, als Wilderer bedroht, weil ihr Jagdgebiet Teil der *Ngorongoro Crater Conservation Area* ist.. Offiziell besitzen sie keine Landrechte und im Sinne des Staates Tanzania keine Jagdrechte. Aber nicht der Staat, sondern *Europäer* mit Jagdlizenzen betreiben ihre Verhaftung, welche häufig mit Folter endet und in mindestens einem Fall zum Tode des Verhafteten führte.

Pogrom 184/7 (1995)

GUYENNE**EMERILLON u.a.**

In Guyenne (Französisch-Guyana) soll ein 29 000 km² großer Naturpark geschaffen werden, ein Drittel des Landes. Davon werden dann ungefähr 2 000 Indianer der Völker Emerillon, Wayampi und Wayana betroffen sein. Sie müssen ihren Lebensraum verlassen oder zumindest ihre Jagd- und Fischgründe aufgeben. Ihre traditionelle Lebensweise ist gefährdet. Zudem sollen sie für Touristen bereitstehen. Besondere Landrechte will die französische Regierung ihnen nicht zuerkennen, weil alle französischen Bürger gleich sind und es keine Sonderrechte gibt. Allenfalls Nutzungsrechte in besonders zugewiesenen Lebensräumen könnte man ihnen zugestehen.

Pogrom 191/22 (1997); Forests Conservation Archives 1997

BURMA**KAREN, MON**

Durch die Errichtung eines Naturparks (Myinmoletkat Reservat) durch den *SLORC* und die *Wildlife Conservation Society WLS* sowie das *Smithsonian Institute* sollen 2 000 Karen von ihrem Land vertrieben worden sein. Hinter dem Interesse des *SLORC* für Naturschutz steht der Wunsch der Ölfirmen *Total* und *Unocal*, ungehindert das Yadana Erdgaspipeline-Projekt durchführen zu können und Öltransporte nach Thailand durch das Land der Mon und der Karen garantiert zu bekommen (siehe p. 39)

pogrom 194/9 (1997); GfbV-Mitteilung 1999; www.nri.org/ 1998

ARGENTINIEN**GUARANI**

Innerhalb des vor wenigen Jahren gegründeten Naturparks Kuña Pirú in der Provinz Misiones leben Mbyia-Guaraní. Dem von der Regierung für Tourismuszwecke geplanten Ausbau des Parks stehen die Guaraní entgegen. Am 10. Oktober 1995 wurde das Dorf Namandú-Arroyo Azul von Regierungstruppen überfallen und zerstört, die Bewohner wurden vertrieben. Nach Protesten konnten sie zurückkehren und den Wiederaufbau beginnen; der zuständige Minister wurde entlassen.

Pogrom 188/9 (1996), briefl. Mitteilung von J. Ruppert April 1996

In den allgemeinen Teilen und den Beispielskapiteln kann vieles nur angedeutet werden: Hintergründliches findet man in den genannten und früheren Ausgaben von **pogrom**, Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker Göttingen, sowie in:

Biegert, C. E. Stolhofer: *Der Tod, der aus der Erde kommt. Ureinwohner der Erde beim World Uranium Hearing*. Salzburg 1993

Gesellschaft für bedrohte Völker (Hsg) „Unsere Zukunft ist eure Zukunft“ *Sammlung Luchterband 1044, Hamburg 1992*. Darin besonders: Rathgeber, p. 32, Kumi, p. 39, Bockor, p. 48, Bangert, p. 50, Wippel, p. 56, Veit, p. 129, Domnick, p. 133, Nebberg, p. 224.

Lindig, W., Münzel, M. *Die Indianer. Kulturen und Geschichte*. München 1976 und später

Loimeier, M. *Zum Beispiel Ken Saro-Wiwa*. Göttingen 1996

Mark, R.A. *Die Völker der ehemaligen Sowjetunion*. Opladen 1992²

Fundstellen für mehrmals genannte Quellen:

- Amazon Coalition www.amazoncoalition.org/
- Bruno-Manser-Fonds Basel www.bmf.ch/letters/news
- Community Aid Abroad www.caa.org.au
- Corporate Watch www.corpwatch.org
- drillbits = drillbits & tailings www.portal.org/ProjectUnderground/drillbits
oder www.moles.org/ProjectUnderground/drillbits
- Environmental Defense Fund www.edf.org
- Gaia's Forests Conservation Archives (incl. Worldwide Forest/Biodiversity Campaign) www.forests.org
- Greenpeace www.greenpeace.org/
- Hartford = Hartford Web Publishing www.hartford-hwp.com/archives
- Infoe: Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie www.koeln-online.de/infoe
- Rainforest Action Network www.ran.org
- SEA-US Sustainable Energy and Anti-Uranium Service www.sea-us.org.au/
- Survival = Survival for tribal peoples www.survival.org.uk
- Taiga Rescue Network www.snf.se/TRN
- TED Case Studies = Trade and Environmental Database www.american.edu/projects/mandala/TED/
- Wise = World Information Service on Energy www.redcross.nl/wise/uranium/
oder www.antenna.nl/wise/uranium
- World Resources Institute www.wri.org

Register

der genannten Ethnien

- Aborigines 44, 72
Achuar 34f, 40
Adivasi 7, 18, 43, 65, 73
Aëta 21f
Akawaio 20, 57
Alangan 54
Amahuaca 22
Amungme 45f
Apinajé 58
Arabunna 44
Arawako 57
Assiniboin 25f
Auyu 16
Avá-Canoeiro 64f
Avoreo 61
Awas Tingi 19
- Baka 17, 39
Bakola 39
Bakwa 15
Bambara 30
Bari 50
Berber 73
Bugkalot 67
- Canela 12
Chalupí 60
Chamako 61
Chanten 36f, 48, 59f
Chemehuevi 71
Chorote 60
Cintas-Largas 11
Cocopah 71
Cofane 34f
Colorado River 71
Cree 14, 42f, 63f
- Dani 46
- Dayak 9f, 19, 28
Dene 42f, 52
Dineh 41, 49, 71
Dogrib 51f
Dolganen 59
- Embéra 17, 64
Emerillon 79
Emxet 61
Enenxet 61
Enzen 60
Ewenen 36, 59
Ewenken 36, 59
- Goshute 70
Gros Ventre 25f
Guajá 12
Guaná 61
Guaraní 12, 22, 80
Guaymí
(Ngoble-Buglé) 51
- Hadzabe 79
Haida 13f
Haisla 13f
Himba 67
Huaorani 34f
- Igorot 29
Ingariko 27
Innu 51f, 61, 63f, 74
Inuit 51, 63f, 74, 77
Inupiat 39
- Jakuten 59
Javaé 58
Jukagiren 59
- Kamaro 46
- Kanakanen 49
Kani 18
Kapón 53
Karajà 58
Karen 16, 39, 67, 79
Kari'ña 57
Kaxarori 53
Khoi 44
Khwe 78
Komoro 46
Kookatha 44
Kraho 58
Kuna 17
Kupa Piti Kungku
Tjuta 44
Kyuquat 13
- Lakota 74
Lil'wat 13
Lubicon-Cree 14f, 38
- Maasai 79
Machiguenga 40
Macuxi 27
Madia 65
Makí 61
Mangyan 54
Mansen 36, 59
Maohi 72f
Marind 16
Maroons 29, 51
Marsch-Araber 75f
Mashco-Piro 22
Mayangua 19
Mbuti 15
Meadow Lake 71
Mekronoti 12
Menominee 49f
Mentawai 19

Mescalero-Apachen 70	Secoya 34f	Wichí 60
Mikmaq 51f	Sioux 71	Xerente 58
Miskito 19	Shan 67	Yaminahua 22
Moi 15f	Sorben 53f	Yanomami 26f, 53, 75
Mojave 71	Subanen 29f	Yora 22
Molo 54	Sumu 19	Yukpa 50
Mon 16, 39, 79	Tadwayan 54	Zorá 12
Moni 46	Tapiete 60	
Muria 65	Tapirapé 58	
Nanaier 59	Tarahumara 17, 62	
Nauru 50	Taurepang 27	
Navajo (Dineh) 41, 49, 71	Teleuten 48	
Nenzen 36f, 59f	Tibeter 68	
Nganassanen 59	Timbisha 25f	
Ninam 53	Toba 60	
Niwchen 36, 59	Torres-Strait- Insulaner 47f, 50	
Nootka 13	Trupinikim 12	
Nuxalk 13	Tschuktschen 48, 59, 71	
Ogoni 32, 39	Tschuwaschen 60	
Oroken 36	Twa 15	
Paiute 70	Udehe 10f, 59	
Patamona 27, 75	Uiguren 73	
Pehuenche 66	Ultschen 11, 59	
Pemón 20, 53, 57, 75	Uruak 53	
Penan 9f	Uru-Eu-Wau-Wau 13, 53, 57	
Peul 30	Ute 71	
Piaroa 53	U'wa 38	
Potiguara 58	Waimiri-Atroari 53	
Punan 19	Waiwai 27, 75	
Quechan 25f, 71	Wanniyala- Aetto 77	
Quichua 34f	Wapixana 27, 75	
Rama 19	Warao 20, 57	
Sami 48f, 59, 71	Waunana 17	
San 44, 78	Wayampi 79	
Schoren 48	Wayana 79	
	Wayuu 50	
	Western Shoshone 23, 25f, 70	

